

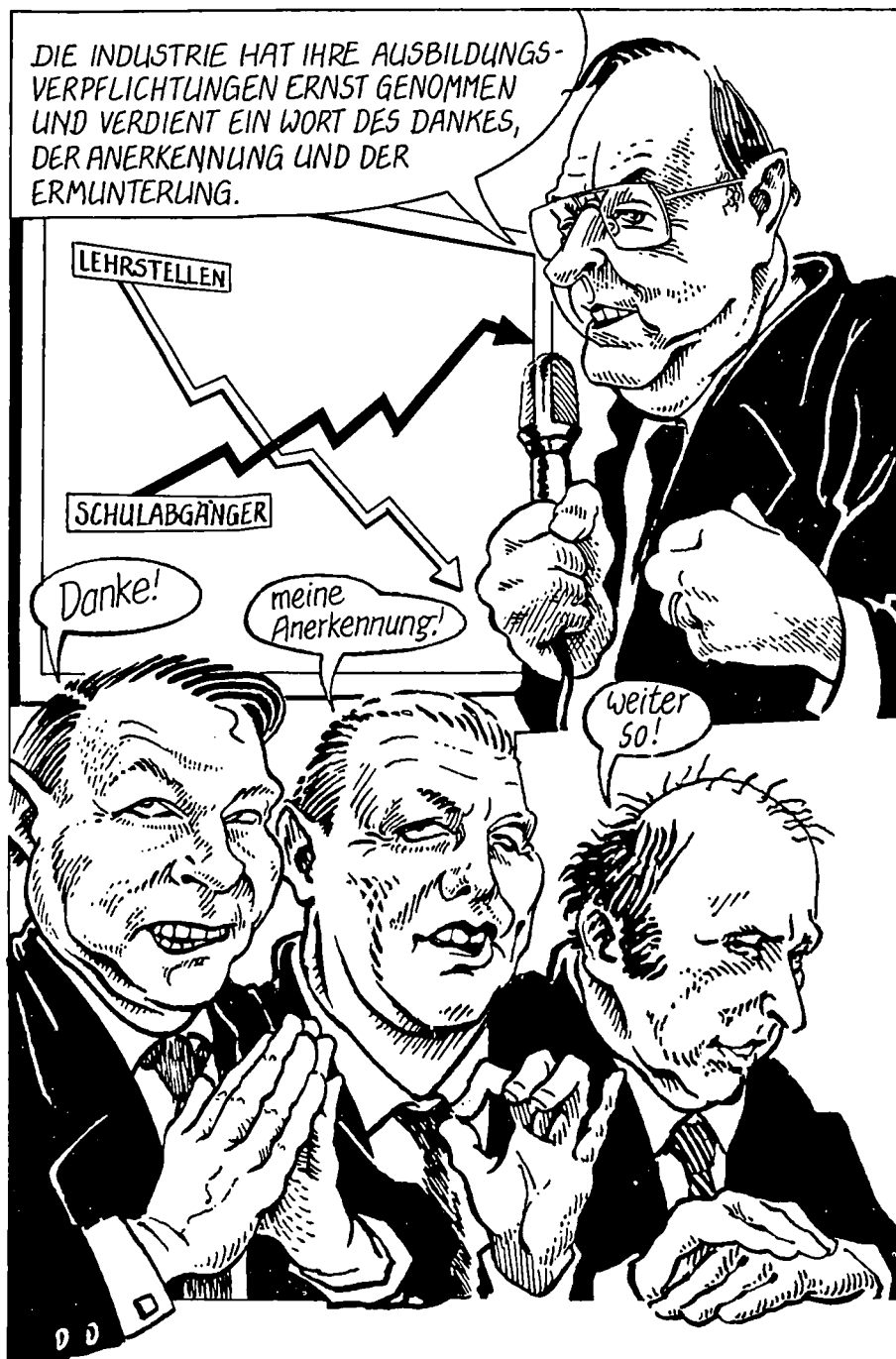
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



10. April 1982  
Jg. 3 Nr. 8

G 7756 D Preis:  
2,50



Türkei: Terrorkampagne der Junta gegen die Arbeiter und Bauern – die BRD liefert Waffen und Geld an ihre Schergen Seite 3



Studenten: Fachschaftsräte und u-AStA Freiburg: Erhebung zur sozialen Lage Seite 22



Israel: Israel vor neuer Annexion? Massenaufstand im Westjordanland Seite 29

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

**Türkei:** Terrorkampagne der Junta gegen die Arbeiter und Bauern – die BRD liefert Waffen und Geld an ihre Schergen..... Seite 3

**Sozialreaktionäre Demagogen** stellen Verhältnisse auf den Kopf: „Ausländer-Kosten-Flut“..... Seite 4

**Gewerkschaftssolidarität** für die Arbeiterbewegung in der Türkei ..... Seite 5

---

**Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet** ..... Seite 6

---

**Öffentlicher Dienst:** Dienstherren beharren auf Lohnkürzung, ÖTV in die Schlichtung gezwungen ..... Seite 7

**Hochschulbau:** Keine Zuschüsse mehr für Wohnheime ..... Seite 7

**SPD-Parteitag:** Regierungspolitik von Kanzler Schmidt soll ohne Wenn und Aber gebilligt werden ..... Seite 8

**Ostermärsche:** Sichtbare Fortschritte des DGB ..... Seite 9

**Wehrbeauftragter:** „Mehr Überzeugungsarbeit“ durch Offiziere..... Seite 9

**„Operation 83“:** Die Kapitalistenverbände präsentieren ihren Forderungskatalog ..... Seite 10

**USA:** Spar- und Bausparkassen drohen Massenkongresse ..... Seite 11

**Malwinen:** Ist der Pinguin ein EG-Vogel? ..... Seite 12

**Berufsausbildung:** Hunderttausende Jugendliche erhalten keine Ausbildung – die Kapitalistenverbände loben das duale System ..... Seite 13

**Facharbeiterqualifikation** für ausländische Jugendliche ist nicht beabsichtigt ..... Seite 14

**Hauptschüler mit Facharbeiterbrief** – 12% müssen als Angelernte arbeiten ..... Seite 16

**Thatcher will die Berufsausbildung** in Großbritannien reformieren ..... Seite 17

---

**Nachrichten aus der Arbeiterbewegung** ..... Seite 18

---

**Münchner Zeitungsverlag:** Mit Angriffen auf erkämpfte Rechte soll der Betrieb „in die Gewinnzone fahren“ .... Seite 19

**PPS-Modell:** Ausbau des Polizeiapparates ..... Seite 19

**Hamburg:** Altenpflegeheime: Hohe Kosten, schlechte Versorgung ..... Seite 20

**Wiederaufbereitungsanlage:** Landesweite Demonstration ..... Seite 21

**Wasserversorgung:** Widerstand gegen zentrale Verbände ..... Seite 21

**Studenten:** Fachschaftsbeiräte und u-AStA Freiburg: Erhebung zur sozialen Lage..... Seite 22

**Schülerbeförderung:** Erhöhung des Eigenanteils ..... Seite 22

**Wohnungsbau:** „Sparhaus“ soll Signal setzen ..... Seite 23

**NRW:** Landesregierung lehnt NPD-Volksbegehren ab .. Seite 23

**Führungsakademie:** Bundeswehrgeneräle feiern Jubiläum ..... Seite 24

**Ausländer:** Faschisten beleben Rassentheorie ..... Seite 24

**Grüne:** Zwei Jahre Politik von Abgeordneten der Grünen im Landtag Baden-Württemberg..... Seite 25

**Stichwort:** Politik der Grünen im Landtag ..... Seite 27

---

**Internationale Nachrichten** ..... Seite 28

---

**Israel:** Israel vor neuer Annektion? Massenaufstand im Westjordanland ..... Seite 29

**Dänemark:** Streik der Medizinstudenten ..... Seite 29

**Griechenland:** Papandreou stellt Forderungen an die EG ..... Seite 30

**Irland:** Neues Nordirland-Parlament im Herbst ..... Seite 30

**Mexiko:** Über 30% Inflation zwingen zum Lohnkampf ..... Seite 31

**Südafrika:** Frontstaaten unterstützen bewaffneten Kampf ..... Seite 31

**VR Angola:** Trotz ständiger Überfälle Südafrikas wichtige Erfolge im Wirtschaftsaufbau ..... Seite 32

**Nach wie vor** sind die westlichen Konzerne die größten Ausplünderer ..... Seite 32

---

**Aus Kultur und Wissenschaft** ..... Seite 34

---

**„Am Anfang war das Feuer“:** Urgeschichte der Menschheit: etwas wild, etwas komisch, von Konkurrenz und Liebe bewegt ..... Seite 34

**Neuaufgabe des Schöpfungsaktes** ..... Seite 34

**Türkischer Bauernroman**..... Seite 34

**Deutscher Osten, liberal serviert** ..... Seite 35

**CDU und alternatives Leben:** Vorfahrt für die jeweils kleinere Gemeinschaft ..... Seite 35

**Nationaler Aufbruch:** Sehnsucht nach „nationaler Identität“? Wohin will der KBW? ..... Seite 36

**Wojtyla:** Auf nach China, nach China! ..... Seite 37

**Familieneinkommen**..... Seite 38



Mit der Zerschlagung sämtlicher Organisationen der Arbeiter und Bauern versucht die Junta, dem imperialistischen Kapital dauerhafte Höchstprofite in der Türkei zu sichern. Links: Streik der Kohlebergleute von Yeni Deltak 1978.

## Türkei

# Terrorkampagne der Junta gegen die Arbeiter und Bauern – die BRD liefert Waffen und Geld an ihre Schergen

Wenn es darum geht, den Putsch der türkischen Militärs und die Bluttaten, die diese an den Arbeitern und Bauern der Türkei verüben, zu rechtfertigen, der Junta mit der einen Hand neue Kredite zukommen zu lassen und mit der anderen Hand den BRD-Imperialisten, die zu deren direkten Drahtziehern zählen, die Maske des Biedermannes aufzusetzen, dann vollbringen westdeutsche Politiker in letzter Zeit immer neue Glanzleistungen.

Am 19.1. beriet der Bundestag über den Haushalt 82 der Bundesregierung, genauer: den Einzelplan 05, „Auswärtiges Amt“. Zum Einzelplan 05 gehört auch die militärische Hilfe der Bundesregierung an die Militärjunta. 180 Mio. DM sollen unter diesem Titel 1982 in die Türkei fließen, u.a. 77 Leopard-Panzer und neun Bergepanzer geliefert werden. Sämtliche Fraktionen des Bundestages bewilligten am 19.1. diesen Titel anstandslos. Nur die Abgeordneten Coppik, Hansen und Thüsing enthielten sich der Stimme.

Wie aber rechtfertigt die CDU/CSU, seit jeher entschiedenster Befürworter einer solchen Hilfe, die Lieferungen? Ihr Abgeordneter Picard erklärte: „... sollte man nicht aus dem Auge verlieren ... warum und wieso denn die gegenwärtige türkische Führung an die Macht gekommen ist. Demokratie ist ja nicht ein Spielzeug um seiner selbst willen, sondern Demokratie muß ja wohl in der Lage sein, den inneren Frieden und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Hier lag doch der Ausgangspunkt für die noch nicht wieder befriedigenden Verhältnisse in der Türkei. Diejenigen, die in der Türkei gewesen sind, wissen, daß

nicht wenige Türken immer noch sagen: Das ist alles zu beklagen, was da zu beklagen ist, aber man kann wenigstens wieder einigermaßen ruhig über die Straßen gehen. So bedauerlich es ist, meine Damen und Herren, daß es da und dort eines Gewaltregimes bedarf, um Sicherheit, Frieden und Ordnung für den Bürger zu garantieren, so muß man, glaube ich, doch die Ausgangssituation im Auge behalten, wenn man berechnete Wünsche, Forderungen und Erwartungen an die gegenwärtige türkische Regierung stellt.“

So einfach ist das! „Es“ „bedarf“ halt eines Gewaltregimes in der Türkei! Und warum? „Um Sicherheit, Frieden und Ordnung für den Bürger zu garantieren“! Auf deutsch: Ohne die Militärjunta wäre doch alles viel schlimmer, hätten sich die Türken (die, wie „man“ als zivilisierter Europäer ja weiß, alle Mohammedaner und halbe Asiaten sind) schon längst gegenseitig die Kehle durchgeschnitten! Mit solcher abgefeimter chauvinistischer Hetze macht die Reaktion in der BRD die zu Tode gefolterten Opfer der Militärjunta zu schuldigen Tätern, weil sie sich unterstanden haben, gegen ihre „friedliche“ Ausbeutung durch türkische Großgrundbesitzer, Kapitalisten und nicht zuletzt durch westdeutsche Kapitalisten aufzubegehren. Schnell ist da die Brücke geschlagen zu „türkischen Messerstechern“ in der BRD, zu Ausländerabschiebung, Asylantenstopp und – zur Fortsetzung sämtlicher Kredite und Zahlungen an die Militärjunta.

89 Menschen sind in der Türkei nach Auskunft von Ismail Kahraman, türki-

scher Mitarbeiter beim DGB-Bundesvorstand, seit dem Putsch der Militärs durch Elektroschocks, Verbrennungen, Kreuzigungen und Erhängungstorturen zu Tode gefoltert worden, 500 standrechtlich oder „auf der Flucht“ erschossen, gegen mehr als 3600 ist die Todesstrafe beantragt. Alles Terroristen! geifert die CDU/CSU und die gesamte bundesdeutsche Reaktion. Wundert es da noch, daß acht Vorstandsmitgliedern der DISK in verschiedenen Asylantenlagern der BRD das politische Asyl verweigert wird?

Gedeckt durch diese Propaganda fließen sämtliche Kredite der BRD an die Militärjunta in vollem Umfang weiter. Am 22. Februar teilte die türkische Regierung mit, daß sie von der BRD 18 Polizeihubschrauber zur Verstärkung der Polizeikräfte „bei der Ausübung ihrer Dienste“ gekauft habe. Auch die vorläufige „Sperrung“, die der Bundestag für die 460 Mio. DM verhängt hat, die im Etat des „Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ für die Türkei bereitgestellt sind, ist ein schmutziger Betrug.

Von eben diesem Ministerium ist zu erfahren, daß für 130 der 460 Mio. DM, die als „Projekthilfe“ geplant sind, sowieso noch keine bewilligungsreifen Projektanträge der Türkei vorliegen. Sobald sie vorliegen, wird das Ministerium die Freigabe der Gelder beantragen. Nicht anders sieht es mit den übrigen 330 Mio. DM aus. Sie sind als „Zahlungsbilanzhilfe“ geplant. Über ihre endgültige Zahlung wird sowieso erst nach der alljährlichen Gläubigerkonferenz der OECD in Paris entschieden. Diese Konferenz für die Türkei ist aber erst im Juni!

## Sozialreaktionäre Demagogen stellen Verhältnisse auf den Kopf: „Ausländer-Kosten-Flut“

Demagogische Frage der Kreise von ganz weit rechts bis zur CDU: „Wie lange können wir uns die Ausländerflut noch leisten?“ Das allen Tatsachen direkt entgegenstehende Bild von „den auf unsere Kosten lebenden Ausländern“ ist ein demagogischer Versuch, Stimmung gegen einen nicht unbedeutenden Teil der Arbeiterklasse in diesem Land zu machen:

1. **Steuern.** „Die Zahl der Ausländer in einem Lohnverhältnis sank von 52% auf 40%. Die Kosten trägt der Steuerzahler“, empört sich Springers „Bild“ (1). Warum? Die Annäherung der Rate der Erwerbstätigkeit unter der ausländischen Bevölkerung an die in diesem Lande durchschnittliche Erwerbstätigkeitsrate stößt den Reaktionären auf. Das widerspricht ihrer Vorstellung von Arbeitstieren für die Kapitalisten. Die Wanderungsbewegungen der Türken in das und aus dem Bundesgebiet 1973 – 1979 werfen dagegen eine ganz entgegengesetzte Frage auf. Zuzügen von 1033154 Personen türkischer Staatsangehörigkeit standen 744615 Fortzüge gegenüber (2). Nicht bloß der Beitrag zur Vermehrung des Kapitals, auch die enorme Lohnsteuerbelastung dieses Personenkreises durch die westdeutsche Finanzbourgeoisie kann sich sehen lassen und *verbleibt* ihr. Lebt der Ehegatte des türkischen Arbeiters in der Türkei, ist die Besteuerung nach Klasse III ausgeschlossen. Der Lohnsteuerfreibetrag von 3600 DM für Unterhaltsleistungen an im Ausland lebende Familienangehörige wurde durch Rundschreiben des Finanzministeriums für die Türkei und vergleichbare Länder auf  $\frac{2}{3}$  herabgesetzt.

2. **Kindergeld.** „Allein für die immer rasender steigende Zahl fremdländischer Kinder müssen wir Deutschen jährlich 2,4 Mrd. DM aufbringen.“ (3) Tatsache ist, daß heute lediglich die in der BRD und in Westberlin lebenden Kinder türkischer Arbeiter soviel Kindergeld erhalten, wie den Staatsangehörigen der BRD und Westberlin gezahlt wird. Für die in der Türkei lebenden Kinder werden nach der Änderung des Sozialversicherungsabkommen mit der Türkei seit 1975 unverändert folgende Sätze gezahlt: Für das erste Kind 10, das zweite 25, für das dritte und vierte Kind je 60 DM monatlich. So erklärt sich, daß die Arbeiter türkischer Staatsangehörigkeit trotz größerer

Kinderzahl (durchschnittlich 2,5) trotzdem je Kind weniger Geld erhalten, als die westdeutschen mit geringerer Kinderzahl (1,8): für Mai und Juni 1978 je Kind lediglich 146 DM für türkische, dagegen 153 DM für westdeutsche Anspruchsberechtigte. (4)

3. **Sozialversicherung.** „... ihnen statt jahrelang Arbeitslosengeld einmalige Rückkehrprämie zu zahlen, wenn sie auf Dauer in ihre Heimat zurückkehren. Das wäre sogar billiger.“ (5) Das wäre in der Tat ein gewisses Glanzstück sozialreaktionärer



Ehrung für den einmillionsten zuwandernden Arbeiter 1964

Ent-Sicherung der zurückwandernden Lohnabhängigen aus der Türkei: Arbeitslosengeldansprüche können aus der Türkei nicht erhoben werden. Das betreffende Sozialversicherungsabkommen behandelt diese Versicherung und Situation überhaupt nicht. Zugleich enthält dieses Abkommen die der westdeutschen Finanzbourgeoisie sehr angenehme Regelung, daß durch Beitragserstattung alle Ansprüche an die Rentenversicherung hier abgegolten sind. Ausgezahlt werden ausschließlich die Arbeitnehmer-Beiträge. Somit wird die westdeutsche Finanzbourgeoisie für ein Ei und ein Butterbrot gewaltige Rentenansprüche los. 1978 gingen 27000 Anträge aus der Türkei ein, gezahlt wurden 1979 165 Mio. DM Erstattungen, das ergibt – bei aller Ungenauigkeit dieser Zurechnung – eine Abfindung von ca. 6000 DM je Antragsteller.

(1) Bild-Zeitung, 17.3. (2) Bundesarbeitsblatt 9/81. (3) Äußerung eines Mitglieds der Neofaschisten („Vereinigtes Deutsches Reich“), dokumentiert u.a. von der Volksfront Westberlin. (4) Deutsche Angestelltenversicherung 11/78. (5) Ernst Albrecht gegenüber „Bild“, März 82.

Auch die anderen Geschäfte der BRD laufen glänzend. So sind die türkischen Schulden bei BRD-Banken von Dezember 1980 bis Dezember 1981 um 551 Mio. DM gestiegen – auf 3,633 Mrd. DM. Die „Kraftwerksunion“ meldete am 29.3., sie habe mit der türkischen Regierung Verhandlungen über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken aufgenommen – Auftragswert 3 Mrd. DM.

Währenddessen hat die Junta ein regelrechtes Blutbad unter den türkischen Revolutionären, unter den Gewerkschaftlern, Bauern und Studenten begonnen.

Mit dem Vollzug der ersten 120 Todesstrafen ist bereits begonnen worden. Die Maschinerie läuft auf vollen Touren: Allein vom 19.2. bis 28.2. beantragten die militärischen Ankläger 336mal die Todesstrafe gegen Mitglieder linker Organisationen. Seit Ende Februar läuft in Istanbul der Prozeß gegen 80 Mitglieder der Arbeiterpartei TIP. Ihnen wird vorgeworfen, unter einem legalen Anstrich für den Marxismus-Leninismus gearbeitet zu haben. Unter den Angeklagten sind zwei Gewerkschaftsvorsitzende. Vor der 1. Kammer des Kriegsgerichts in Ankara hat der Prozeß gegen 574 Mitglieder der revolutionären Organisation Dev-Yol begonnen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen 186 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

Im Prozeß gegen den Gewerkschaftsbund DISK erließ das Gericht Ende Februar Haftbefehle gegen 44 Mitglieder des „Friedensvereins“ von Istanbul. Unter den Verhafteten sind der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft Töb-Der und der Vorsitzende der Anwaltskammer von Istanbul und bisherige Hauptverteidiger im DISK-Prozeß Orhan Apaydin.

Gegen 58 Mitglieder und Funktionäre der Lehrgewerkschaft Töb-Der ist ebenfalls ein Prozeß eröffnet worden.

Das Kriegsgericht der 3. Armee von Erzincan bereitet ein Verfahren gegen 534 von knapp 1000 Arbeitern des Kohlebergwerks Yeni Deltek vor. Den Arbeitern, die sich seit 1975 in der Bergarbeitergewerkschaft des Gewerkschaftsbundes DISK organisiert hatten und vor dem Putsch mehrfach für eine Erhöhung ihrer elenden Löhne streikten, wird u.a. vorgeworfen, sich während des letzten Streiks im Sommer 1980 gegen einen befürchteten Überfall der Armee bewaffnet und im Bergwerk verbarrikadiert zu haben – kurz zuvor hatte die Armee einen Streik in einem anderen Kohlebergwerk brutal niederschlagen.

Durch systematische Folter hat die Junta von Tausenden der inzwischen 46000 politischen Gefangenen falsche „Geständnisse“ erpreßt. Gelegenheit dazu besteht genug: Bis zu 45 Tage

## Gewerkschaftssolidarität für die Arbeiterbewegung in der Türkei

Die internationalen Gewerkschaftsbünde und die DGB-Gewerkschaften haben von Anfang an die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch das türkische Militärregime angegriffen. Die Proteste und Forderungen blieben aber bisher weitgehend Appelle auf dem Papier. Erst in der letzten Zeit beginnen die Gewerkschaften Tätigkeiten und Aktionen zu entwickeln.

Der *Internationale Metallgewerkschaftsbund* beschloß auf dem 25. Weltkongreß vom 24. – 29.5.81 in Washington: „Der IMB wiederholt seine Verurteilung der Militärdiktatur in der Türkei ... Appell für die raschestmögliche Rückkehr zur Demokratie in der Türkei ... namentlich für die Wiedereinsetzung der Gewerkschaftsrechte und die Haftentlassung aller Gewerkschafter.“

Die *Internationale der Öffentlichen Dienste* (IÖD) forderte auf dem 22. Weltkongreß, 30.11. – 4.12.81, alle Mitgliedsorganisationen der IÖD auf, „jedes ihnen zur Verfügung stehende Mittel durch ihre nationalen Spitzenverbände, ihre Regierungen und internationalen Organisationen einzusetzen“, um damit „die Wiederherstellung der vollen demokrati-

schen Gewerkschaftsfreiheit in der Türkei“ zu erreichen. Der von den Militärs inhaftierte Vorsitzende der türkischen Mitgliedsorganisation DISK Abdullah Bastürk wurde vom Weltkongreß zum Ehrenvorstandsmitglied der IÖD bestimmt.

Der *Exekutivausschuß des Europäischen Gewerkschaftsbundes* erklärte am 29.1.82: „... fordert der EGB, jeden nur möglichen Druck auf die türkische Regierung auszuüben, um folgendes zu erreichen: Abbruch des Prozesses gegen DISK, die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter, die Wiederherstellung der normalen Gewerkschaftsrechte, die rasche Wiedereinführung der Demokratie.“ Der EGB nahm „mit Genugtuung den ... Beschluß des Europäischen Parlaments zur Kenntnis, die Aussetzung der Beziehung zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei zu empfehlen.“

Der Vorsitzende des *niederländischen Gewerkschaftsbundes* kündigte auf einer Solidaritätskundgebung, die von FNV, CNV und Solidaritätskomitees im Februar organisiert worden war, an, daß der FNV auf dem kommenden Kongreß des EGB im April in Den Haag eine Resolution zur Unter-

stützung der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei einbringen wird.

In der Bundesrepublik wurden im März mehrere Solidaritätsveranstaltungen von Gewerkschaften durchgeführt. In Freiburg hatte der DGB-Kreis und das DISK-Solidaritätskomitee zur Veranstaltung aufgerufen. Der DGB-Kreisvorsitzende forderte die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter und Aufhebung des DISK-Verbotes. Die GEW-Mitgliederversammlung Kreis Stuttgart mit dem Thema „Solidarität mit den angeklagten Gewerkschaftern in der Türkei“ beschloß eine Resolution, die auch an die Bundesregierung gerichtet ist und u.a. verlangt: Sofortige Einstellung der Türkeihilfe durch die Bundesregierung, sofortige Gewährung des politischen Asyls für die verfolgten türkischen Gewerkschafter!

Vertreter verschiedener Einzelgewerkschaften in Hamburg haben vor kurzem die Initiative „Solidarität mit verfolgten Gewerkschaftern in der Türkei“ gegründet. Diese hat bisher über 2000 Unterschriften in den Betrieben gesammelt mit den Forderungen: Einstellung des DISK-Prozesses, Wiederherstellung des Rechts auf freie Betätigung der Gewerkschaften. Die IG Metall und die IG Druck veranstalteten am 7. April in Hamburg eine Podiumsdiskussion.

Quellenhinweis: Presseinf. des EGB, CP 05/82, 29.1.81

lang können Angeschuldigte ohne Haftbefehl in Polizeihaft gehalten werden. Trotzdem geht der Widerstand gegen die Junta weiter. Aus verschiedenen Gefängnissen wurden in den letzten Monaten große Hungerstreiks der Gefangenen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und die Folter gemeldet.

Währenddessen schreitet die „Sanierung der Wirtschaft“ voran, allem vor-

an die „Bekämpfung der Inflation“. Die Reallöhne der Arbeiter sind seit dem Putsch der Junta auf ungefähr die Hälfte gesenkt worden. Die Arbeitslosigkeit stieg auf fast 30%. Die kleinen Viehzüchter des Landes stehen nach der Streichung der Regierungssubventionen und der rapiden Verteuerung von Futtermitteln kurz vor dem Zusammenbruch.

Auch wenn manchmal der Eindruck

erweckt wird, die Militärjunta treibe einen wahllosen und blinden Terror gegen jedermann: Die Politik der Junta ist durchaus gezielt und logisch. Es geht ihr darum, jegliche Organisation der türkischen Arbeiter und Bauern gewaltsam auszuschalten und zu vernichten und alle Arbeiter und Bauern durch brutale Verelendung niederzuwerfen. Diese Maßnahmen sollen das Land zu einem bevorzugten Anlagegebiet für imperialistische Kapitalanlagen machen, wodurch das für „den Wirtschaftsaufbau“ benötigte Kapital ins Land strömt. Wenige große türkische Kapitalisten, die bereits jetzt mit den imperialistischen Firmen zusammenarbeiten, werden davon profitieren, während der Rest gewaltsam ruiniert wird. Ist diese „Umstrukturierung“, vor allem aber die gewaltsame Zerschlagung aller Organisationen der Arbeiter und Bauern gelungen, so kann eine „demokratische“ Verfassung à la Taiwan oder Südkorea verkündet, ein „Parlament“ „gewählt“ und die „Demokratisierung“ als abgeschlossen verkündet werden.

Quellenhinweis: Konkret, Kriegsrecht im NATO-Land Türkei, April 1982; Türkei-infodienst, Köln, 8.3.1982; Türkei-Information, Köln, März 1982; Handelsblatt, 29.3. und 5.4.; Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht d. 78. Sitzung v. 19.1.1982; Bild v. 30.3.82



Der General und sein Auftraggeber: Genscher zu Besuch bei Juntachef Evren.

## — Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen —

In einer Zeit ...

— in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungswahnsinn und Kriegstreiberei — in der der Widerstand gegen die Nato-„Nachrüstung“ wächst, auch in den Reihen von SPD und FDP

— in der der Protest gegen die verbrecherische Politik der Reagan-Administration gegenüber El Salvador und anderen Staaten wächst

... in dieser Zeit laden Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher den amerikanischen Präsidenten am 10.6.82 zu einem Nato-Gipfeltreffen nach Bonn ein. Wir halten dies für eine ungeheure Provokation aller friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik, auf die wir eine entsprechende Antwort geben müssen.

Schmidt und Genscher wollen mit der Einladung ein „Signal für deutsche Bündnistreue“ setzen. Sie verbünden sich damit mit einer Politik ...

— die das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt wie aktuell gerade in El Salvador, wo ein Volk direkt oder indirekt durch die USA auf grausamste Weise niedergehalten und eine US-Intervention vorbereitet wird

— die sich schon immer in der offenen Unterstützung faschistischer Regimes hervorgetan hat wie in Chile und der Türkei und neuerdings wieder verstärkt in Südafrika

— die offen über den möglichen Sieg in einem Atomkrieg nachdenkt und entsprechende Schritte zu seiner Vorbereitung in Angriff nimmt.

— die eine „schnelle Eingreiftruppe“ aufbaut, die überall in der Welt schnell militärisch intervenieren kann, wenn dies zur Wahrung „vitaler Interessen“ der USA für notwendig erachtet wird.

Allein die Anwesenheit des Hauptvertreters dieser Politik, Präsident Reagan, in Bonn ist für uns Grund genug, unsere Ablehnung und Abscheu vor einer solchen Politik zum Ausdruck zu bringen.

Doch Reagan kommt nicht allein. Mit ihm kommen sämtliche Regierungschefs der Nato-Länder, um über die weitere Nato-Politik zu verhandeln. Teil dieser Politik ist das Festhalten am Nato-„Nachrüstungsbeschluß“. Mit der Stationierung von cruise missiles und Pershing II in Mitteleuropa beides Waffensysteme, die sich ihrer hohen Zielgenauigkeit wegen für die Strategie des atomaren Erstschlags eignen — soll ein Krieg wieder „gewinnbar“ gemacht werden. Dies ist die Fortsetzung der Nato-Strategie der „flexiblen Reaktion“, einer Strategie des langsam eskalierenden Atomkriegs. So wird der — zunächst begrenzte — Atomkrieg wieder zu einem kalkulierbaren Mittel der Politik gemacht. Schauplatz eines solchen begrenzten Atomkriegs wäre Mitteleuropa und in dessen Zentrum die beiden deutschen Staaten.

Verteidigungsminister Apel sagte einmal, die größte Friedensbewegung sei die Nato! Mitnichten ist sie das. Die Beschlüsse der Nato in den letzten Monaten machen das deutlich:

— Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe der USA durch Bereitstellung von Stützpunkten und Überflugrechten in Europa. Ausbau der westdeutschen zivilen Flughäfen — begonnen wird mit dem Ausbau der Startbahn West in Frankfurt — nach den Erfordernissen von US-Großraumflugzeugen für den Truppen- und Waffentransport. Schon im Vietnam-Krieg war die BRD ein wichtiger Stützpunkt für die USA.

— Ausweitung des Nato-Zuständigkeitsbereiches auf praktisch die ganze Welt — zur Verteidigung „vitaler Interessen“ des Westens

— Bereitstellung von 100 000 Mann der Bundeswehr zur Unterstützung von US-Verstärkungstruppen in Krisenfällen

— Nato-Manöver in instabilen Zonen zur Einschüchterung und als Machtdemonstration wie jetzt in der Karibik.

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Mitgliedsländer, um ihre Vormachtstellung in der Welt sicherzustellen und auszudehnen — gegebenenfalls auch mit Krieg.

Gleichzeitig hat die Nato immer wieder versucht, auf die Innenpolitik einzelner Mitgliedsländer massiv Einfluß zu nehmen:

— nach der Revolution der Streitkräfte in Portugal 1974 drohte die Nato offen mit Intervention und unterstrich diese Drohung durch ein Landemanöver an der portugiesischen Küste

— in Italien erhob die Nato Ende der 70er Jahre Einspruch gegen eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung

— im September 1980 putschten in der Türkei rechte Militärs — geschützt durch gleichzeitig stattfindende Nato-Manöver in der Türkei

— die USA versuchen, innerhalb der Nato die europäischen Mitgliedsländer zu einer Steigerung der Rüstungshaushalte zu pressen — zu Lasten der Sozialausgaben.

Innerhalb der BRD wird eine Militarisierung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens betrieben (Frauen zum Bund, Ausbau des Zivilschutzes, Gesundheitssicherstellungsgesetz).

Trotz einiger — zum Teil schwerwiegender Differenzen — haben die Nato-Länder ihre Gründe, Mitglied der Nato zu bleiben. Denn die Politik der Nato und der USA sichert ihnen die Teilhabe an der Weltmacht und damit den Zugang zu Rohstoffen sowie Arbeits- und Absatzmärkten. Der Öffentlichkeit in den eigenen Ländern gegenüber wird die Nato als „Schutzbündnis“ gegen eine bevorstehende Aggression der Sowjetunion verkauft. Aber die Nato ist für uns kein Schutz, sondern eine Bedrohung:

— Sie verpflichtet uns auf die Unterstützung der kriegstreiberischen Politik der USA

— Sie macht uns zum Sprungbrett für amerikanische Interventionen in der 3. Welt und bezieht uns damit unweigerlich in kriegerische Konflikte ein

— Sie kalkuliert bewußt einen begrenzten Atomkrieg ein, der die Vernichtung Mitteleuropas zur Folge hätte.

Wir können uns aus der geographischen Lage zwischen den beiden Großmächte nicht befreien. Wir können aber dafür eintreten, daß wir weder für die Interessen der einen noch der anderen Großmacht den Kopf hinhalten, und wir können verhindern, daß die Bundesrepublik die offene Interventions- und Kriegspolitik der USA und der Nato unterstützt. Wir haben keinerlei Vertrauen in die Abrüstungsverhandlungen in Genf. Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt die Politik der USA und der Nato durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das „andere“ Amerika ist längst zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden.

Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne jede Ausnahme und überall auf der Welt.

In einer mächtvollen Demonstration wollen wir in Bonn am 10.6. während des Nato-Gipfeltreffens unsere Ablehnung der Nato und der Reagan-Politik zum Ausdruck bringen.

**Das Nato-Gipfeltreffen darf nicht ungestört stattfinden!**

Wir fordern alle Menschen auf, sich an der Kundgebung und den Aktionen zu beteiligen unter den Forderungen:

**Rücknahme des Nato-„Nachrüstungsbeschluß“**

**Austritt der Bundesrepublik aus der Nato**

**Auflösung von Nato und Warschauer Pakt**

**Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa**

**Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen**

**Keine Startbahn West in Frankfurt**

**Schluß mit der Interventionspolitik in El Salvador**

## Aufruf des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl

Liebe Freunde, der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 8. März 1982 einstimmig beschlossen, am Samstag, dem 5. Juni 1982, in Bonn eine Großdemonstration zu veranstalten.

Wir wollen am 5. Juni gemeinsam mit unseren Freunden, mit unseren Familien, mit Frauen und Kindern in Bonn zusammenkommen und für den Frieden in Freiheit demonstrieren: Für das Bündnis, die Gemeinschaft und die Werte der westlichen Welt.

Wir erleben seit Jahren, wie die Maßstäbe und Grundlagen unserer Innen- und Außenpolitik kontinuierlich verschoben und ausgehöhlt werden. So ist es dahin gekommen, daß viele die Aufrüstung und die expansive Politik der Sowjetunion verharmlosen. Immer häufiger werden unsere Freunde, vor allem die Vereinigten Staaten, denen wir seit über dreißig Jahren den Frieden in Freiheit verdanken, auf die Anklagebank gesetzt.

Die Erkenntnis ging weithin verloren und der Wille ist vielfach geschwächt, daß wir für die Freiheit, die wir lieben, und für den Frieden, den wir wollen, auch Opfer und Engagement aufbringen müssen.

Die Demonstration am 5. Juni wird ein Signal dafür sein, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen sich für die Bundesrepublik Deutschland, für unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat sowie für Frieden in Freiheit, bei uns und in der Welt, einsetzt.

Um den 5. Juni zu einer mächtvollen Demonstration unserer Partei werden zu lassen, bitte ich Sie auf diesem Wege um Ihre persönliche Unterstützung. Ich erwarte Sie und Ihre Familie am 5. Juni in Bonn und bitte Sie, auch bei Ihren Freunden und Bekannten persönlich für die Teilnahme zu werben und sich voll und ganz hinter diese Aktion zu stellen.

Wir werden es nicht einer Minderheit überlassen, mit ihren Aktivitäten das Bild Deutschlands nach innen und außen zu bestimmen. Wir christlichen Demokraten müssen als die stärkste politische Kraft unseres Landes der Welt das wirkliche Bild von Deutschland vermitteln.

Für Ihre Mithilfe darf ich Ihnen schon jetzt sehr herzlich danken.

Ihr

Helmut Kohl

## Gegen NATO-Gipfeltreffen

Zwei Wochen vor der Aktionskonferenz zur Reagan-Demonstration, die am 4. April stattfand, waren zwei Aufrufe bekannt. Ein Aufruf von BBU, DKP, Grünen, Jusos u.a. mit Friedensappellen, der weder das NATO-Bündnis noch die Politik der Bundesregierung angreift und die „Europäer“ auffordert, ihre Interessen „selbst wahrzunehmen“. Ein Aufruf des Bundeskongresses Autonomer Friedensinitiativen richtet sich gegen den NATO-Gipfel und fordert den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. Auf der Aktionskonferenz wird Rudolf Bahro, er spricht für die Grünen, unverschäm: Die DKP sei eine Agentur der Sowjetunion und Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges. Karl Heinz Hansen entgegnet: Das hätte ein Abgesandter des Bundeskanzleramtes nicht besser sagen können. Andere Diskussionsredner greifen die Politik der Bundesrepublik im NATO-Bündnis an und unterstützen den Aufruf der Autonomer Friedensinitiativen. Bei der Abstimmung, ob der Aufruf des BBU, DKP, Grünen u.a. Grundlage der weiteren Beratung sein soll, entscheidet sich eine Mehrheit für den Aufruf. Daraufhin versuchen die Grünen mehrmals, Anträge durchzusetzen, die für eine Aufnahme der Unterstützung einer DDR-Friedensbewegung sich aussprechen. Dies geht denn doch zu weit und schlägt fehl. Ohne wichtige Änderungen wird der Aufruf mehrheitlich verabschiedet. Danach kommt es noch zu einer „Persönlichen Erklärung“ von Petra Kelly: Die Friedensbewegung sei nicht fähig zu handeln. Trotzdem beschließt der Kongreß eine Demonstration am 10. Juni in Bonn. Nach dem Kongreß kann man durch das Fernsehen erfahren, daß die Grünen den Aufruf, den sie selber mit vorgeschlagen haben, jetzt doch nicht unterschreiben. Ob sich die Grünen links oder rechts von der CDU-Propaganda erklären, ist noch nicht bekannt. Wieviel Demonstrationen und Kundgebungen es letztlich geben wird, bleibt unklar. Zumindestens steht fest, am 5. Juni sollen örtliche Demonstrationen stattfinden, die sich gegen die reaktionäre Hetze der CDU/CSU wenden, die am gleichen Tag „Für das Bündnis, die Gemeinschaft und die Werte der westlichen Welt“ in Bonn demonstriert.

## Öffentlicher Dienst

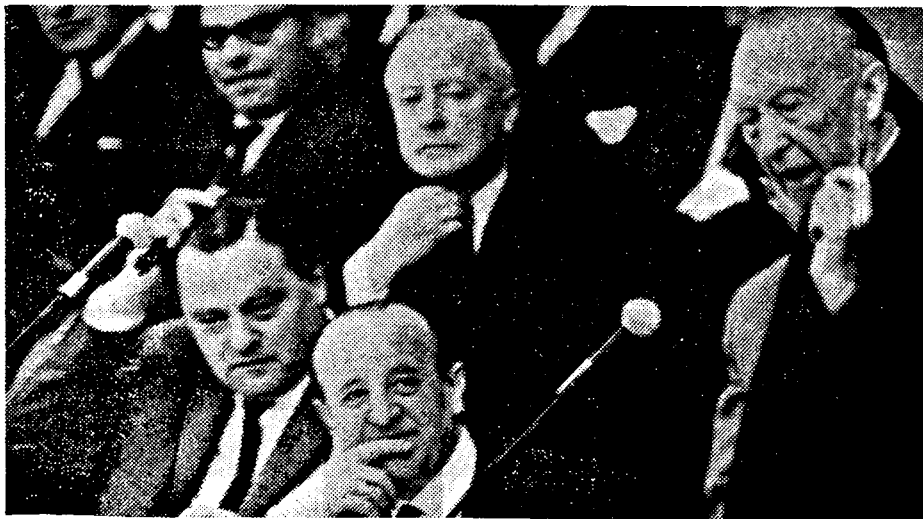
# Dienstherrn beharren auf Lohnkürzung ÖTV in die Schlichtung gezwungen

Vor Ende April ist kein Ergebnis in der Lohnauseinandersetzung öffentlicher Dienst zu erwarten. Nachdem am 31.3. die Große Tarifkommission der ÖTV das Scheitern der Verhandlungen einstimmig gebilligt hatte, muß nun die Schlichtung in Gang gesetzt werden. Dazwischen liegt Ostern, damit rückt der Termin, an dem die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über das Schlichtungsergebnis befinden, in die Nähe des ersten Mai, was so ungünstig wiederum auch nicht ist.

Nach dem Scheitern werden die Dienstherrn die Schlichtung anrufen, es wird damit zum 7.4. gerechnet. Dann sind 6 Werktage Zeit bis zum Zusammentritt der Kommission, in 6 Werktagen muß sie zum Ergebnis kom-

hörraffäre anno 1962 kommentieren: Verfassungsbeamte könnten nicht dauernd mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. In ihrer Laudatio auf Höcherls Siebzigsten bezeichnete die FAZ kürzlich dies als gelungenes Bonmot des lebenswerten Politikers.

Genauso nonchalant wird die faschistische Vergangenheit des Innenministers a.D. behandelt. Man erfährt, daß Höcherl, als es noch gar nicht besonders opportun war – man wüßte also nicht, aus welchem Grund – in die NSDAP eingetreten, wieder ausgetreten und als es dann ganz opportun gewesen wäre – 1935 – wieder eingetreten ist. Als Staatsanwalt tätig, hat er sich 1940 zur Wehrmacht gemeldet. Nach dem Krieg allerdings mußte er



„Spiegel“-Debatte im Bundestag am 9.11.62 (Mitte: H. Höcherl)

men. Innerhalb von 3 Tagen müssen die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen werden um Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsvorschlags.

Stimmberechtigter Vorsitzender der Schlichtung ist Hermann Höcherl. Unter ihm als Bundesinnenminister von 1961 bis 1965 ist z.B. der Bundesangestelltentarif in Kraft gesetzt worden mit all seinen Abhängigkeiten vom Beamtenbesoldungsrecht. Gerade aber die Absicht des Dienstherrn, Kürzungen unter Mißachtung des Tarifrechts zu verordnen, führte mit zum Scheitern der Verhandlungen am 31.3.

Jedoch auch anderweitig ist dieser „unparteiliche“ Vorsitzende der Schlichtung vorbelastet. Mußte FDP-Bundesinnenminister Maihofer unter einer SPD/FDP-Koalition über eine Telefonabhörraffäre den Hut nehmen, konnte mit einer CDU-Regierung ein CSU-Hermann-Höcherl die Spiegelab-

mit schwerer Handarbeit sein Brot verdienen. Bald konnte er jedoch wieder als Rechtsanwalt tätig sein und 1953 – 1976 für die CSU in den Bundestag einziehen. Seit 1976 ist er wieder Anwalt. Das wird der CDU/CSU-Opinion im Bundestag auch ganz recht sein, denn um in die Regierungsmehrheit zu kommen, ist es allemal praktischer, sich aus der Dreckarbeit offiziell wenigstens rauszuhalten.

Schwierig vorauszusagen, was bei einem solchen Schlichter herauskommen wird. Glaubt man den Kapitalistenblättern wie dem Handelsblatt, legt dieses Baum nahe, auf seine Kürzungsabsichten zumindest in vollem Umfang zu verzichten sowie die Zulagentarifverträge ohne Bezug zum Beamtenrecht wieder in Kraft zu setzen. Offensichtlich wird befürchtet, eine Bewegung gegen das Beamtenrecht damit erst recht heraufzubeschwören. Diese

Einschätzung wird der Schlichter berücksichtigen müssen.

Als einigungsfähig handelt die Bourgeoisie 3,2 bis 3,3% und einen Tag Urlaub, den sie mit 0,3% veranschlagt. Dabei würden die Gewerkschaften auch nicht das Gesicht verlieren, denn schon 3,7% im öffentlichen Dienst entsprächen dem 4,2%-Abschluß in der Metallindustrie. Dabei nimmt das Handelsblatt den Tarifecklohn Metall mit tariflichen Zulagen mit 11,19 DM pro Stunde an und vergleicht ihn mit dem Tariflohn eines Arbeiters im öffentlichen Dienst, Ecklohngruppe, Dienstalterstufe 4 und Sozialzuschlag für 2 Kinder mit 12,65 DM pro Stunde. Tatsächlich liegt der Metalleffektivlohn eines Akkordarbeiters mit Ecklohngruppe 7 in Nordbaden bei 14,73 pro Stunde (vor dem Abschluß). Im öffentlichen Dienst wird nur Tariflohn gezahlt.

Obwohl die Friedenspflicht durch die Schlichtung verlängert wird – sie endet erst, wenn nach der Schlichtung die Verhandlungen erneut für gescheitert erklärt werden –, demonstrieren die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Kampfbereitschaft mit Warnstreiks zu den Verhandlungen, mit betrieblichen Versammlungen, dem Anbringen von Transparenten u.a.m. – wer letztlich in dieser Lohnauseinandersetzung „sein Gesicht verlieren“ wird, ist noch nicht entschieden.

Quellenhinweis: Bundesregierung, Deutsche Politik 1961; FAZ u. Handelsblatt v. 30.3. – 6.4.82

## Hochschulbau

# Keine Zuschüsse mehr für Wohnheime

Ende März haben Bund und Länder den Rahmenplan für den Hochschulbau verabschiedet. Der Bund will 1982 900 Millionen Mark an Zuschüssen zur Verfügung stellen und diesen Betrag auch in den Jahren bis 1986 nicht erhöhen. Damit steht fest, daß er nichts zur Finanzierung von neuen Bauvorhaben beitragen wird, sondern diese Mittel nur für die 50%igen Zuschüsse von bereits laufenden Bauten und die zu erwartenden Folgekosten reichen. Den Ländern wird vorgeschlagen, Neubauten durch eigene Vorleistungen zu finanzieren. In einem zusätzlichen Abschnitt zum Rahmenplan haben die Länderminister darauf bestanden, daß eine „zeitgleiche Finanzierung“ stattfindet. Am stärksten gekürzt wird beim Ausbau von Kliniken. Modernisierungsprojekte sollen teils gestreckt, teils zurückgestellt werden.

Nicht revidiert wurde die Entscheidung des Bundes von 1981, keine Zuschüsse mehr zum Bau von Studenten-

wohnheimen zu geben. Sie erhielten bis dahin ebenfalls 50% der Kauf- oder Bausumme. Die Länder sehen sich unter dem Druck, wegen bereits entstandener Planungs- und Baukosten sowie wegen drohender Konventionalstrafen begonnene Bauten fortzuführen. Prompt unternehmen sie Versuche, einen Teil der Kosten auf die Kommunen abzuwälzen, von denen sie Vorfiananzierung verlangen. Nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern um diese Ansprüche der Länder abzuwehren, richteten eine Reihe von Bürgermeister Appelle an die privaten Vermieter, mehr Zimmer und Wohnungen für Studenten zur Verfügung zu stellen. In Mannheim und Ulm etwa setzten sie Preise für diejenigen aus, die Wohnraum zusätzlich vermieten. Wie zur Verhöhnung der Studenten stiftete im Wintersemester der Ulmer Oberbürgermeister vier mal 20 Liter Benzin für diesen guten Zweck, während gleichzeitig die Stadt Sozialwohnungen privatisiert und den Eigenheimbau auf Kosten des Baus von Mietwohnungen fördert. Gefördert wird damit auch das Halten von Studenten als Haustiere von solchen Vermietern, die überhaupt so viel Wohnraum haben, daß sie einen Teil zum Vermieten erübrigen können.

Außerdem verschärfen die Länderregierungen unter Berufung auf die ihnen zustehende Rechtsaufsicht den Druck auf die Studentenwerke und Wohnheimverwaltungen, kostendeckende Mieten von den Studenten einzutreiben. In Niedersachsen drohte das Ministerium für Wissenschaft und Kunst dem Clausthaller Studentenwerk, seine Beschlüsse, die Mieten zu senken statt zu erhöhen, aufzuheben und an seiner Stelle zu entscheiden.

Immer weniger Studenten können einen Platz in einem Wohnheim erhalten. Durchschnittlich sank der Prozentsatz in den letzten beiden Jahren von 11,5 auf 10%. Außer Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen liegen alle Länder unter diesem Durchschnitt. Damit verschärft sich für die Studenten die Konkurrenz um die Zimmer bei privaten Vermietern und der Zwang, jedes Kellerloch als Wohnraum anzusehen.

Nicht auf die Menge des verbauten Betons komme es an, kommentierte Staatssekretär Granzow, sondern auf das „Zusammenspiel von Menschen, Ausstattung und Raum“. Wie dieses Spiel seitens der Regierung gestaltet werden soll, ist vorderhand offen. Denn gleichzeitig scheiterten die seit zweieinhalb Jahren geführten Verhandlungen über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans. Bleiben als sichere Absicht die Personal- und Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst.

Quellenhinweis: FAZ vom 31.3.82. Informationen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft 2/82. Nachrichtenhefte 07 ab Woche 26/81.

## SPD-Parteitag

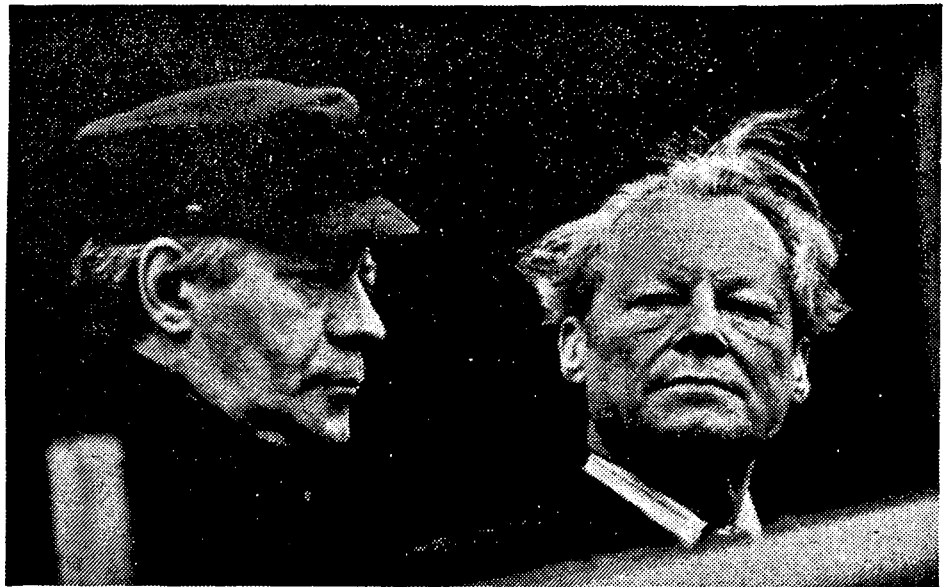
# Regierungspolitik von Kanzler Schmidt soll ohne Wenn und Aber gebilligt werden

Vom 19.-23. April findet in der Olympiahalle in München der Parteitag der SPD statt. Die Empfehlungen der Antragskommission zu den vorliegenden über 1000 Anträgen lassen erkennen, daß es auf dem Parteitag zu drei dominierenden Themen kommen wird: a) Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik; b) Nord-Süd-Politik; c) Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Die hierzu vom Parteivorstand gestellten Anträge wurden mit einigen Änderungen durch die Antragskommission zu Leitanträgen deklariert. Der Konflikt mit den Teilen der SPD, die insbesondere eine Änderung der Regierungspolitik wünschen, wird eher gesucht als abgeschwächt.

schen Nachbarn in Ost und West auf das Ziel einer dauerhaften europäischen Friedensordnung zu lenken.“

Nicht Austritt aus der NATO und Anerkennung der bestehenden Grenzen sollen Schritte hin zu einer europäischen Friedensordnung sein, sondern Stärkung der „Kräfte der ganzen Nation in beiden deutschen Staaten“. Diese Konzeption des SPD-Vorstandes geht davon aus, daß nach Jahren der wirtschaftlichen Infiltration westdeutscher Kapitale in Osteuropa nun die Zeit gekommen sei, wo den Regierenden der DDR und auch anderer Ostblockstaaten die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten beider deutschen Staaten nahegelegt werden müssen, in der Hoffnung die Machtstel-



Der SPD-Vorstand will eine Orientierung der SPD in immer unangenehmerer Nähe zu den Unionsparteien durchsetzen: „Die atlantische Allianz mit der militärischen Präsenz der USA in Europa ist unverzichtbar für die äußere Sicherheit und die politische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik ...“ Hiermit wird die Politik der sozialliberalen Bundesregierung einschließlich des NATO-Nachrüstungsbeschlusses gebilligt ohne Wenn und Aber.

Mit welchen anderen Mitteln der Frieden noch gesichert werden soll, wird durch den SPD-Vorstand folgendermaßen beantwortet: „Die Entspannungspolitik erhält eine neue politische Qualität, wenn es gelingt, die Kräfte der ganzen Nation in beiden deutschen Staaten gemeinsam mit den europäi-

lung beider deutscher Staaten in Europa anzuheben und zu einer europäischen Hegemonialmacht fortzuschreiben.

Bei ihrer Nord-Süd-Politik will der Vorstand der SPD vor allem das fortführen, was Willy Brandt und Helmut Schmidt schon an internationalen Verbindungen geflochten haben. Sie formulieren eine Politik, die es ermöglicht, sich überall als „Entwicklungshelfer“ einzumischen, den Völkern der 3. Welt Vorschriften zu machen und deren Rohstoffe und Energie mit „angepaßter Technologie geschont“ auszuplündern. Dabei wird auf die Ökologebewegung und deren Forderungen teilweise Rücksicht genommen mit der Absicht, Schützenhilfe für die Politik der Ausplünderung der Ressourcen zu gewinnen.

Die Angriffe gegen die Türkeipolitik der Bundesregierung sind in dem Antragsmaterial der SPD-Untergliederungen verstummt, und der Vorstand der SPD kann beschließen lassen: „Der Parteitag betont, daß Sicherheit nicht nur militärische Sicherheit, sondern vor allem wirtschaftliche und soziale Sicherheit heißt. Solange diese Erkenntnis nicht Allgemeingut der internationalen Politik geworden ist, wird die bisher ungebrochene weltweite Aufrüstung und die Zusammenarbeit mit diktatorischen und polizeistaatlichen Regimen nicht aufhören ...“ Mit dieser zurückhaltenden Begründung soll vertuscht werden, daß die Bundesregierung nicht nur aus irgendwelchen von außen aufgezwungenen Gründen z.B. mit dem Militärregime in der Türkei „zusammenarbeitet“, sondern vielmehr an vorderster Front dieses Henkerregime in den Sattel gehievt hat.

Beim dritten Leitantrag beabsichtigt der SPD-Vorstand die Partei in der Weise auszurichten, daß die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und die Expansion des westdeutschen Imperialismus in Einklang gebracht werden mit „Arbeit für alle“: „Sozialdemokraten bauen auf die Dynamik und Anpassungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft als Voraussetzung für die Bewältigung des strukturellen Wandels, die Erhaltung und Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen.“ Der SPD-Vorstand macht den siegreichen Konkurrenzkampf westdeutscher Kapitale zum erstrebenswerten Ziel für einen Sozialpakt, wo die Gewerkschaften geben und die Kapitalisten nehmen sollen.

Die Propagandisten der Kapitalisten führen schon seit geraumer Zeit den Angriff auf die Arbeiterbevölkerung mit: Löhne runter, Lohnnebenkosten runter, Steuern für die Kapitalisten runter, Investitionsbeihilfen hoch, am besten Steuerbefreiung, Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, damit die Arbeiter fleißiger werden, Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung, damit Arbeit zu jedem Preis angenommen wird. All diese Instrumente kapitalistischen Wirtschaftens haben die westdeutschen Imperialisten parat, und neben den Unionsparteien sollen sich nun auch die Sozialdemokraten dazu verpflichtet fühlen, diese Unverschämtheiten hinauszuposaunen und damit der Arbeiterbewegung Tiefschläge zu versetzen. Entwickelt sich dann wieder die Konjunktur, so holen die Kapitalisten sogar noch die Arbeiter aus anderen Ländern in die Fabriken, um sie bei gesenktem Lebens- und Lohnstandard zu „beschäftigen“ und wie eine Zitrone auszuquetschen.

Dieser Machtzuwachs des Konservatismus, der durch die SPD mit gefördert wird, kann aber bestimmt nicht erfolgreich bekämpft werden, wenn die Kritik auf die SPD und deren Rechtsentwicklung konzentriert wird. Es müssen *vor allem* die Hauptkräfte der Reaktion angegriffen werden, um den Ausbau ihrer gesellschaftlichen Basis wirksam zu stören.

Quellenhinweis: Antragsmaterial zum SPD-Parteitag

## Ostermärsche Sichtbare Fortschritte des DGB

**Mannheim.** Die Initiatoren des Krefelder Appells haben anknüpfend an den Ostermärschen der 60er Jahre wieder zu solchen Ostermärschen in diesem Jahr aufgerufen. Am 10.4. finden diese regional in mehreren Zentren der BRD statt unter dem allgemeinen Motto: Protestiert gegen Nuklearwaffen auf deutschem Boden, macht den Krefelder Appell zur Volksabstimmung. In Mannheim hatte der von Jusos und DKP ausgehende Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung (MAFA) im Februar alle Friedensinitiativen aus der Region sowie die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Absprache über die Durchführung eines Ostermarsches („Kampf dem Atomtod“) in Mannheim eingeladen. Dieser sollte auch verbunden sein mit dem Protest gegen das im Käfertaler Wald bei Mannheim lagernde Giftgas. Neben zahlreichen Initiativen aus der Region kam auch ein Vertreter der DGB-Jugend in Mannheim.

Der verabschiedete Aufruf knüpft an den Forderungen an, die von den Initiatoren der Bonner Demonstration im Oktober vergangenen Jahres erhoben wurden. Insofern stellt dieser Aufruf, der auch von der Mehrheit der anwesenden Initiativen positiv abgestimmt wurde, keinerlei Fortschritt dar, gegen die Bundesregierung klare Forderungen zu stellen. Positiv ist jedoch hervorzuheben, daß im Gegensatz zum Bonner Aufruf Bezug auf den Rüstungs- und Sozialhaushalt genommen wird und daß sich die konkreten Forderungen gegen das Giftgas im Käfertaler Wald an die Parlamente der Kommune, des Landes und des Bundes richten.

Der DGB Kreis Mannheim unterstützte schon früh die Initiative zur Durchführung einer Friedenskundgebung zu Ostern, unterschrieb jedoch den verabschiedeten Aufruf der MAFA nicht, sondern behielt sich eine eigenständige Mobilisierung seiner Mitglieder vor.

Mittlerweile ruft er zusammen mit dem DGB Kreis Ludwigshafen zu einer Demonstration zum Kundgebungsort in der Mannheimer Innenstadt auf, von wo aus der Ostermarsch nach einer Zwischenkundgebung in den Käfertaler Wald ziehen soll.

Ist die Art der Beteiligung des DGB schon ein Fortschritt gegen die Erklärungen zur Nichtbeteiligung an der Bonner Demonstration, so geht auch der Inhalt des Aufrufes über die Unterschriftensammlung des DGB zum 1. September 1981, dem Anti-Kriegs-Tag, hinaus. Zwar argumentiert der DGB nach wie vor mit der Abrüstung in Ost und West und tritt für die Beschleunigung und Intensivierung der Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa und Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz ein, wendet sich jedoch gegen die militärische Blockbildung und die daraus folgende „Blocklogik“. Er tritt ein für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, für die Ächtung des Baues der Neutronenbombe und gegen die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen sowie den Abbau der bestehenden Potentiale. Des weiteren verurteilt er jegliche Art von Militärregimen.

## Wehrbeauftragter „Mehr Überzeugungsarbeit“ durch Offiziere

Der Wehrbeauftragte Berkhan, Mitglied der SPD, aber von allen Bundestagsfraktionen geschätzt, beschäftigt sich in seinem diesjährigen Bericht vor allem mit der politischen Meinungsbildung in der Armee und dem Einfluß und den Stellungnahmen der Soldaten, vor allem der Wehrpflichtigen, in der Öffentlichkeit. Berkhan weist in seinem Bericht darauf hin, daß Soldaten in den politischen Diskussionen mit „fachlichem Wissen“ für die Ziele der Bundeswehr eintreten. „Fachliche“



Fragen haben nur einen geringen Teil der öffentlichen Diskussion ausgemacht. Der Streitpunkt war und ist, soll die Bundesrepublik weiter eine forcierte Aufrüstungspolitik betreiben, und sollen die Soldaten mit der Waffe in der Hand für die Interessen der Reichen Krieg führen? Das hat mit Fachwissen nichts zu tun. Das kann Berkhan auch nicht verschweigen. Viele Soldaten würden „abseits stehen“, schreibt er. Er beschönigt die Situation. Da die Soldaten den Eid auf die Verfassung schwören, meint er behaupten zu können, im Vordergrund würde die Meinung stehen, daß der Zweck und die Ziele der Bundeswehr im Grundgesetz geregelt seien. Obwohl die Sache im Grundgesetz geregelt ist, steigt die Zahl der Kriegsdienstverweigerer und nicht die Beliebtheit des Grundgesetzes. Das muß Berkhan auch beunruhigen.

Insofern ist der Hinweis auf das Grundgesetz eine Drohung. Berkhan verlangt von den Soldaten, aktiv für das Grundgesetz und die bestehenden Ziele der herrschenden Klasse einzutreten. Berkhan vermeidet die ganze Zeit die Frage, haben die Soldaten einen aktiven Kriegs- und Verteidigungswil-

len. Eine Beantwortung würde negativ ausfallen.

„Dem Soldaten im Grundwehrdienst (sollen) die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen hinreichend verdeutlicht werden“, fordert Berkhan die Ausbilder und Vorgesetzten auf. Der Indoktrinierung der Soldaten wird freier Raum gegeben. Ausführlich befaßt sich Berkhan mit der Beteiligung von Soldaten an der Demonstration am 10. Oktober gegen die NATO-Nachrüstung. Er wirft den Vorgesetzten vor, nicht „angemessen zu reagieren“, und fordert sie auf, „die eigene Überzeugung“ glaubwürdig darzustellen. Das ist schon frech, denn die „eigene Überzeugung“ der Offiziere ist nichts anderes als offizielle Bundeswehrmeinung verschieden angewandt. D.h. die Offiziere sollen über die bereits verhängten Disziplinarmaßnahmen hinaus bestimmte Soldaten versetzen, in ausgesuchten Gruppen isolieren und mit reaktionärem Gedankengut quälen. Berkhan will den Handlungsspielraum der Offiziere erweitert wissen. Dies soll das Resultat der „persönlichen Überzeugungsarbeit“ werden.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1406, 3.3.82

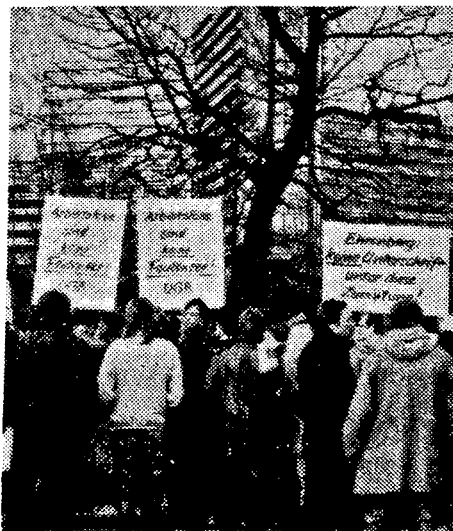
„Operation 83“

## Die Kapitalistenverbände präsentieren ihren Forderungskatalog

Nicht erst seit den niedersächsischen Landtagswahlen sind Spekulationen über die Zukunft der sozialliberalen Koalition in Mode. Seit Frühjahr 1981, zur Vorbereitung der „Operation 82“, haben CDU und CSU, unterstützt durch die großbürgerliche Presse und direkt angetrieben von den Kapitalistenverbänden, eine Kampagne zur Ablösung der SPD aus der Regierung entfacht. Nicht erfolglos. Zwar verblieb die CDU/CSU im Bundestag bisher auf der Oppositionsbank, aber die Regierung verabschiedete für 1982 einen Haushalt, der einer CDU/CSU-Regierung Ehre machte. Da die Gewerkschaften in den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen den Lohnstandard nicht verteidigten und da sie die mit dem Haushalt beschlossenen Kürzungen bzw. Steuererhöhungen – abgesehen von der Zulagenkürzung im öffentlichen Dienst – nicht verhindern konnten, konnte die reaktionäre Regierungskritik der Opposition an Boden gewinnen.

Derzeit nun ist in den Ministerien der Haushalt 1983, von FDP-Generalsekretär Verheugen schon als „Operation 83“ angekündigt, in Arbeit. Prompt erreicht die Kampagne einen neuen Höhepunkt. Der Präsident des

Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Rodenstock spricht sich, auf alle bürgerlich-parlamentarischen Regeln pfeifend, in „Bild“ für einen Regierungswechsel aus. „Bild“: „Würde ein Regierungswechsel in Bonn etwas verbessern?“ Rodenstock: „Ja. Wenn die Ziele der Opposition auch in die Tat umgesetzt werden.“ „Die Welt“ wartete nur einen Tag vor-



Gewerkschaftsdemonstration gegen die neuen Zumutbarkeitsklauseln

her mit dem Leitartikel auf: „Der Kanzler denkt ernsthaft an eine Kabinettsumbildung“. Ob nun Schmidt tatsächlich daran „denkt“ oder ihm dieser Gedanke solcherart nahegelegt werden soll, sei dahingestellt. So oder so verfolgen alle sich daran anknüpfenden Spekulationen den Zweck, den Druck auf die SPD in der Regierung noch zu verstärken und gleichzeitig alle möglichen Schwachstellen für die „Operation 83“ zu beseitigen.

Zu den SPD-Ministern, die als „reif“ gehandelt werden, zählt deshalb der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Postgewerkschaft und jetzige Postminister Gscheidle, der sich in der Auseinandersetzung mit der DPG um Verbesserungen für Schichtarbeiter nicht und um Stellenstreichungen nicht gänzlich hatte durchsetzen können. Auch Bundesfinanzminister Matthöfer, ehemals IG Metall-Funktionär, wird genannt. Angeblich, weil er krank sei, vermutlich, weil ihn die Aufgabe, ständig neue Lasten für die Arbeiterbevölkerung zu erinnern, zerschlagen hat und ganz sicher, weil die Finanzbourgeoisie einen Mann, der erklärt hat, er wolle „nicht mehr in die Sozialgesetze eingreifen“, auf diesem Posten nicht wünscht, nicht jetzt jedenfalls und ganz gleich, was er nun wirklich tut.

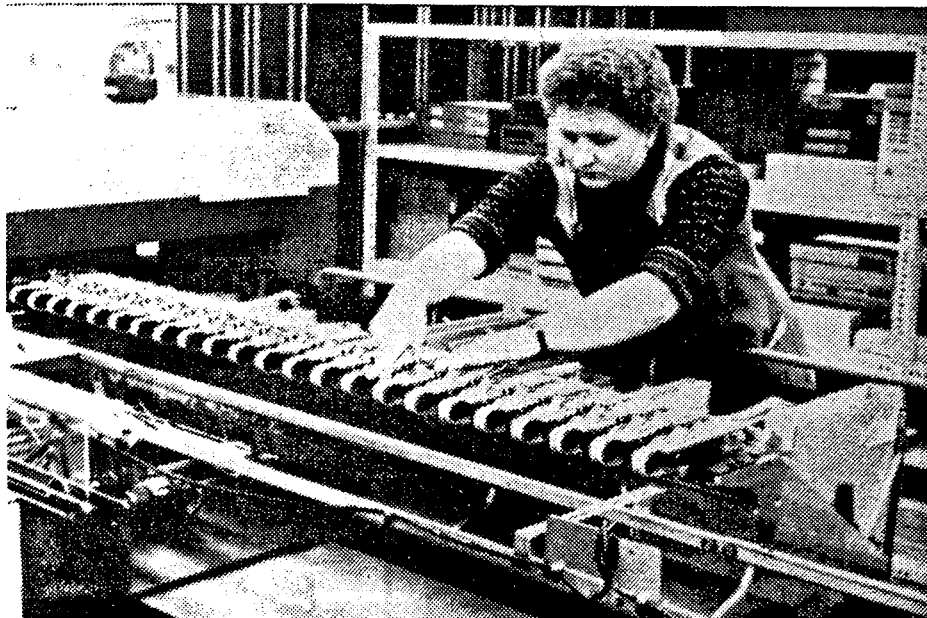
Die Liste an führt Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg, auch er ein ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär (IG Bau-Steine-Erden). Nicht nur, daß Ehrenberg die neuen Zumutbarkeitsverschärfungen für Arbeitslose nicht auf Anhieb hatte durchsetzen können, daß er angesichts des gewerkschaftlichen Widerstands wankte – der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA bezeichnete Ehrenbergs zeitweiligen halben Rückzieher als „Kapitulation vor den Gewerkschaften“ –, daß es schließlich Graf Lambsdorffs Intervention bedurfte, um die neuen Bestimmungen doch noch zu verabschieden, erregte den Zorn der Kapitalistenverbände. Nein, sie wollen, um mit dem FDP-Generalsekretär zu sprechen, „das Ende einer Sozialpolitik à la Arendt und Ehrenberg“. D.h. einer Sozialpolitik, die zwar die Interessen der Lohnabhängigen dem – kapitalistischen – „Gesamtwohl“ unterordnet, aber diesen Maßstab des „Gesamtwohls“ auch an die ungezügelter Interessen und Forderungen der Finanzbourgeoisie anlegt. Sie wollen keine „Meldepflicht für offene Stellen“, auch nicht zum „Ausgleich“ für verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose. Sie wollen das Arbeitsschutzgesetz nicht, das das Ehrenberg-Ministerium in Arbeit hat und das Forderungen der Gewerkschaften teilweise entgegenkommt.

Was sie stattdessen von diesem Ministerium verlangen, hat die BDA im

März in „Leitlinien für die Soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen“ dargelegt. Auf 482,8 Mrd. DM seien die „Sozialleistungen“ 1981 – was immer die Kapitalisten darunter fassen – angestiegen. Jede Mark ist den Bourgeois zu viel, jeder Rechtsanspruch der Lohnabhängigen gegen die Sozialversicherungen, den Staatsapparat und nicht zuletzt den einzelnen Kapitalisten steht ihrer Bereicherungswut im Wege.

Um die einzelnen verlangten Maßnahmen dieser 92seitigen „Leitlinien“

heiten muß das Entstehen des einzelnen vor dem Anspruch gegen die Versicherungsgemeinschaft stehen.“ Nahtlos passen sich hier die Angriffe auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein. Als „Alternative“ bietet die BDA die Einführung von Karenztagen oder die Kürzung der Lohnfortzahlung bei „Kurzkrankheiten“. In jedem Falle soll die Kontrolle der Lohnabhängigen durch Vertrauensärzte ausgebaut, soll die „teilweise Arbeitsunfähigkeit“ eingeführt werden, die z.B. eine tägliche Arbeitszeit von 4 Std. zuläßt, verlangen die Kapitalisten von Ärzten und



Diese Arbeiterin, niedrig eingruppiert, vom Akkord gehetzt, gehört zu denjenigen, die von den Plänen der BDA am härtesten getroffen werden

aufzuführen, würde der Platz nicht reichen. Zusammengefaßt geben sie die Linie aus, das „Anspruchsdenken“ zu beseitigen, ein „Verhalten, das auf ‚rationale‘ Nutzung der Sozialleistungen bedacht ist“, zu erzwingen und damit nicht zuletzt „die Arbeitsbereitschaft, die eine Anerkennung der Leistung voraussetzt“, zu fördern.

Nach diesem Motto wendet sich die BDA strikt gegen jede Forderung nach einer Mindestrente und verlangt, damit sich die im kapitalistischen Arbeitsprozeß Verschlissenen nicht „besser“ stünden als die Arbeitenden, die netto-lohnenorientierte Rente. Mit der Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner geben sich die Finanzbourgeois nicht zufrieden. Die BDA hat selbst einen „Experten“ an die Berechnung einer neuen Rentenformel gesetzt, die gewährleisten soll, daß die progressiv steigenden Steuerlasten und die übrigen Lohnabzüge voll auf die Renten durchschlagen.

Für die Krankenversicherung reichen die Forderungen von „Überprüfung des Leistungskatalogs“ bis zur Einführung der „Selbstbeteiligung“ der Versicherten nach dem Prinzip: „Bei leichteren und kürzeren Krank-

Kassen Angaben über ein mögliches „Selbstverschulden“ des Kranken und das Recht, Leistungen zu verweigern.

Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung drängt die BDA darauf, das Arbeitslosengeld nach Dauer der Arbeitslosigkeit zu staffeln, beginnend mit einem niedrigen Satz, denn: „Eine relativ hohe Leistung gleich zu Beginn der Arbeitslosigkeit löst unter Umständen geringere Impulse zu einer sofortigen Arbeitsplatzsuche und Arbeitsaufnahme aus.“ Eine wirklich gewaltige „Ersparnis“ angesichts der Tatsache, daß ein größerer Teil der Arbeitslosen jeweils nur verhältnismäßig kurz ohne Arbeit ist.

Die grausame Wirkung dieser Pläne würden am schroffsten die schlechtest-bezahlten Teile der Lohnabhängigen erfahren, die, die am meisten geschunden werden, die deshalb besonders oft krank sind, die zugleich überdurchschnittlich oft arbeitslos sind, die ohnehin schon im Alter die niedrigsten Renten haben und deren Kräfte zugleich am weitestgehenden verbraucht sind. Für die Finanzbourgeoisie würden diese Pläne, in die Tat umgesetzt, Milliarden bislang „konsumtiver“ Ausgaben für „investive“, profitable

Zwecke freisetzen. Deshalb auch konzentrieren sie ihre Angriffe zur „Sanierung“ des Staatshaushaltes auf die sog. „Sozialleistungen“. Deshalb sind sie wild entschlossen, die Arbeit des Ministeriums straff auszurichten und eine verschärfte Gangart im Umgang mit den Gewerkschaften durchzusetzen.

Tatsächlich können nur die Gewerkschaften die Pläne der Reaktion durchkreuzen. Hatte die Bundesregierung nicht angekündigt, daß sie eine Stellungnahme zur Lohnfortzahlung und den rechtlichen Möglichkeiten, diese nicht nur für Arbeiter, sondern auch für Angestellte und für Beamte zu beseitigen bzw. einzuschränken, für Ende März vorlegt? Bisher ist von dieser Stellungnahme nichts bekannt geworden. Ganz offensichtlich zögert die Regierung und wartet ab, ob sie ihre Kürzungsbeschlüsse für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht doch noch durchsetzen kann. Kann sie dies, dann wird die Stellungnahme und dann werden die Maßnahmen der „Operation 83“ binnen kurzem auf dem Tisch sein. Kann sie dies nicht, behauptet sich die ÖTV, ist die Ausgangslage der Gewerkschaftsbewegung für die kommenden Auseinandersetzungen deutlich verbessert. – Schmidt soll, laut „Bild“, mit der Kabinettsumbildung bis nach dem SPD-Parteitag warten wollen. Stimme die SPD seiner Regierungspolitik zu, werde die Umbildung erfolgen, könne damit der Regierungsantritt der CDU/CSU verhindert werden. Das Gegenteil wird eintreten. Versammelt sich die SPD hinter Schmidts Regierungspolitik, wird sich die Isolierung der Arbeiterbewegung beschleunigen, was sich parlamentarisch in Stimmengewinnen der CDU/CSU bei den nächsten Wahlen niederschlagen und die Ablösung der SPD aus der Regierung fördern wird.

Quellenhinweis: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Soziale Sicherung in der Zukunft, März 1982; Bild v. 2.4.82; Welt v. 1.4.82; Handelsblatt v. 18.3. – 6.4.; Pressedienst der FDP v. 24.3.1982

## USA

### Spar- und Bausparkassen drohen Massenkurse

„Um den größten Bankenkurs in der Wirtschaftsgeschichte der USA zu vermeiden, wird es an diesem Wochenende zu einem Zusammenschluß der in Schwierigkeiten befindlichen „New York Bank for Savings“ mit der „Buffalo Savings Bank“ kommen. Hierdurch wird die größte Sparkasse der USA mit einer Bilanzsumme von 9 Mrd. Dollar entstehen“, meldete vorletzte Woche das „Handelsblatt“. Grund der Fusion: Die „New York Bank for Savings“ – Bilanzsumme

3,4 Mrd. \$, ca. 8 Mrd. DM – steht kurz vor dem Bankrott.

Die New Yorker Sparkassenfusion ist der bislang letzte Fall einer Welle von Beinahe-Bankrotten von US-Spar- und Bausparkassen. Allein im Staat New York, in der mehr als die Hälfte der 463 US-Sparkassen wirtschaftet, rechnen „Bankfachleute“ damit, daß in den nächsten zwei Jahren ein Drittel der Sparkassen pleite macht. Nicht viel besser sieht es bei den Bausparkassen aus. Der Vorsitzende der Aufsichtsbehörde für die rund 4300 US-Bausparkassen befürchtet den Bankrott von ca. 1000 dieser Banken.

Die US-Sparkassen sind im Unterschied zu den bundesdeutschen Sparkassen nicht durch staatliche oder gemeindliche Garantien gesichert. Anfang des letzten Jahrhunderts entstanden, konzentrieren sie sich bis heute fast ganz auf den Nordosten der USA. Als „nichtprofitbringende Einrichtungen“ genießen sie steuerliche Vorteile gegenüber anderen Banken, dürfen aber dafür keinerlei Geschäftsanteile verkaufen. Ihr „Eigenkapital“ besteht ausschließlich aus den verzinsten Einlagen der „Sparer“. Diese erhalten auch den – um eventuelle Rücklagen verringerten – Gewinn der Sparkasse entsprechend ihren Einlagen ausgeschüttet. Kontrolliert werden diese „Banken für arme Leute“, wie die US-„Enzyklopädie des Bank- und Finanzwesens“ sie nennt, durch vom Vorstand berufene Aufsichtsorgane, die laut „American Banker“ aus den „talentiertesten unter den erfolgreichen und erfahrenen Geschäftsleuten“ der Umgebung ausgewählt werden. Obwohl formell „Besitzer“ der Banken, haben die Kontoinhaber keinerlei Stimmrecht.

Ihren drohenden Bankrott verdanken diese Sparkassen – die nur über knapp 10% der Einlagen der großen „kommerziellen“ Banken verfügen – den US-Bankgesetzen. Diese erlauben ihnen Kreditgeschäfte fast nur im Wohnungsbau sowie in begrenztem Umfang mit Staatspapieren. Die Hypothekenkredite aber sind zumeist langfristig und nur begrenzt in den Zinssätzen veränderlich. Wegen der gestiegenen Zinsen müssen jetzt viele dieser Sparkassen für aufgenommene Kredite einen höheren Zins zahlen, als sie umgekehrt für ihre Hypothekenkredite kassieren dürfen.

Spar- und Bausparkassen vereinigten '79 53% des Hypothekenkreditgeschäfts für den Wohnungsbau auf sich.

Um ihrem drohenden Bankrott zu entgehen, fordern die Sparkassen deshalb von der Regierung, sie solle entweder die Zinsen für Hypothekenkredite freigeben oder aber ihnen den Einstieg in „lukrativere“ Geschäfte wie die Konsumentenkredite erlauben. Die

großen „kommerziellen“ Banken dagegen sind v.a. an einer Lockerung der Anti-Trust-Vorschriften interessiert, um die Spar- und Bausparkassen aufzukaufen und selbst ins Hypothekengeschäft einsteigen zu können, freilich ebenfalls verbunden mit einer Freigabe der Hypothekenzinsen. Der im Fall eines Bankrotts der Sparkassen drohende Verlust sämtlicher Spareinlagen der Armen und Lohnabhängigen dient ihnen dabei als willkommener Vorwand. Eine Welle von erneuten Mietsteigerungen wäre die sichere Folge einer solchen „Zinslockerung“.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 25.3. und 26.3.82; Wall Street Journal, 24. und 25.3.; G. Munn (Hrsg.), Encyclopedia of Banking and Finance, Boston 1973.

## Malwinen Ist der Pinguin ein EG-Vogel?

Die argentinische Militärjunta galt jahrelang als wohlgezogenes Pflänzchen abendländischer Kulturbemühungen. Hohe, an Ausverkauf sich annähernde Verschuldung ans Ausland, brutale Verfolgung sozialer Bewegungen der arbeitenden Klassen im Inneren, Folter. Obzwar die Presse dieser Tage überquillt von Meldungen, Berichten und Hintergrundmaterial, erfährt man über die Beurteilung des Konfliktes in Argentinien und durch die verschiedenen politischen Kräfte in diesem Lande nichts Erhebliches. Allgemein lautet das platte Urteil, die Junta habe sich zur Besetzung der Malwinen, in Europa nennt man die Inselgruppe Falkland-Inseln, entschlossen, um ihr Prestige zu verbessern. Aus den Tatsachen selber geht allerdings hervor, daß die Militärjunta versucht, an der Tradition des Kampfes gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und imperialistische Anspruchspolitik anzuknüpfen.

Argentinien kann sich bei der Herstellung der Territorialhoheit über die Malwinen auf eine Resolution berufen, die seitens der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) erst 1976 gefaßt wurde und die „unantastbaren Souveränitätsrechte Argentiniens“ hinsichtlich der Malwinen feststellt. Argentinien kann ferner auf jahrzehntelange Verhandlungen mit Großbritannien verweisen und darauf, daß Großbritannien in diesen Verhandlungen sich in keiner Weise auf einen vernünftigen Standpunkt – etwa Rückgabe der Inseln an Argentinien bei gleichzeitiger Errichtung einer auslaufenden Pacht – hinbewegte. Vielmehr beanspruchte Großbritannien die Malwinen als sein Territorium.

Den Großbritannien verbündeten Mächten des westlichen Imperialismus gefällt die nationale Aufbruchsstim-

mung, die im Vereinigten Königreich wegen des Auslaufens der Flotte herrschen soll. Daß im Präsidium der Labour Partei eine starke Minderheit einen Antrag einbrachte, in dem das Auslaufen der Flotte verurteilt wird, findet z.B. in der BRD-Presse keine Erwähnung. Zu den Merkwürdigkeiten der fast uferlos entfaltenen Pressespekulation ist ferner zu rechnen, daß niemand das Fehl beklagt, das die Abwesenheit des wesentlichen Teils der britischen Flotte im „Verteidigungsriegel gegen die UdSSR“ anrichten müßte, wenn tatsächlich Verteidigung z.B. der Nordsee und des Nordatlantik der Zweck der Nato-Flotte wäre.

Die argentinische Aktion im Südpazifik, der nahe bei Argentinien liegt und ansonsten zu den von Europa denkbar weit entfernten Weltgegenden zählt, sollte allerdings jenen zu denken geben, die in der EG eine Entwicklung zu einem Bündnis gegen den Imperialismus der USA und der UdSSR fördern wollen und den Imperialismus der EG für nicht-existent zu erklären nicht müde werden.

Gaston Thorn, derzeit Vorsitzender der EG-Kommission aus Luxemburg, erklärt, die EG betrachte die argentinische Aktion als einen Angriff auf das Territorium eines der Mitgliedsländer der EG. Man stehe hinter den Briten. Dieser Standpunkt der EG, Stimmen kritischer Abgrenzung werden nicht laut, gibt deutliche Auskunft über die Perspektive dieses Unternehmens. Man rechnet in Europäerkreisen mit dem Stützpunktsystem, welches die Trümmer der europäischen Kolonialreiche immer noch bedeuten und das so gesehen das umfangreichste auf der Welt sein mag. Prompt mochten im Weltsicherheitsrat sich Panama und Spanien der geforderten Verurteilung Argentiniens nicht anschließen.

Die politische Aufgabe, die Unterstützung der Völker zu propagieren, die mit den Resten kolonialer Imperien aufräumen wollen, ist nicht so schwierig, insbesondere ermöglicht die argentinische Aktion den Kampf gegen das Fehlurteil, die Politik der kleineren imperialistischen Mächte sei gegenüber den Ländern der Dritten Welt wenn schon nicht engelhaft, so doch mindestens ungefährlich. Die USA, durch Bündnisse sowohl an die Seite Argentiniens gestellt wie an die Seite der Briten, können schwerlich hoffen, Großbritannien auch in dieser Weltgegend direkt zu beerben. Fraglich ist nur, ob die Junta, die Argentinien gegenwärtig beherrscht, imstande und willens ist, der kompliziert aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln gemixten imperialistischen Attacke zu begegnen, die auf das Land zukommt.

Quellenhinweis: FAZ, Radionachrichten, div. Ausgaben

# Hunderttausende Jugendliche erhalten keine Ausbildung – die Kapitalistenverbände loben das duale System

Am 12. März beriet der Bundestag über den Berufsbildungsbericht 1982 der Bundesregierung. Der Minister für Bildung und Wissenschaft Engholm hatte ihn am 1. März dem Kabinett vorgelegt. Das Kabinett äußerte sich besorgt über die im Bericht angesagten Entwicklungen. Im vergangenen Jahr erhielten 22 140 Schulabgänger, die sich bei Arbeitsämtern gemeldet haben, keinen Ausbildungsplatz. Gegenüber 1980 sank die Zahl der Ausbildungsplätze, die den Arbeitsämtern bekannt sind. Für das Schuljahresende 1982 erwartet Engholm eine Zunahme der Schulabgänger um 30 000 gegenüber 1981, mindestens 818 263 werden aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen. Das Angebot von Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, wird größer sein als das Angebot auf dem Lehrstellenmarkt, wenn Wirtschaft und Staat ihr Angebot von Ausbildungsplätzen nicht erhöhen. So sieht es der zuständige Minister und erörterte die Verpflichtung für alle Betriebe, freie Ausbildungsplätze bei den Arbeitsämtern zu melden. Zusätzlich erwog er die Erhebung einer Berufsbildungsabgabe von den Kapitalisten, die gar nicht oder relativ weniger als andere ausbilden.

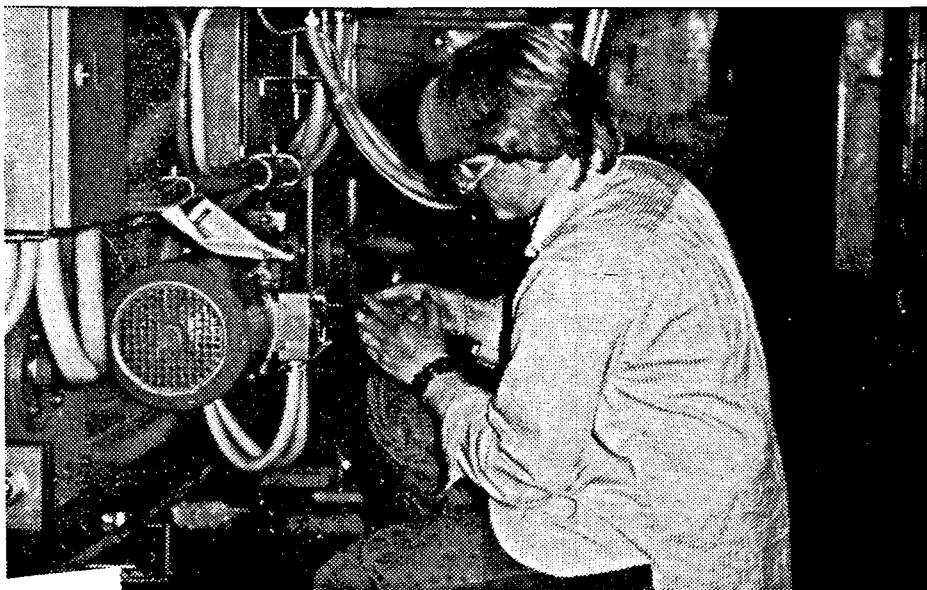
Der DGB schätzt die Lage der Jugendlichen wesentlich schlechter ein als die Regierung. Er rechnet aus: 1981 sind insgesamt 1,27 Mio. Schüler aus Oberschulen, Hauptschulen, Fachschulen usw. entlassen worden. 33 200 Jugendliche beenden einen Lehrgang des Arbeitsamtes, der die Ausbildungschancen verbessern soll. 144 200 Jugendliche sind ohne Ausbildungsvertrag und besuchen an zwei Tagen in der Woche die Berufsschule. 123 700 ausländische Jugendliche verfügen über keine schulische oder betriebliche Ausbildung. 1,575 Mio. Jugendliche wollten also 1981 eine Berufsausbildung beginnen. Von diesen sind 247 000 an die Hochschule gegangen, 907 300 erhielten einen Ausbildungsplatz in Lehrverhältnissen, für die Beamtenausbildung oder an Berufsfachschulen. 287 600 Haupt- und Sonderschüler sind abgeschoben in Berufsgrundschuljahre, Berufsvorbereitungsjahre, Förderlehrgänge oder Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung ausländischer Jugendlicher.

Es verbleiben 273 900 Schulentlassene, die keinerlei Ausbildung erhalten. Die wesentlich niedrigeren Angaben der Regierung entstehen, weil das Mi-

nisterium nur die Ausbildungspläne und die Jugendlichen erfaßt, die den Arbeitsämtern gemeldet sind. Angesichts der alarmierenden Situation, die 1982 noch schlechter wird – der DGB erwartet 1,65 Mio. Schulabgänger –, unterstützte der DGB die Vorschläge Engholms und forderte darüber hinaus die vermehrte Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Alle Kapitalistenverbände empörten sich. Die CDU-Fraktion trug im Bundestag vor, „daß Handwerk, Handel und Industrie ihre Ausbildungsver-

gänge ergab, glänzend bestanden. Die Wirtschaft hat seit 1974 die Zahl der neu abgeschlossenen Bildungsverträge von 450 000 auf 652 000 erhöht – eine Steigerung um 45 Prozent.“ Passend zur Veröffentlichung des Berufsbildungsberichtes ließ der BDI die Ergebnisse einer noch nicht veröffentlichten Studie verbreiten: Nach Rechnung der Kapitalisten verdreifachten sie die Ausgaben für die Berufsbildung in den letzten zehn Jahren, das sei mehr als die staatliche Steigerung der Bildungsausgaben. Interessiert betreiben die



Die Ausbildung von Mädchen in „Männerberufen“ nimmt stetig zu, trotzdem sinkt der Anteil der weiblichen Lehrlinge insgesamt, vor allem in Berufen, die vor Jahren einen hohen weiblichen Anteil hatten.

pflichtungen sehr ernst genommen haben und deswegen hier nicht offene oder versteckte Vorwürfe oder gar Prügel verdienen, sondern sehr viel mehr zunächst einmal ein Wort des Dankes, der Anerkennung und der Ermunterung.“

Da auch die Regierungsfaktionen in ihrer Entschließung zum Berufsbildungsbericht 1982 der privaten Wirtschaft Anerkennung aussprechen für ihre „verstärkten Ausbildungsanstrengungen“, kann der Streitpunkt nicht das fehlende Lob sein. Anlaß ist die Forderung der Kapitalistenverbände, mit der Ausweitung der Schulausbildung müsse endlich Schluß sein, vor allem mit der Erhöhung des Anteils an Schulunterricht in der Berufsausbildung.

Der BDI beschwört: „Das duale System der Berufsausbildung hat die Herausforderung, die sich aus der Bewältigung der geburtenstarken Jahr-

Kapitalistenverbände die Herausbildung einer öffentlichen Meinung, die besagt, angesichts der Erfahrungen der vergangenen fünf bis zehn Jahre sei die Kritik der Gewerkschaften am beruflichen Bildungswesen in der BRD vollständig ungerechtfertigt. Die Erhaltung der Oberherrschaft der Kapitalisten über die berufliche Ausbildung sei die beste Garantie für weitere erfolgreiche Berufsausbildung.

Die Gelegenheiten, zu denen Kapitalisten Kostensteigerungen auf ihrer Seite als Argument anführen, um die Umstände, die diese Kosten verursachen, auch unter ihrer Fuchtel zu behalten, sind wirklich rar. Hinter der augenscheinlichen Steigerung der Anzahl der „Bildungsverträge“ sollen verschwinden die vielseitigen Bemühungen der Kapitalisten, die Berufsausbildung selbst zu verschlechtern.

Als Bildung im Betrieb gilt ihnen alles, was per Vertrag als solche bezeich-

net wird. Haben sie einen Förderlehrgang für schwer vermittelbare Schulabgänger oder Ausländer unter ihrer Aufsicht, zählen sie dies zur Ausbildung und jagen die Jugendlichen mit dem Angebot, bei hinreichender Willigkeit, sich jeder Schikane zu unterwerfen, könnten sie vielleicht mit einem Lehrvertrag rechnen oder doch als Jungarbeiter schaffen. Die Unterbringung in derlei Lehrgängen trifft vor allem die Haupt- und Sonderschüler. In allen Facharbeiterausbildungen ist der Anteil der Schulabgänger mit mittlerem oder höherem Schulabschluß beträchtlich angestiegen.

In einigen größeren Ausbildungsbe-  
reichen konnten die Kapitalisten gegen  
die Gewerkschaftsbewegung Kurzaus-  
bildungen durchsetzen. Von den rund

380 Berufen, die die Bundesanstalt für  
Arbeit Jugendlichen anbietet, die eine  
Lehrstelle suchen, haben etwa ein Vier-  
tel nur eine ein- oder zweijährige Aus-  
bildungszeit. Alle Ausbildungsgänge  
im Baugewerbe sind in Stufenausbil-  
dung gefaßt, die erste Stufe, nach der  
ein Lehrling von weiterer Ausbildung  
ausgeschlossen werden kann, dauert  
ein dreiviertel Jahr. Die meisten Fach-  
arbeiterausbildungen in der Textilindu-  
strie sind in der Ausbildungszeit ver-  
kürzt worden auf zwei Jahre, unterteilt  
in zwei Stufen von jeweils einem Jahr.  
Hinzu kommen die verschiedenen  
Kurzausbildungen im Handel und bei  
den freien Berufen. In der Metallindu-  
strie haben die Elektrokapitalisten für  
zahlreiche Bildungsgänge die Ausbil-  
dungszeit auf zwei Jahre verkürzen  
können. Die IG Metall versucht jetzt,

dies gegen den hartnäckigen Wider-  
stand der Elektromonopole rückgängig  
zu machen. Schon mehrere Jahre füh-  
ren IG Metall und die metallverarbei-  
tenden Kapitalisten die Auseinander-  
setzung um die Neuordnung der Me-  
tallberufe. Die IG Metall verlangt eine  
Ausbildungsordnung, die eine einheit-  
liche Grundausbildung vorsieht. Die  
Kapitalisten wollen die Ausbildungs-  
zeit verkürzen, nach Möglichkeit eine  
Stufenausbildung durchsetzen, die  
nach der ersten Stufe den Metallwerker  
auswirft. Daimler-Benz hat verschiede-  
ne Versuche durchgeführt in dieser  
Richtung und preist den Metallwerker  
als besonders geeignete Ausbildung für  
„lernschwache“ Jugendliche. Solcher-  
art Ausbildung läßt den Facharbeiter-  
ecklohn zur nahezu unerreichbaren  
Hürde werden, solange der Arbeits-

## Facharbeiterqualifikation für ausländische Jugendliche ist nicht beabsichtigt

Zur Rechtfertigung der nochmal  
schlechteren Möglichkeiten für aus-  
ländische Jugendliche, eine Berufs-  
ausbildung zu bekommen, wird von  
berufenen Stellen, zum Beispiel von  
den Kapitalisten und den Arbeitsäm-  
tern, erklärt, diese seien nicht daran  
interessiert. „Über 20 (ausländische)  
Jugendliche, bei denen eine qualifi-  
zierte Berufsausbildung durchaus  
möglich gewesen wäre, zogen es vor,  
als Jungarbeiter möglichst schnell  
Geld zu verdienen. Einige möchten  
schon in den nächsten Jahren in die  
Türkei zurückkehren und hielten des-  
wegen eine Berufsausbildung für  
nicht erstrebenswert.“ (Arbeitsamt  
Bielefeld) Wenn es diese Tendenz bei  
ausländischen Jugendlichen über-  
haupt gibt, so liegt sie in den Lebens-  
umständen, die den ausländischen  
Arbeitern in der BRD bereitet wer-  
den, begründet. Die Ausländerge-  
setzgebung erzwingt die Trennung  
der Familien. Die Verschärfung der  
Ausländergesetze 1974 hat bei sol-  
chen, die nicht aus der EG kommen,  
den Familiennachzug erschwert. Die  
Jugendlichen haben daher bei ihren  
Müttern in den Heimatländern ge-  
lebt. Viele türkische Jugendliche  
kommen erst im Alter von 16–18  
Jahren, also wenn sie weitgehend  
selbständig sind. In der Regel haben  
sie dann höchstens eine fünfjährige  
Schulausbildung hinter sich. Zusam-  
men mit Sprachschwierigkeiten er-  
geben sich schlechte Bildungsvoraus-  
setzungen. Hinzu kommt: Da die Exi-  
stenz der Ausländer aufgrund unreg-  
elmäßiger Beschäftigung noch unsi-  
cherer ist als die westdeutscher Arbei-  
ter, ist die Annahme einer Lehrstelle,

verbunden mit finanzieller Unselbstän-  
digkeit, oft kaum möglich.

Gleichwohl sind die ausländischen  
Jugendlichen ein Arbeitskräftereser-  
voir, das die Kapitalisten nicht unaus-  
gebeutet lassen wollen. Seit Anfang  
1980 finden daher „Maßnahmen zur  
Berufsvorbereitung und sozialen Ein-  
gliederung (MBSE)“ statt. Sie werden  
von der Bundesanstalt für Arbeit unter  
finanzieller Beteiligung von Bund und  
Ländern durchgeführt. Träger dieser  
Maßnahmen sind hauptsächlich die  
Wohlfahrtsverbände und die Verbände  
der Erwachsenenbildung, aber auch  
Kapitalisten. Nach dem Runderlaß  
339/79 der Bundesanstalt für Arbeit ist  
das Ziel dieser Maßnahmen, „mög-  
lichst zur Aufnahme eines Ausbil-  
dungsverhältnisses zu befähigen“. Sie  
dauern zwölf Monate. Während dieser



Nur jeder fünfte ausländische Jugend-  
liche erhält nach Auskunft des DGB-  
förmlichen Ausbildungsplatz

Zeit erhalten die Jugendlichen eine  
Ausbildungsvergütung von höchstens  
250 DM im Monat. Sie hängt von der  
Höhe des Familieneinkommens ab.

Im vergangenen Jahr nahmen in  
NRW 4355 ausländische Jugendliche  
an diesen Maßnahmen teil. Davon wa-  
ren 96% Türken. 50% hatten keine  
deutschen Sprachkenntnisse. Rund  
44,7% hatten davor bis zu fünf Jahren  
eine Schule besucht, 51,9% sechs bis  
elf Jahre. Voraussetzung für die Teil-  
nahme an MBSE-Kursen sind grund-  
legende Deutschkenntnisse. Daher ist ein  
viermonatiger Sprachkurs vorgeschal-  
tet. Die Maßnahmen selbst bestehen  
aus berufsvorbereitendem Unterricht.  
Je nach den Erfordernissen des Ar-  
beitsmarktes sollen Fertigkeiten im Be-  
reich Metall, Holz, Elektro und Bau  
vermittelt werden. Wohlbemerkt, in al-  
len Bereichen.

Im Berufsfeld Metall müssen von  
den ausländischen Jugendlichen bei  
Daimler-Benz folgende Übungsarbei-  
ten angefertigt werden:

- Figur aus Draht,
- Mobile,
- Sportbild,
- Blechschachtel,
- Aluminiumschababild,
- Schlüsselhalter,
- Dampfwalze,
- Briefständer,
- Sägeübung,
- Flaschenöffner,
- Hammer,
- Anschlagwinkel,
- Schmiege,
- Feilübung,
- Leere,
- Schaufel,
- Topfuntersatz,
- Raucherkombination,
- Schlüsselkasten.

Mit einem Grundlehrgang Metall hat  
das sehr wenig zu tun. Dabei werden

markt nicht vollständig leergeräumt ist.

Auch für die Beibehaltung der Kurzausbildung zum Verkäufer müssen die „Lernschwachen“ erhalten. Der CDU-Abgeordnete Rosmanith im Bundestag: „Es wird ganz konsequent darauf gedrängt, den zweijährigen Ausbildungsberuf des Verkäufers bzw. der Verkäuferin wegfällen zu lassen und nur noch den dreijährigen Ausbildungsberuf ... vorzusehen.“ Heuchlerisch klagt Rosmanith die Gewerkschaft HBV an, sie arbeite gegen die Interessen der schlecht ausgebildeten Jugendlichen.

Die angestrebte Ausbreitung des Ausbildungsplatzangebots erbrachte den Kapitalisten, daß zahlreiche Jugendliche in Ausbildungsgänge gepreßt wurden, die keine Facharbeiterausbil-

dungen sind. Außerdem ist es ihnen gelungen, den Facharbeitermarkt selbst immer mit frischem Nachschub zu versorgen. Dieser Umstand lag und liegt der Industrie nicht nur am Herzen, damit sie jederzeit über speziell und hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügen kann. Das ständige Überangebot von Facharbeitern befestigte die Grundlage, auf der die ständigen Umschichtungen, die Auf- und vor allem die Abgruppierungen in den Belegschaften in den letzten Jahren stattfinden konnten.

1972 forderten die Kapitalistenverbände auf einem Kongress zur Bildungspolitik, die betriebliche Ausbildung müsse „für eine größere berufliche Flexibilität“ sorgen. Das Tätigkeitsfeld der Facharbeiter und damit meist auch die Eingruppierung ist stän-

diger Umwälzung unterworfen. Der geringste Teil arbeitet die Lebensarbeitszeit im erlernten Beruf. Ein Großteil wird in Hilfs- und Anlern Tätigkeit gedrückt, einem anderen Teil gelingt es, sich zu den Meistern, Technikern usw. durchzuboxen.

Die Liebe der Industrie zur Ausbildung im Handwerk rührt aus solchen Umständen. Seit geraumer Zeit befindet sich nahezu die Hälfte der Auszubildenden in Handwerk, Landwirtschaft und bei Freiberuflern, obwohl nur grob ein Drittel der Erwerbstätigen in diesen Gewerken tätig ist. Die industriellen Monopole nutzen den Konkurrenzdruck auf das Handwerk, um die Ausbildung von Arbeitskraft zwar nicht zahlen zu müssen, aber in großen Teilen doch nutzen zu können. Die Entwicklung der Arbeitsteilung in der



Seit September 1980 veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt in Bielefeld dreiwöchige „berufsvorbereitende Praktika“ für ausländische Jugendliche

zwar auch Übungsarbeiten angefertigt, jedoch solche, bei denen Grundfertigkeiten erlernt werden, die im späteren Beruf gebraucht werden, wie Feilen ebener Fläche, Anreißen nach Zeichnung, Bohren und Verstiften usw.

Das bedeutet, die ausländischen Jugendlichen haben nach einem Jahr Ausbildung höchstens sehr minimale allgemeine handwerkliche Fähigkeiten erworben. Die Daimler-Benz AG stellt nach dem ersten Kurs denn auch lakonisch fest: „Unsere ursprüngliche Hoffnung, daß wenigstens mit einigen Teilnehmern der Abschluß eines Lehrvertrages möglich wird, erfüllte sich leider nicht.“ Dagegen würden die Jugendlichen sich gut für einen anderen Einsatz eignen: „Bei betrieblicher Tätigkeit gegen Entlohnung (z.B. als Postzusteller im internen Werkpostverkehr, Lagerhelfer, Helfer beim Hausmeister, Werkzeugschleifer und ähnliches) konnten parallel dazu die in der Schule erworbenen Sprachkennt-

nisse in der betrieblichen Situation angewendet und vertieft werden.“

Trotzdem haben diese MBSE-Maßnahmen für die Kapitalisten einen bedeutenden Vorteil: Sie kosten sie keinen Pfennig. Dies legt den Verdacht nahe, daß es überhaupt nicht um eine Berufsausbildung geht, die die Erwerbung einer Facharbeiterqualifikation ermöglicht. Der SPD-Landtagsabgeordnete Schaufuß wollte daher in der Kleinen Anfrage Nr. 238/1981 von der NRW-Landesregierung wissen: „Teilt die Landesregierung meine Auffassung, daß MBSE-Kurse die Förderung der ‚Ausbildungsreife‘ und nicht der ‚Arbeitsreife‘ zum Ziel haben?“ Und weiter: „Teilt die Landesregierung meine Bedenken, daß ein 4-monatiger Sprachintensivkurs und ein 8-monatiger Lehrgang – möglichst in Betrieben – dem Ziel, ‚möglichst viele ausländische Jugendliche ohne schulischen Abschluß an anerkannte Berufsausbildungslehrgänge heranzuführen‘, nicht gerecht werden kann?“

Die Landesregierung antwortet in schöner Offenheit, daß „Sprachkompetenz und Bildungsstand von fast 50% der Teilnehmer die Aufnahme eines Berufsbildungsverhältnisses nach Abschluß der Maßnahme ausschließen“. Ganz abgesehen davon, ob man diesem Urteil glauben kann, keinesfalls folgt für die Landesregierung daraus, daß diese MBSE-Kurse zumindest für die zitierten 50% der jugendlichen Ausländer keine geeignete Maßnahme zur beruflichen Ausbildung sind bzw. ihr Ziel nicht darin besteht, die Voraussetzung für eine Ausbildung zum Facharbeiter zu schaffen. Sie versucht, sich aus der Affäre zu ziehen mit: „Hierzu kann eine generelle Aussage nicht gemacht werden. Richtig ist jedoch, daß ein Intensivsprachkurs, der der MBSE vorgeschaltet wird, die berufliche Eingliederung insbesondere der späteingereisten Seiteneinsteiger wesentlich erleichtert und ihre Vermittlungschancen sowohl in ein Ausbildungsverhältnis als auch in ein Arbeitsverhältnis wesentlich verbessert.“

Man kann die Betonung getrost auf Arbeitsverhältnis legen, auch wenn es keine genauen Angaben über den Erfolg der MBSE-Kurse gibt. Bei Kursen, die bisher von der Arbeiterwohlfahrt in Bielefeld durchgeführt worden sind, bekamen höchstens 15% einen Ausbildungsplatz. Darunter waren auch noch „Betreuungsverträge“, d.h. der Kapitalist, der den Jugendlichen einstellt, bekommt 5000 DM vom Arbeitsamt und muß sich dafür verpflichten, ihn nach einem Jahr entweder in ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis zu übernehmen. Ob dies den MBSE-Kursen geschuldet ist, sei auch noch dahingestellt. Die meisten dieser Jugendlichen hatten nämlich bereits in der Türkei lange Ausbildungszeiten.

Industrie hat den Bedarf an solcher, nicht fachspezifisch entwickelter Arbeitskraft, die über erhebliches Arbeitsgeschick und -fähigkeit verfügt, anwachsen lassen.

In den vergangenen zehn Jahren leistete das duale Berufsbildungswesen die Auffüllung des Arbeitsmarktes. Neben dem großen Angebot an teilqualifizierter oder zum Facharbeiter ausgebildeter jugendlicher Arbeitskraft zwang das Kapitalistenmonopol auf Berufsausbildung hunderttausende Jugendliche, ihre Arbeitskraft unausgebildet feilzuhalten. Daß in den Betrieben die Ausbildung selbst von den Arbeitern und Angestellten durchgeführt wird, tut der Liebe der Kapitalisten zur dualen Berufsausbildung keinen Abbruch, das rechnen sie eher zu ihren Verdiensten.

Große Schwierigkeiten befürchten die Kapitalisten, die Auswahl unter den Schulabgängern weiterhin so drückend gestalten zu können wie in den vergangenen zehn Jahren. Ab 1985 rechnen die Kapitalisten mit einem erheblichen Rückgang des Nachschubs an Schulabgängern, weil dann die geburtschwachen Jahrgänge der sech-



DGB-Demonstration in Frankfurt in diesem Jahr gegen die Jugendarbeitslosigkeit

ziger Jahre auf den Arbeitsmarkt treten: 1981 gab es 3,06 Mio. Jugendliche im Alter zwischen 15 und 20 Jahre. 1985 wird ihre Zahl auf 2,71 Mio. abgesunken sein, 1990 werden nur noch 1,9 Mio. Jugendliche dieser Altersstufe vorhanden sein. Die Kapitalisten fürchten nicht nur den Geburtenrückgang. Eine Einengung des Zugriffs auf

jugendliche Arbeitskraft entsteht für sie aus der Verteilung der Kinder auf die verschiedenen Schultypen: Der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulberechtigung wird von 1980, wo er 19,3% betrug, auf 27,8% im Jahr 1985 steigen.

Die Propaganda der Leistungsfähigkeit des dualen Bildungswesens verbind-

## Hauptschüler mit Facharbeiterbrief – 12% müssen als Angelernte arbeiten

Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat in einer Studie über die Lohnabhängigen aller Altersstufen das Problem berufliche Ausbildung und jetzige Tätigkeit untersucht und Ergebnisse 1981 veröffentlicht. Im Rahmen dieser Studie wurde die berufliche Situation von Lohnabhängigen aller Altersstufen, die bis zum Jahre 1979 in acht ausgewählten Metallberufen ausgebildet worden waren, untersucht. In diesen acht Metallberufen waren bis 1979 2144000 ausgebildet worden, das sind 75% aller in Metallberufen Ausgebildeten. Die Tabelle führt in Spalte (1) an, wieviel Prozent im Ausbildungsberuf geblieben, Spalte (2), wieviel Prozent in einen anderen Metallberuf gewechselt sind, Spalte (3), wieviel Prozent in einem Nichtmetallberuf arbeiten. Die Ergänzungszahlen auf 100% sind in der Untersuchung statistisch als Ingenieure, Techniker gefaßt.

|                     | (1) | (2) | (3) |
|---------------------|-----|-----|-----|
| Dreher .....        | 46  | 10  | 31  |
| Schlosser .....     | 25  | 30  | 33  |
| Installateure ..... | 51  | 10  | 31  |
| Kfz-Mechaniker ..   | 31  | 0   | 31  |
| Maschinenschl. .... | 35  | 14  | 34  |
| Betriebsschl. ....  | 53  | 9   | 29  |
| Mechaniker .....    | 30  | 19  | 34  |
| Werkzeugm. ....     | 37  | 10  | 30  |

Von den Lohnabhängigen, die bis 1979 in den acht Metallberufen ausgebildet worden waren, arbeiteten – ihre absoluten Zahlen ins Verhältnis gesetzt – 39% in dem Ausbildungsberuf, einen anderen Metallberuf hatten 26%, nicht mehr im Metallbereich arbeiteten 35%. Von diesen 35% gab die Hälfte an, daß sie von den gelernten Fähigkeiten und Kenntnissen nur „wenig“ oder „sehr wenig, nichts“ verwenden konnten.

Von *allen* zum Facharbeiter ausgebildeten Lohnabhängigen – also nicht nur im Zusammenhang der obigen Metallberufe – hatten je nach Schulabschluß ihren Beruf wechseln müssen: Volks-/Hauptschule 41%, Mittlere Reife 30%, Abitur 22%.

Die Zahl der Berufswechsler mit Abitur ist zwar sehr viel größer als ihr Anteil an den Beschäftigten, dieser Wechsel ist aber in fast allen Fällen verbunden mit einem beruflichen Aufstieg. Von den Berufswechslern bei den Hauptschülern gaben dagegen 17% an, daß der letzte Berufswechsel nicht mit einem „beruflichen Aufstieg verbunden“ war. Das wird mit anhaltender und wachsender Krise des westdeutschen Kapitalismus sicher zunehmen.

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berufen der Anteil derjenigen, die nach ihrer Ausbildung den Beruf wechseln mußten, ohne ihre Kenntnisse verwenden zu können, besonders hoch ist (1) und wie hoch der Prozentsatz derer ist, die ihren Beruf wechseln mußten und danach als Hilfsarbeiter oder Angelernte arbeiteten (2).

|                           | (1) | (2) |
|---------------------------|-----|-----|
| Bergleute .....           | 42  | 25  |
| Textilverarbeiter .....   | 35  | 32  |
| Lederhersteller, -verarb. | 57  | 25  |
| Bäcker .....              | 48  | 20  |
| Fleisch- und Fischverarb. | 25  | 16  |
| Tischler .....            | 30  | 10  |
| Friseure .....            | 28  | 15  |

Von allen Lohnabhängigen, die eine Facharbeiterausbildung hatten, waren 11% als Hilfsarbeiter oder Angelernte tätig. Hauptschüler mit Facharbeiterbrief arbeiteten zu 12% als Hilfsarbeiter, Lohnabhängige mit mittlerer Reife und Facharbeiteraus- bildung nur zu 2%.

Diese statistischen Zahlen belegen, wie entscheidend wichtig es für die Arbeiterbewegung ist, die Forderung nach einer grundlegenden umfassenden Ausbildung, wie sie der DGB in seinem Programm erhebt, durchzusetzen.

Quellenhinweis: Qualifikation und Beschäftigung in den Metallberufen, Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 39, Bundesinstitut f. Berufsbildung (Hrsg.), West- berlin, 1981. Berufsbildungsberichte 1980 u. 81.

den die Kapitalisten jetzt mit einer schroffen Ablehnung der Verlängerung der Schulzeit, nachdem sie bis in die Mitte der siebziger Jahre noch selbst Wünsche nach Einführung des neunten Schuljahres, des Berufsgrundschuljahres usw. angemeldet hatten. Sie suchen Möglichkeiten, trotz der gesunkenen Zahl der Jugendlichen die scharfe Konkurrenz unter den Schulabgängern zu erhalten und die Verschlechterung der Ausbildung gegen den Widerstand der Gewerkschaftsbewegung weiterzutreiben. Die vermehrte Beförderung von Kindern in die Hauptschule und die Beseitigung der staatlichen Auffangkurse schreiben sie jetzt auf ihre Fahnen. Auch vor der Forderung nach Beseitigung des Berufsgrundschuljahres scheuen weder Industrie noch Handwerk zurück.

In seinem Grundsatzprogramm erhebt der DGB die Forderung: „Notwendig ist ein mindestens dreizehnjähriger Bildungsanspruch, damit eine entsprechende Erstausbildungspflicht für alle und eine gesetzliche Verankerung des 10. allgemeinbildenden Pflichtschuljahres in allen Bundesländern. Bestandteil dieser Erstausbildung müssen allgemeine und berufliche Bildungsinhalte sein ... Die Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung, die dazu beiträgt, für die Schüler die berufliche und für die Auszubildenden die allgemeine Bildung zu vernachlässigen, die Vorrechte weniger zu erhalten und den unmittelbaren Einfluß der Unternehmer auf die berufliche Bildung zu sichern, ist aufzuheben.“ Für die berufliche Bildung insbesondere fordern die DGB-Gewerkschaften: „Die Forderungen der Gewerkschaften zur beruflichen Bildung sind darauf gerichtet, daß Ausbildungsplätze in qualifizierten Ausbildungsberufen und ausreichender Zahl geschaffen werden ... Dazu muß die berufliche Bildung so gestaltet werden, daß jeder Arbeitnehmer – eine breite Berufsgrundbildung erhält; – in einer mindestens dreijährigen beruflichen Erstausbildung Qualifikationen erwerben kann, die ihn befähigen, eine vielseitige und anspruchsvolle Tätigkeit auszuüben und die Entwicklung in Arbeit und Wirtschaft mitzugestalten ...“

Die Gewerkschaftsjugend kann sich in den Aktionen, die sie derzeit gegen die Vorhaben der Kapitalisten in der Berufsausbildung vorbereitet, auf diese Forderungen stützen.

Quellenhinweis: Berufsbildungsbericht 1982, Bundestagsdrucksache 9/1424; Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 9/92, 5515 B bis 5541 D; IWD-Nachrichten Nr. 1/82 und 4/82; W. Schlaffke, R. Zedler (Hrsg.), Betriebliche Bildungsarbeit, Köln 1982, S. 238 bis 254; BDI-Informationen und Meinungen Nr. 3/81; DIHT-Informationen 9/81; ZDH-Kontakte 6/82; DGB-Informationsdienst 1D 3/82; DGB-Grundsatzprogramm 1981 in: Die Quelle, Nr. 4/81.

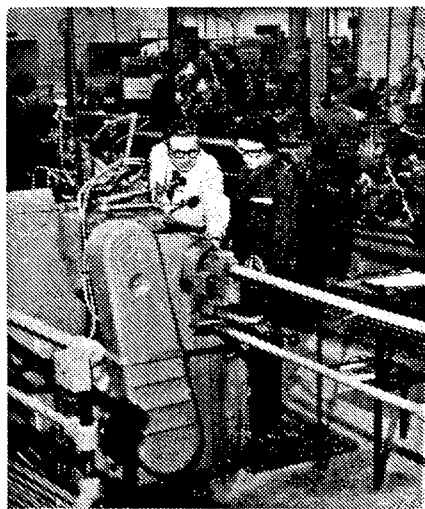
## Thatcher will die Berufsausbildung in Großbritannien reformieren

Eine große Reform der beruflichen Bildung in Großbritannien plant die Regierung Thatcher. Das gegenwärtige System sei für eine Industrienation „völlig unzureichend“.

1979 erhielten 40% der Schulabgänger, die überhaupt Arbeit fanden, keinerlei berufliche Ausbildung. Weitere 20% nahmen an innerbetrieblichen Anlernkursen von unter acht Wochen teil. Eine Berufsschulpflicht gibt es nicht.

Weniger als 20% begannen eine Lehre. Bei dem Lehr-System stört die Kapitalisten einiges erheblich: die Dauer der Lehre, die Lehrlingslöhne usw. sind Gegenstand von detaillierten Tarifverträgen mit den entsprechenden Fachgewerkschaften. Es gibt keine staatliche Kontrolle. Die Gewerkschaften sorgen dafür, daß möglichst nicht zuviel Arbeiter in ihrem Fach ausgebildet werden, zweitens haben sie hohe Lehrlingslöhne durchgesetzt.

Das britische Finanzblatt „Economist“ beklagt, die Lehrlinge erhielten „zuviel zu früh“ und vergeht



„Skill-Centre“, eine staatliche Lehr-  
lingswerkstatt in Glasgow

wohlwollend mit westdeutschen Lehrlingslöhnen.

Ein britischer Bäckerlehrling erhält danach im ersten Lehrjahr 70% des Lohns eines Facharbeiters im ersten Jahr nach der Ausbildung (BRD 24%), ein Werkzeugmacherlehrling 47% (28%), ein Tischler 50% (23%). Außerdem gebe es keine ordentliche Beaufsichtigung der Lehrinhalte durch den Staat, der Einfluß der Gewerkschaften sei zu groß.

Die Zahl der Facharbeiter ist zu gering, klagte 1981 das Nationale Insti-

tut für Wirtschafts- und Sozialstudien. 1979 hätten in Großbritannien 62100 Personen einen Fach- oder Handwerkerabschluß erworben, in Westdeutschland seien es (1977) 146300 gewesen, in der Metallindustrie sei das Verhältnis 22900 zu 47500.

Die Reform der Regierung Thatcher setzt auf der einen Seite direkt bei der Lehrlingsausbildung an. Bis 1985 soll die verantwortliche Behörde verbindliche Inhalte der Lehre für die meisten Fachberufe ausarbeiten. Der schlecht bezahlte Besuch eines staatlichen Ausbildungszentrums soll dann den betrieblichen Lehrabschlüssen gleichgestellt sein. Darüber wären sowohl die Lehrlingslöhne gekürzt wie auch die Gewerkschaften ohne Einfluß auf die Berufsausbildung.

Der zweite Aspekt der Reform befaßt sich mit der Mehrzahl der Jugendlichen, den ungelernten Arbeitern. Auch hier will die Regierung die „Errungenschaften“ der westdeutschen Konkurrenz anwenden – daß nämlich die Ausbildungszeit Vernutzung von billiger Arbeitskraft durch die Kapitalisten ist.

Die Regierung „garantiert“ jedem Jugendlichen nach der Schule eine einjährige Ausbildung. Von diesen zwölf Monaten sollen sie drei nicht an einem Arbeitsplatz verbringen, etwa neun in den Fabriken und Büros.

Ziel der Kurse, an denen schon 1983 mindestens 300000 Jugendliche teilnehmen sollen: „die vorhandenen Begabungen und Neigungen herausfinden“, „Sicherstellung grundlegender Fähigkeiten (Lesen, Schreiben, Rechnen, grundlegender Gebrauch von Werkzeugen und Maschinen)“, „Ausstellung eines Zeugnisses über den Fortschritt und das erreichte Niveau des einzelnen, das von zukünftigen Arbeitgebern anerkannt werden kann.“ (Weißbuch der Regierung).

Als Teilnehmer eines solchen Trainingskurses erhält ein Jugendlicher noch weniger als bei den gegenwärtigen Arbeitsbeschaffungsprogrammen: 750 Pfund im Jahr (etwa 260 DM im Monat!).

Der Regierung schwant, daß die „Freiwilligkeit“ zu dieser Art Ausbildung gering sein wird. Deshalb wird das Programm von einer wichtigen Änderung der Sozialhilfegesetze begleitet, Jugendliche im ersten Jahr nach der Schule haben in Zukunft kein Anrecht mehr auf Sozialhilfe.

Quellenhinweis: Economist, 12.12.81; Government White Paper, „A new Training initiative: A programme for action“, London 15.12.81

## Opel-Belegschaft gegen Bespitzelung

Einstimmig verurteilte die Betriebsversammlung Ende März bei Opel Bochum die Bespitzelungspraxis des Verfassungsschutzes: „... Der letzte 1981 bekanntgewordene Fall der versuchten Anwerbung eines Opel-Betriebsratsmitgliedes macht deutlich: Trotz gegen- teiliger Erklärungen des Bundesinnenministeriums werden weiterhin Betriebsräte und Gewerkschaften von seiten des BfV überwacht und bespitzelt ... Wir sind solidarisch mit den von dieser gesetzwidrigen Praxis Betroffenen.“ Ein Verfassungsschutzagent war bei seinem Anwerbeversuch verprügelt worden. Baum hat Anzeige gegen einen Opel-Betriebsrat gestellt. Der Prozeß beginnt am 26.4. in Essen.

## Stahltarif abgeschlossen

Essen. Am 24. März wurde der Tarif für die rund 200000 Beschäftigten der Stahlindustrie NRW und Bremen abgeschlossen. Das Ergebnis: 4,2% ab 1. Februar bei einer Laufzeit von 14 Monaten, zusätzliche Anhebung des Ecklohns um 6 Pfennig (rund 0,6%) ab 1.2.1983. – Der Verband der Stahlkapitalisten ist's zufrieden. Der

Bremen. Seit dem 26. März befinden sich 79 Schornsteinfegergesellen aus 82 Betrieben in Bremen und Bremerhaven im Streik. Nachdem der Standesinnungsverband am 1. April 1982 alle Gesellen fristlos gekündigt hatte, wurde der auf eine Woche angesetzte Streik auf unbefristete Dauer verlängert. Der Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen fordert die Erhöhung des Urlaubs von 23 auf 28 Tage sowie mehr Kleider-, Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Am 3. April demonstrierten alle 79 Gesellen durch die Bremer Innenstadt.

Stahlabschluß liegt umgerechnet auf 12 Monate nach unserer Rechnung gerade bei 3,7%. Insgesamt über 150000 Stahlarbeiter haben sich trotz des Entlassungsdrucks an Warnstreiks gegen die Absicht der Kapitalisten beteiligt, deutlich unter dem 4,2%/12 Monate-Abschluß von Metall zu bleiben. Verhindert ist dies nicht. Mit der zusätzlichen Ecklohn-erhöhung ab Februar 1983 hat die IG Metall zwar die Angleichung des Stahlecklohns an den Metallecklohn erreicht. Aber gleichzeitig klaffen die Termine der Verhandlungen in Zukunft wieder auseinander, was folgende Kämpfe erschweren wird.



## Landtagsdebatte über Teststrecke

In der Debatte über die Große Anfrage der Grünen zur geplanten Daimler-Benz-Teststrecke Boxberg hat sich die SPD-Fraktion nach Abstimmung mit der Kreis-SPD für ein „bedingtes Ja“ zur Teststrecke ausgesprochen. Die hohe Abwanderungsrate aus dem strukturschwachen Main-Tauber-Kreis und die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen, die die SPD veranlaßten, ein konkretes Strukturverbesserungsprogramm zu fordern, wurden von der CDU erneut demagogisch aufgegriffen, um mit dem Bau der Teststrecke „gleichwertige Lebensverhältnisse für die gesamte Bevölkerung Baden-Württembergs zu schaffen“ (Landwirtschaftsminister Weiser). Die FDP forderte die Teststrecken-gegner auf, die gefaßten Beschlüsse zu respektieren. Der Antrag der Grünen auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses über das rechtswidrige Verhalten der Landesregierung bei der Planung wurde abgelehnt.

## Delegiertenkonferenz der LSV Ba-Wü

Am 28.3. fand in Stuttgart die zweite Delegiertenkonferenz der Landesschülervertretung (LSV) Baden-Württemberg mit 100 Delegierten statt. Zentrales Hindernis beim Aufbau der Landesschülervertretung sind die Folgen der Nichtanerkennung durch die Landesregierung. Der Vorstand berichtete, daß ca. 70% der Einladungen der LSV von den Schulleitern nicht an die Schülermitverwaltungen weitergegeben werden. Die Finanzierung der Arbeit läuft über die Privatschatulle der Vorstands-

mitglieder. Die Presse boykottiert die LSV-Pressemitteilungen bzw. stellt selbige als illegal und die LSV als von der SDAJ „unterwandert“ hin. Mit Unterstützung des DGB und der Jungen Presse Ba-Wü, in der 375 Schülerzeitungen mitarbeiten, soll ab April eine landesweite LSV-Zeitung herausgegeben werden. Bzgl. der gesetzlichen Anerkennung strebt die LSV im Rahmen der Schulgesetzdebatte des Landtags eine parlamentarische Initiative über die SPD, FDP und Grünen an. Mit 42:36 Stimmen sprach sich die Konferenz für die Wahrnehmung des „Allgemeinpolitischen Mandats“ aus. Das bereits am 28.10.81 vorliegende Aktionsprogramm wurde mit Ergänzungen verabschiedet.

## 1200 Umschüler fordern Tariffrechte

Hamburg. Am 25.3. führten die Umschüler der Grone-Schule ihre erste Vollversammlung seit 6 Jahren durch. Die Grone-Schule ist mit 1600 Schülern die größte Ausbildungsstätte der 7000 Umschüler in Hamburg. Gegenüber Vertretern von CDU, FDP, SPD und Grünen/Alternativen griff die Schulsprecherin die „Operation 82“ an, die eine Umverteilung von Milliarden Staatsausgaben zugunsten der Kapitalisten bedeute. Einstimmig forderten die 1200 Anwesenden die Rücknahme der Kürzung des Unterhaltsgeldes und Übergangsgeldes, den Abschluß von Ausbildungsverträgen und gleiche Rechte wie Arbeitnehmer, insbesondere Vertretungsrechte. Der DGB-Vertreter berichtete, daß die Gewerkschaften über die generelle Möglichkeit der Mitgliedschaft von Umschülern beraten.



„100% – Wir haben's“: Mit dieser Schlagzeile meldet die Zeitung der niederländischen Industriegewerkschaft FNV den ersten großen Erfolg im Kampf gegen die Beseitigung der Lohnfortzahlung. Für die Metallindustrie mußten die Kapitalisten einen bis 1990 laufenden Tarifvertrag unterzeichnen, der die Auszahlung eines Krankengeldes von 100% des Nettolohnes vom ersten Krankheitstag an garantiert. Einen weiteren Erfolg noch konnten die Metallarbeiter erringen: Mit der Androhung von Geldstrafen in Millionenhöhe hatten Gerichte dem FNV untersagt, Streiks in einigen Betrieben, so auf der Werft Wilton-Fijenoord, zu unterstützen. Jetzt mußten die Kapitalisten auf die Durchsetzung der Strafandrohung verzichten. Im Bild: Wilton-Fijenoord-Arbeiter freuen sich über den doppelten Erfolg. – Die Kapitalisten hatten versucht, die Lohnfortzahlung mit Lohnerhöhungen zu verrechnen. Auch dies mißlang bisher. Erst nach Abschluß des Lohnfortzahlungs-Tarifvertrages wurden die Lohnverhandlungen aufgenommen. Die Metaller fordern vor allem die Erhaltung der vollständigen Preiskompensation.

## Mit Angriffen auf erkämpfte Rechte soll der Betrieb „in die Gewinnzone fahren“

München. Unmißverständlich beharren die Verleger des Münchner Merkur und der tz, Ippen und Döser, auf ihrem Plan, 300 Entlassungen durchzuführen. Der Streik am 19.3., der die Wochenendausgaben der beiden Zeitungen nicht erscheinen ließ, hat die Verleger jedoch wieder an den Verhandlungstisch zurückgebracht, freilich nicht, um auf die Vorschläge des Betriebsrats einzugehen, der fordert: Keine Kündigungen bis zum 30.9., Einstellungsstopp und Ausnutzung der natürlichen Fluktuation. Am Abend des 22.3. erklärte der Betriebsrat das Scheitern der Verhandlungen. Die Absicht der Kapitalisten: In einem halben Jahr „in die Gewinnzone zu fahren“. Durch die Verhandlungsführung des Betriebsrats, der bei den vorausgegangenen Verhandlungen die Position verfolgte: Keine Entlassungen, keine Verhandlungen über Entlassungen, Offenlegung der Pläne, wie die Arbeit in jeder Abteilung mit reduzierter Belegschaft organisiert werden soll, ist einiges von den Absichten der Kapitalisten deutlich geworden.

Mit 10-Stundenschichten in der Rotation sollen die Regelungen im Manteltarifvertrag sowie die Bestimmungen der Arbeitszeitordnung außer Kraft gesetzt werden, die täglich zwei Überstunden an 30 Tagen im Jahr zulassen. Weiter werden die Rechte des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BVG) beschnitten, das Überstunden nur dann zuläßt, wenn sie beim Betriebsrat angemeldet sind und der BR zugestimmt hat. Des weiteren haben die Kapitalisten vor, Facharbeiter als Hilfskräfte einzusetzen – die Regelung im BVG sieht dabei die Mitbestimmung des Betriebsrats vor, ein Grund, solche Umbesetzungen zu verhindern ist die Besitzstandswahrung. Die Betriebsvereinbarung und die Regelung im Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer an Zeitungsverlagen, die die 5-Tage-Woche festlegen, soll ebenfalls außer Kraft gesetzt werden, Ippen und Döser wollen die 6-Tage-Woche wieder einführen. Durch Änderungen der Schichtarbeitszeiten sollen die Zuschläge für Arbeiten nach 19 Uhr und vor 6 Uhr eingespart werden, in einzelnen Fällen würde das bis zu 400 DM weniger Lohn im Monat bedeuten.

Mit dem Vorhaben, den Personalkostenanteil am Gesamtumsatz auf 38% zu senken, versuchen die MZV-Kapitalisten gegenüber dem Süddeutschen Verlag aufzuholen. Die Bilanz für 1980

wies im SV einen Personalkostenanteil am Umsatz in eben dieser Höhe auf. Der Umsatz war um 8,6% gestiegen, der Konzerngewinn hatte sich fast verdoppelt, die Investitionen haben sich im gleichen Zeitraum mehr als vervierfacht. Investiert haben die SV-Kapitalisten in die Umrüstung auf Fotosatz und in das neue Druckzentrum.

Ganz anders stellt sich die Lage im MZV dar: Dort wurde seit 1971, wo eine Rotation angeschafft wurde, nichts mehr investiert. Münchner Merkur und tz werden heute noch im Bleisatz hergestellt. Die früheren Besitzer haben systematisch alles Geld aus dem Betrieb gezogen, sie ließen sich 1971 die Rücklagen ausbezahlen, zu diesem Zweck mußten Kredite in Millionenhöhe aufgenommen werden. Als sie den Betrieb nahezu ruiniert hatten, haben sie ihn – wie man vermutet – für zwanzig Millionen verschert. Ob die neuen Verleger Investitionen in neue technische Ausstattung vornehmen, ist fraglich. Angesichts der 12,5%-Beteiligung des SV am MZV und einem geplanten Druckzentrum mit erheblich erweiterter Kapazität, liegt die Vermutung nahe, daß an eine Kooperation in der Herstellung gedacht wird.



Protestversammlung gegen die geplanten Entlassungen

Nach dem Scheitern der Verhandlungen vom 22.3. fand am 25.3. ein einstündiger Warnstreik statt. Am Mittwoch, den 31.3., wurde erneut gestreikt. Die Angestellten konnten dabei nicht mit einbezogen werden. Münchner Merkur und tz erschienen als Notausgabe. Der Kommentar der Geschäftsleitung im Münchner Merkur zeigt einiges von den Schwierigkeiten,

eine Einheit gegen die geplanten Maßnahmen zu erzielen: „Einige Belegschaftsmitglieder im Pressehaus Bayerstraße treten mit dem Anspruch auf, die Interessen der Belegschaft zu vertreten ... Sie geben vor, „gegen die Arbeitsplatzvernichtung“ zu kämpfen. Dabei inszenieren sie wilde Streiks, um das Erscheinen der im Münchner Zeitungsverlag produzierten Zeitungen zu verhindern ... Wer mit demagogischen Argumenten gegen die neuen Verleger das Erscheinen der beiden Zeitungen zu verhindern sucht, ist auf dem besten Weg, die Arbeitsplätze aller zu vernichten ...“ Unterzeichnet von 33 Redakteuren. In einem offenen Brief der Anzeigenabteilung werden die streikenden Kollegen beschworen, nicht „den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen“.

Am Donnerstag früh streikten noch 80 Kollegen aus der Technik. Der Streik wurde abgebrochen. Durch diese Kampfmaßnahmen gelang es den Kollegen vom MZV, den Kapitalisten eine schriftliche Zusicherung abzu-zwingen, keine Disziplinarmaßnahmen gegen die Kollegen anzuwenden, die sich am Streik beteiligt haben. Auch konnte durch die Verhandlungsführung des Betriebsrats, unterstützt durch die Kampfmaßnahmen, verhindert werden, daß die Betriebsvereinbarung über eine zusätzlich bezahlte viertelstündige Pause außer Kraft gesetzt wurde.

Der Betriebsrat besteht weiterhin auf seinen Forderungen.

## PPS-Modell Ausbau des Polizeiapparates

Hannover. Vor dem Landtag erklärte der niedersächsische Justizminister Schwind (CDU) am 5.2.82: „Erstmalig in der (Bundesrepublik) wird ... (der) Modellversuch ‚Präventionsprogramm Polizei / Sozialarbeiter‘ (PPS) erprobt.“ Auf dem 9. Polizeirevier in Hannover-Linden sind seit August 1979 sechs Sozialarbeiter in Wechselschicht von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts, am Wochenende und an Feiertagen im Einsatz. Neben der Klingel zur Polizeiwache hängt ein neues Schild: „Modell Sozialarbeit“. Schwind: „Um Bürger nicht mit der wahren Projektbeschreibung ... zu konfrontieren.“

Die CDU trat in Niedersachsen mit ihrer Albrecht-Politik an unter dem Motto „Niedersachsen, Modell für Deutschland“. Die Landesregierung hat jetzt entschieden, daß das PPS-Modell Dauereinrichtung wird und ausgeweitet werden soll. U.a. ist

Braunschweig dabei im Gespräch. Schwind: „PPS stößt in eine Lücke ... 3000 Personen (sind bisher) von der Polizei an PPS vermittelt.“ Davon 65% nach Dienstschaft anderer sozialer Einrichtungen.

So „einmalig“ ist das alles nicht. Aus früheren „Fürsorgedamen“ wurde 1923 die weibliche Kriminalpolizei (WKP), im Faschismus ergänzt durch eine Reichsjugenddatei und zwei Jugendschutzlager allein in Niedersachsen (KZ-ähnlich). Beides und die weibliche Kriminalpolizei wurde von den Besatzermächten aufgelöst.

Anfang 1950 lag in Niedersachsen ein neuer Vorschlag, der auf den alten Erfahrungen basierte, vor, 1952/54 wurde die WPK mit sogenannten Jugendschutzdiensten wieder aufgebaut. Da sich aber ab 1960 keine Sozialarbeiterinnen – es wurden immer nur Frauen eingesetzt – mehr bei der Polizei bewarben, wurde die WPK 1974 wieder aufgelöst. Nichts Neues schafft

Schwind, sondern Altes unter neuem Anstrich.

Es wäre falsch zu leugnen, daß das PPS-Modell gerade in der Probezeit in konkreten Fällen Hilfe leistet. Ebenso falsch wäre es, die dort Tätigen als „Sozialbullen“ abzutun. Bedenklich ist, daß durch die neue Institutionalisierung von Sozialarbeitern andere soziale Institutionen an den Polizeiparat gebunden werden. So sind Sozialarbeiter verschiedener Dienststellen per Anweisung zur Zusammenarbeit mit PPS angehalten worden.

Widerstand gegen PPS gibt es vor allem von der ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit, die anlässlich eines öffentlichen Lobes für PPS durch BKA-Chef Boge (früher Polizeipräsident in Hannover) wiederum dieses Modell verurteilte. Die BKA-Nähe des PPS-Modells fällt auf: Schwind war früher Mitarbeiter des BKA und holte sich für die wissenschaftliche Begleitung des Modells Dr. Steinhilper aus dem BKA.

geld können die meisten Rentner eh schon die notwendigen oder gewünschten Dinge nicht kaufen. Aufgewendet werden muß es für: Seniorenkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel, wenn die Rentner sich nicht völlig einsperren lassen wollen (Senioren-Gesamtnetzkarte mit Sperrzeiten: 36,50 DM); frisches Obst nach eigener Wahl; Tabakwaren; Kosmetikartikel, z.T. Friseur, Maniküre, Prothesenreiniger, besondere Seife; Kaffee oder schwarzen Tee, wenn man mehr als die zugeteilten 1 Pfd. pro Monat (täglich eine Tasse) aufgebraucht haben möchte; das eigene Radio im Zimmer, die Bilder an der Wand, vielleicht ein Fernsehgerät; neue Kleider, wenn man nicht gezwungen sein will, die abgetragenen Sachen des verstorbenen Kollegen zu tragen; Besuche im Kino, Theater oder Ausflüge; ab und zu ein Bier oder auch öfter, weil das Heimleben sonst schlecht zu ertragen ist; Geschenke für Familie oder Beschäftigte.

Das ist vom monatlichen Taschengeld sowieso nicht alles zu bezahlen; man muß sich einschränken und versuchen, etwas zu sparen.

Unterkunft ist Massenunterkunft; in der Regel Zweibettzimmer, es gibt aber auch noch Vier- und Fünfbettzimmer. Pro Person ein altes Bett, ein Nachtschrank, ein Spind; dann gerade noch Platz für einen kleinen Tisch und eventuell ein oder zwei Sessel. In solchen Zimmern sollen alte Menschen dann ihren Lebensabend, also zum Teil viele

## Hamburg

# Altenpflegeheime: Hohe Kosten, schlechte Versorgung

Von einer Arbeiter- und Angestelltenrente sind die Pflegesätze der staatlichen Altenpflegeheime in Hamburg nicht mehr zu bezahlen. 1980 lag der Pflegesatz in Pflegestufe I – dort sind diejenigen Altenheimbewohner eingestuft, die sich noch wesentlich selber versorgen können – bei 1983 DM; in Pflegestufe III – dort sind alle bettlägerigen Pflegefälle eingestuft – bei 2304 DM monatlich. Zur Bestreitung dieser Kosten wird zunächst die gesamte Rente des Heimbewohners beschlagnahmt, den Rest zahlt die Sozialbehörde, der Rentner ist somit Sozialhilfe-„empfänger“. Zurück erhält er ein Taschengeld.

Die Bundesregierung mußte aufgrund der scharfen Proteste der „Grauen Panther“ und anderer Rentnervverbände die verfügte Taschengeldkürzung für Altenheimbewohner zurücknehmen. Der Hamburger Senat hat ebenfalls zurückgesteckt; die ursprünglichen Pläne hätten für ca. 10000 Hamburger Altenheimbewohner mit einer Rente zwischen 275 DM und 688 DM Kürzungen des Taschengeldes um bis zu 68,80 DM monatlich bedeutet. Jetzt beträgt es für alle Heimbewohner mit einem Einkommen bis zu 687 DM: 120 DM monatlich, bei einem Einkommen über 1450 DM maximal 216,60 DM.

Die von den staatlichen Heimen zu erbringenden Leistungen sind im Heimvertrag geregelt: Unterkunft – in

der Regel in Mehrbettzimmern –, Heizung, Instandhaltung und Reinigung, Versorgung und Pflege, volle Verpflegung, ärztliche und zahnärztliche Versorgung, Versorgung mit Medikamen-



4-Bettzimmer im Blindenaltenheim Falkenried.

ten, notwendige Hilfe bei Körperpflege und Pflegemittel, Bereitstellung von Wäsche, Beschäftigungstherapie, soziale und kulturelle Betreuung, Hilfen bei der Freizeitgestaltung.

Das klingt nach Vollversorgung, ist aber Augenwischerei. Vom Taschen-

Jahre, verbringen. Für persönliche Andenken, Möbelstücke, ist kein Platz.

Die in den Heimverträgen benannte sozio-kulturelle Betreuung besteht meist in einem Sommerfest, einer Weihnachtsfeier und Gottesdiensten. Theater- und Filmveranstaltungen gibt

es nur selten. Beschäftigungstherapie ist in vielen Heimen Bastelstunde auf dem Niveau von Vorschulkindergärten und entsprechend besucht. Freizeitgestaltung findet kaum statt. Schlimm dran ist, wer zwar wegen Gehör- oder Sehschäden oder Körperbehinderung das Heimgelände nicht verlassen darf, aber in Begleitung durchaus noch allernhand unternehmen könnte. Diese Begleitung gibt es nicht.

In einer Dokumentation der „Grauen Panther“ Hamburg zum Blindenaltenheim Falkenried wird aufgedeckt, wozu die schlechte Personalausstattung (z.T. für 25 bettlägerige alte Blinde nur drei Pflegekräfte) führt: höchstens fünf Minuten täglich bleibt neben den reinen Pflegemaßnahmen für andere Dinge übrig. Nicht stattfinden kann oft das Vorlesen der Post, Gespräche, Spaziergänge im Heim oder gar an der frischen Luft, gemeinsames Radiohören, sinnvolle Beschäftigung u.a.

Menschenwürdige Versorgung im Altersheim hat ihren Preis. Die private „Johannes Carl Müller“-Stiftung z.B. stellt im Schnitt pro 20 alte Menschen acht examinierte Pfleger, vier Pflegehelfer und zwei Stationshilfen. Kosten 1980: monatlich 3600 DM.

## Wiederaufarbeitungsanlage Landesweite Demonstration

**Schwandorf.** Am 27.3.1982 demonstrierten rund 15000 Menschen gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA). Dazu aufgerufen hatten die Bayerischen Bürgerinitiativen gegen die WAA, unterstützt von dem Bund Naturschutz, dem Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), den Grünen (Land und Bund), dem SPD-Bezirksparteitag Niederbayern/Oberpfalz und der örtlichen CSU. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) plant in der Umgebung von Schwandorf zunächst eine WAA mit einer Jahreskapazität von 350 t zu bauen, für die Zukunft bis zu sechs WAA. Diese Pläne wurden auf der Demonstration durch Transparente und Sprechchöre zurückgewiesen.

In dem Widerstand gegen die WAA sind Teile der CSU, SPD und FDP führend beteiligt. Der Schwandorfer Stadtrat lehnte die WAA bei 20 : 2 Stimmen ab. Dementsprechend beschränkte sich allerdings die offizielle Propaganda der Bürgerinitiativen und der Kundgebungsredner darauf, die WAA wegen ihrer Gefährlichkeit für Leben und Gesundheit der Bevölkerung anzugreifen. Die Zielsetzungen



An der Spitze des Demonstrationszuges fuhren Bauern mit 36 Traktoren

des Energieprogramms der Bundesregierung, nämlich den Konzernherren durch billige Energie im internationalen Konkurrenzkampf um den Höchstprofit Vorteile zu sichern, wurden dagegen kaum angegriffen. Bezüglich der Arbeitsplatzversprechen der DWK (vorerst sollen 1500 bis 2000 Arbeitsplätze geschaffen werden, fehlende Facharbeiter müsse man allerdings entweder umschulen oder woanders herbekommen) ließen sich die WAA-Gegner nicht täuschen. „Mit dem Doping Arbeitsplätze die Not der Menschen schamlos ausnutzen“, benannte S. Kohler vom BBU das Verfahren von DWK und Regierung. Die derzeitige Arbeitslosenquote in Schwandorf (AA-Bezirk) beträgt 19,2%. Das ist der höchste Stand in den vergangenen zehn Jahren. (Feb. '81: 15,8%; Feb. '80: 12,6%; Feb. '78: 15,8%) Regierung und DWK versuchen, diese Lage zu nutzen. Zwar stellt sich die örtliche CSU gegen die WAA bei Schwandorf: „Auf dem Gebiet der Arbeitsplätze soll man sich nichts vormachen lassen.“ (CSU-Fraktionsvorsitzender M. Kaplitz). Gegen einen anderen Standort hat die Schwandorfer CSU allerdings nichts einzuwenden.

## Wasserversorgung Widerstand gegen zentrale Verbände

**Kiel.** Während Anfang der 60er Jahre der Landrat des Kreises Schleswig und spätere Ministerpräsident Schlegelberger noch davon sprach, daß Mischversorgungen oder Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Wasserverbänden, genossenschaftlichen und kommunalen Verbänden und privater Wasserversorgung durchaus möglich

sei, hieß es im Raumordnungsprogramm Schleswig-Holstein von 1968 schon: „Anzustreben ist die zentrale Versorgung mit Wasser von etwa 90% der Bevölkerung.“ 1974 waren dann 83% zentral angeschlossen, im Kreis Schleswig jedoch wesentlich weniger, in einigen Orten minimal, Böklund 9%, Kropp 26%, Steinbergkirche 49%. 1976 wurde daraufhin für den Kreis Schleswig im Regionalplan für den Planungsraum V von der Landesregierung der Zusammenschluß vorhandener kleinerer Wasserverbände unter zentraler Leitung und der Verbund der Leitungssysteme propagiert.

Im Kreis Schleswig-Flensburg gibt es gegen diesen Zugriff der öffentlich-rechtlichen Wasserbeschaffungsverbände (WBV), denen sich die Mehrheit der Gemeinden jetzt zwar angeschlossen hat, erheblichen Widerstand. In Langballigholz trafen sich im letzten Monat Vertreter mehrerer kleinerer Wasserversorgungsgemeinschaften und -genossenschaften, die Schritte gegen die Politik der Landesregierung beraten wollten. Einerseits wird angegriffen, daß das zentrale Wasser gesünder sein soll. In mehreren Orten entstanden jetzt Initiativen gegen die von den WBVs verwendeten gesundheitsschädlichen Asbestrohre. Zum anderen ist ein wichtiger Grund für den Widerstand gegen die Zentralisierung der hohen Preis des zentralen Wassers. Ein mittlerer landwirtschaftlicher Betrieb mußte beim zentralen WBV Nordangeln eine Jahreswasserrechnung von ca. 2000 DM zahlen, bei der Wassergenossenschaft gleich nebenan aber nur 600 DM. Die Vertreter kritisierten, daß sich die WBV's nicht auf die natürlichen Anlagen stützen: „Angeln ist unbestreitbar eines der wasserreichsten Gebiete der BRD. Wer sich mit unseren Bodenformationen intensiver befassen würde, wer vorhandene, gute und tiefgebohrte Brunnen in seine Planung einbezöge, der müßte wohl für unsere Region tatsächlich zu einem völlig anderen Verwaltungsmodell kommen, ob nun öffentlich rechtlich verwaltet oder nicht.“ Stattdessen werden beste Anlagen zerstört und es kommt folgender Preisunterschied zustande:

### Kostenvergleich der Wassergenossenschaften und -gemeinschaften

| Ort        | Jahresgeb. 1cbm/4-Pers. |             |
|------------|-------------------------|-------------|
| Ringsberg  | 72 DM                   | ca. -,36 DM |
| Rüde       | 135 DM                  | ca. -,65 DM |
| Langb.holz | 70 DM                   | ca. -,33 DM |
| Dollerup   | 60 DM                   | ca. -,30 DM |

WBV Nordangeln:

225 DM ca. 1,13 DM

## Studenten

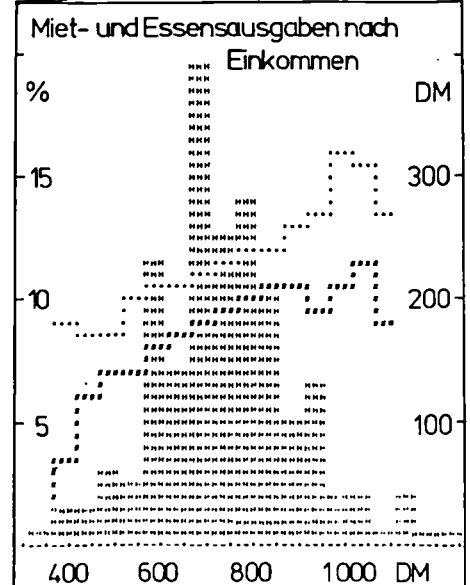
# Fachschaftsräte und u-AStA Freiburg: Erhebung zur sozialen Lage

Zu Ende des Wintersemesters haben Fachschaftsräte und u-AStA an der Universität Freiburg eine Umfrage zur sozialen Lage der Studenten durchgeführt, um Anhaltspunkte für die Wirkung der verschiedenen Haushaltskürzungen auf die Lage der Studenten zu bekommen. Die Auswertung beruht auf 540 Fragebögen. Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittsergebnisse zu den entsprechenden Fragen:

|                        |       |
|------------------------|-------|
| Einkommen (DM/Monat):  |       |
| Durchschnittseinkommen | 646   |
| Elternzuschuß          | 322   |
| BAFöG                  | 170   |
| sonst. öfftl. Mittel   | 41    |
| eigene Arbeit          | 107   |
| Elterneinkommen        | 3117  |
| Ausgaben (DM/Monat):   |       |
| Miete                  | 226   |
| Essen                  | 180   |
| Transport              | 50    |
| Rauchen                | 14    |
| Krankenvers.           | 9     |
| Mensabesuch / Woche    | 2,89  |
| Anteil Heimbewohner    | 10,8% |
| Kinderzahl (mit Stud.) | 2,93  |

Die Zahlen werden durch die Tatsache relativiert, daß reiche Studenten, die meist auch rechte und gegen die Fachschaftsräte sind, in der Erhebung fehlen. Ein Vergleich mit einer Erhebung des Stud.Werks Freiburg vom WS 76/77 zeigt dies, damals betrug der Anteil der Studenten mit 1000 DM und mehr Einkommen 5,23% hier nur 0,7%. Dennoch lassen sich Schlüsse auf die Lage der besitzlosen Studenten ziehen. Das erste Schaubild zeigt eine breite Streuung der Einkommen (300 bis über 1000 DM) und eine Spaltung in eine Gruppe unter 600 DM, eine Mittelgruppe zwischen 600 und 850 DM und eine dritte Gruppe darüber. Bei letzterer ist zu berücksichtigen, daß der Anteil derer, die zusätzlich zum Studium arbeiten, groß ist.

Die Frage stellt sich, wie die Studenten mit weniger als 600 DM überhaupt existieren. Sicher erhalten nicht wenige dieser Studenten unregelmäßige zusätzliche Zahlungen von Verwandten, ein Teil wohnt bei den Eltern oder bezieht z.B. die Kleidung von dort. Aber



Das Schaubild zeigt die Verteilung der Studenten nach Einkommensklassen von je 50 DM in Prozent (linke Skala). Über dieser Verteilung sind die Ausgaben für Miete (obere Kurve) und Essen (untere Kurve) jeweils für die entsprechenden Einkommensklassen in DM (rechte Skala) aufgezeichnet.

ganz deutlich zeigt sich die Tendenz, daß je niedriger das Einkommen, desto mehr am Essen gespart werden muß, weil die fixen Kosten v.a. für die Miete unabhängig vom Einkommen hoch

## Schülerbeförderung: Erhöhung des Eigenanteils

In Baden-Württemberg soll zum 1. August mit Beginn des neuen Schuljahres eine Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich in Kraft treten, die den Eigenanteil der Eltern an den Schülerbeförderungskosten von jetzt einheitlich 20 DM (Grund- und Hauptschüler wie Sonderschüler erhalten die vollen Kosten erstattet) auf 25 DM, für Schüler ab der 11. Klasse und für Berufsschüler sogar auf 35 DM festlegt. Bereits im letzten Jahr wurde der Eigenanteil von vorher 16 DM um 4 DM erhöht. Die Landesregierung will damit ihre Ausgaben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für 1982 um 10 Millionen DM, für die folgenden Jahre sogar um 27 Millionen kürzen können. In dritter Lesung wurde jetzt im Landtag die Änderung mit den Stimmen der CDU und der FDP verabschiedet. Die FDP hatte zwischenzeitlich als ihre besondere „familienpolitische Variante“ ins Spiel gebracht, es bei der gegenwärtigen Eigenanteilsre-

gelung zu belassen und die Einsparung über die vollständige Streichung der Erstattung für das erste Kind zu erreichen.

Die Behauptung der CDU-Landesregierung, die bestehende Regelung habe zu einer immer stärkeren Entlastung der Eltern geführt, ist verlogen: Seit 1975 bleiben die *realen* Ausgaben des Landes nahezu gleich (in Preisen von 1970: 95,549 Mio. 1975 – 100,213 Mio. 1982).

### Erstattung des Landes für Schülerbeförderung

| Jahr | absolut<br>in Mio(1) | pro Schüler<br>und Monat(2) |
|------|----------------------|-----------------------------|
| 1974 | 137                  | 41,20                       |
| 1975 | 156                  | 41,32                       |
| 1976 | 161                  | 38,07                       |
| 1977 | 172                  | 37,06                       |
| 1978 | 186                  | 37,09                       |
| 1979 | 196                  | 36,89                       |
| 1980 | 218                  | 37,21                       |
| 1981 | 245                  | 37,32                       |
| 1982 | 244                  | 37,08                       |

(1) = in laufenden Preisen; (2) = in Preisen von 1970

Würde man statt der Steigerung der Lebenshaltungskosten die Steigerung der Preise der Nahverkehrsmittel, die erheblich über der durchschnittlichen Preissteigerungsrate liegt, zugrundelegen bei der Rechnung, ergäbe sich seit 1975 eine kontinuierliche Senkung der Landesausgaben. Die hohe Zentralisierung des Schulwesens, die überhaupt erst die Aufbringung dieser riesigen Mittel für die Schülerbeförderung notwendig machte und sie ständig explosionsartig ansteigen ließ, geht immer mehr zu Lasten der Eltern. Waren es 1975 noch rund 41 DM, die das Land pro Schüler und Jahr an Zuschuß gab, so sollen es 1982 nur noch rd. 37 DM sein (in Preisen von 1970). Die Einsparung geht im wesentlichen zu Lasten der Schüler, die zur Berufsschule gehen oder eine weiterführende Schule besuchen. Immer mehr ein Privileg für Reiche, wenn es nach der CDU geht.

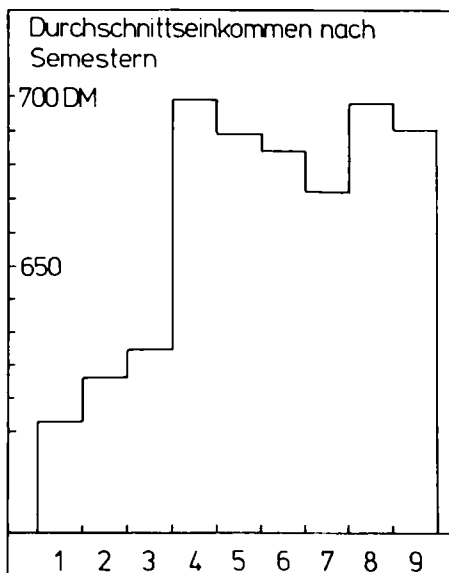
Quellenangabe: Staatshaushaltspläne Baden-Württemberg (Einzelplan Finanzministerium); unveröffentlichte Angaben des Statistischen Landesamts, Abt. Personenverkehrsstatistik; Jahresberichte des Verbandes Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer; Jahrbuch des Statistischen Bundesamts. Die Angaben für das Jahr 1982 wurden auf Grundlage der Haushaltsbeschlüsse und der vorhandenen statistischen Angaben geschätzt.

sind. Dies wird auch deutlich beim Vergleich mit der Erhebung des Deutschen Studentenwerks von 1979. Damals betrug die Durchschnittsmiete 171 DM, heute 226, die Ausgaben für Essen 216 DM, heute 180 DM, wobei wieder zu berücksichtigen ist, daß beim DSW mehr reiche Studenten erfaßt wurden.

Das Schaubild zeigt, daß eine angemessene Ernährung bei einem Einkommen von 800 DM möglich wird, bis dahin nehmen diese Ausgaben zu. Oberhalb 900 DM deutet sich auch eine Verbesserung der Wohnverhältnisse an.

Diese offensichtliche Spaltung innerhalb der besitzlosen Studentenschaft geht aber nicht gleichmäßig durch die Semester. Das zweite Schaubild zeigt deutlich einen Sprung der Durchschnittseinkommen der Studenten ab dem 4. Semester um 80 bis 100 DM. Bei der Berechnung waren die Studenten, die zuhause wohnen, keine Miete zahlen und deswegen ein niedrigeres Geldeinkommen haben, ausgesondert. Dieser Sprung legt nahe, daß sich während des Grundstudiums, bis zur Zwischenprüfung, entscheidet, ob das Geld für ein Studium langt oder ob wegen Geldmangel der Abbruch erzwungen wird.

Bei der Berechnung der Wirkung der Sparmaßnahmen im Bereich des Studentenwerks Freiburg, Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Kindergeldkürzung usw. stellte sich heraus, daß nach Abzug von Miete und Essensausgaben und Versicherung ca. 10% diese Erhöhungen nicht mehr zahlen können, für die übrigen beträgt allein diese Belastung zwischen 10 und 20% des Einkommens.



Das Schaubild zeigt die durchschnittlichen Einkommen der Studenten in den jeweiligen Semestern in DM. Das Grundstudium (bis zur Zwischenprüfung) dauert in der Regel bis zum vierten Semester.

## Wohnungsbau „Sparhaus“ soll Signal setzen

**München.** Im Juni werden in München die ersten zwölf sogenannten „Sparhäuser“ bezugsfertig. Jede dieser 98 Quadratmeter großen, ebenerdigen Wohnungen kommt auf 185000 DM, einschließlich aller Nebenkosten und Gebühren. Bei einem gleich großen Einfamilienhaus des üblichen Standards muß in München derzeit mit rund 500000 DM Baukosten gerechnet werden. Laut Oberbürgermeister Kiesel soll damit bewiesen werden, „daß es beim Wohnungsbau auch anders geht“. Der Standard der „Sparhäuser“ entspreche etwa dem des sozialen Wohnungsbaus von 1960, erklärt der Direktor der städtischen Bauverwaltung. Er liegt eher niedriger.

Fliesenbeläge und Kücheneinrichtungen gibt es nicht. Der Keller ist unverputzt, fenster- und türenlos. Jeder Raum hat nur eine Steckdose. Ausdrücklich wird betont, daß die Erwerber dieser Wohnungen den weiteren Ausbau selbst vornehmen sollen. Gewiß werden diese zwölf Häuser sowie die geplanten weiteren 39 Einfachhäuser die Wohnungsnot in München kaum lindern – es sind rund 13000 Antragsteller beim Wohnungsamt vorgemerkt, davon 70 Prozent als akute Wohnungsnotstandsfälle.

„Es muß Allgemeingut werden, daß gutes Wohnen seinen Preis hat“, so Innenminister Tandler auf dem CSU-Parteitag im Juli 1981. Und die im Februar 1982 erlassenen Wohnungsbau-förderungsbestimmungen sollen es möglich machen: Wer arm ist, soll schlecht wohnen. Gegenüber den bisher gültigen Bestimmungen von 1966 wurde neu eingefügt als Voraussetzung zur Förderung von Wohnungen mit öffentlichen Mitteln: „Art und Güte der Ausstattung sollen so gewählt werden, daß ein durchschnittlicher Wohn- und Nutzwert zu möglichst günstigen Herstellungskosten erreicht wird. Dabei kann auf Leistungen verzichtet werden, die durch die Mieter erbracht oder durch die Bewohner nachgerüstet werden können.“ Als Beispiel wird angeführt: „Auf Wandanstriche und Tapeeten sollte bei Mietwohnungen verzichtet werden.“ In den Bestimmungen von 1966 war noch als Mindestausstattung „Verputz oder ähnliche einfache, saubere Wand- und Deckenbemalung in Wohnung und Treppenhaus“ vorgesehen.

Mit dieser Generalklausel zur Senkung des Wohnstandards kann die CSU als Förderer des sozialen Wohnungsbaus auftreten und zugleich ge-

gen spekulative Sanierung und Modernisierungen. Von der Stadtverwaltung München werden gesetzliche Regelungen gegen „unnötige Doppel- oder Übermaßmodernisierungen“ verlangt.

Zugleich hat die Landeshauptstadt den Gesamtplan zur Schaffung von Wohnraum für Bewohner in Notunterkünften ausgesetzt. Etwa 7900 Haushalte wohnen in 14 städtischen Notunterkunftsanlagen, in Pensionen, Bunkern, Abbruchhäusern und ähnlichen Behausungen. Etwa 4200 davon sind Obdachlose, die aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt wurden und z.T. seit mehr als acht Jahren keine neue Woh-



nung gefunden haben (s. Bild). Die begonnene Sanierung und Modernisierung der bestehenden Unterkunftsanlagen auf den Standard von Sozialwohnungen wurde eingestellt. Stattdessen ist der Bau von Schlicht- und Einfachstwohnungen als neue Notunterkünfte vorgesehen. Die Gewerkschaft ÖTV hat in einem Flugblatt dagegen die Fortsetzung der Modernisierung der Notunterkünfte und den Bau von Sozialwohnungen statt Unterkünften gefordert.

## NRW Landesregierung lehnt NPD-Volksbegehren ab

**Essen.** Am 23. März hat die nordrhein-westfälische Landesregierung das von der NPD und der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ initiierte Volksbegehren für die „Einführung muttersprachlicher Regelklassen für ausländische Schüler“ abgelehnt. Die zur Beantragung des Volksbegehrens notwendigen 3000 Unterschriften wahlberechtigter Einwohner NRWs konnte die „Bürgerinitiative“ in den letzten Monaten sammeln. Abgelehnt hat die

Landesregierung das Volksbegehren „in materieller Hinsicht“. Druck verschiedener Initiativen und aus den Reihen der SPD hat dazu beigetragen.

Zweifelloos wird die Ablehnung des Volksbegehrens es den faschistischen Kräften der NPD und der „Bürgerinitiative“ erschweren, ihre rassistische Hetze und ihre auf Spaltung zielenden Machenschaften fortzuführen. Zurückgewiesen hat die Landesregierung die Absicht, Schüler ausländischer Nationalität in Regelklassen aus dem allgemeinen Schulwesen auszusondern, mit dem Verweis auf ein UNESCO-Abkommen vom 15.12.1960, dem die BRD und das Land NRW ausdrücklich beigetreten sind. In diesem Übereinkommen verpflichten sich die Vertragsstaaten, ausländischen Staatsangehörigen, die in ihrem Hoheitsgebiet ansässig sind, denselben Zugang zum Unterricht zu gewähren wie ihren eigenen Staatsangehörigen und keine Diskriminierung zu dulden, „die den Zweck oder die Wirkung hat, die Gleichbehandlung auf dem Gebiet des Unterrichtswesens aufzuheben oder zu beeinträchtigen“. Dem widerspricht der Antrag der „Bürgerinitiative“.

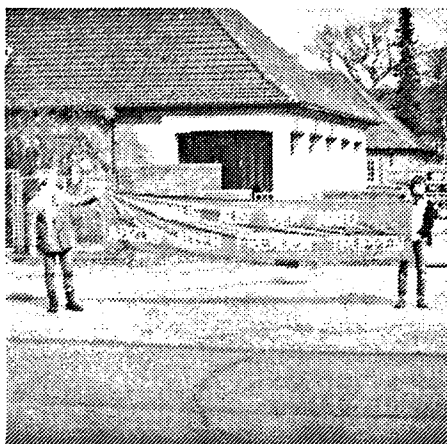
Auffällig ist allerdings, daß die Landesregierung die Ablehnung des Volksbegehrens nicht auf das Grundgesetz stützt, was nach Artikel 3 durchaus möglich wäre. Offensichtlich wäre eine solche Ablehnung grundsätzlicherer Natur gewesen, und die Anwendung eines so gesetzten Maßstabs auf die „Ausländerpolitik“ insbesondere der CDU/CSU, aber auch der SPD und FDP hätte nahegelegen. Schließlich ist es diese Politik der Reaktion, die es den faschistischen Kräften überhaupt erst ermöglicht hat, mit ihrer Kampagne hervorzutreten. Vor wenigen Tagen erst hat NRW-Kultusminister Girgensohn einen Erlaß herausgegeben, der die Einrichtung von Schulklassen ausschließlich mit Kindern ausländischer Nationalität in „Ausnahmefällen“ durchaus erlaubt.

## **Führungsakademie Bundeswehrgeneräle feiern Jubiläum**

**Hamburg.** Am 19. März beging die Führungsakademie (FüAK) der Bundeswehr in Hamburg unter Polizeischutz und vor ausgewählten Gästen ihr 25jähriges Bestehen. Zunächst als Heeresakademie gegründet, ist die FüAK seit 1976 zentrale Ausbildungsstätte für die Stabsoffiziere der Teilstreitkräfte. Festredner Carstens sprach sich für ein Offizierskorps aus, dessen „Können und Charakter es zur Führung auszeichnet“; Bürgermeister v.

Dohnanyi zeigte sich stolz, daß die FüAK in Hamburgs Mauern steht.

Für den Geist, der in der westdeutschen Militärkaderschmiede vorherrscht und sich von dort in den verschiedenen Stäben breitmacht, steht der stellvertretende Kommandeur der FüAK, Brigadegeneral Schreiber. Aufgewachsen in „militärisch geprägtem Elternhaus“ ist er einer der wenigen, die ihre Offiziersausbildung noch in der Wehrmacht genossen, was er als Qualitätsmerkmal sieht (s. „Europäische Wehrkunde“ 7/81). In einem aktuellen Aufsatz befaßt sich Schreiber mit der Tradition in der Bundeswehr (EW 2/82): Keine andere Armee habe



Ca. 250 Menschen demonstrierten am Freitag morgen gegen die FüAK am Bahnhof Blankenese und in der Innenstadt. Einige zogen trotz Polizeiaufmarsch zur FüAK (Bild).

solch ein „selbstquälerisches“ Verhältnis zur jüngeren Geschichte, was einem Traditionsbewußtsein im Wege stehe. Es geht „um die Ehre des Soldaten der Wehrmacht“.

Die Orientierungsfiguren für einen Traditionsbezug der Bundeswehr aus den 70er Jahren, die Oppositionsgeneräle gegen Hitler im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944, lehnt Schreiber ab, da gerade diesen die traditionsbildenden Werte wie Treue, militärische Tapferkeit, Opferbereitschaft abgehen; also: hoch die Tradition des „Ostfeldzuges“!

Die FüAK hat in den letzten Jahren auch eifrig ausländische Militärs ausgebildet, wobei Vertreter faschistischer Regimes gern gesehen sind. 1975 wurde die Ausbildung des chilenischen OTL Kraushaar bekannt, der nach Verlassen der FüAK das Kommando über eine Panzerschule mit angegliedertem KZ übernahm. Am Aufbau des türkischen Militärs, das seit 1980 das Land blutig unterdrückt, hat die FüAK erheblichen Anteil. Viele Dozenten der Militärakademie in Ankara rühmen sich ihrer westdeutschen Ausbildung.

Daß die Militärs beim Begießen ihrer Akademie lieber unter sich bleiben wollten, ist verständlich.

## **Ausländer Faschisten beleben Rassentheorie**

**Westberlin.** Die Faschisten verteilten kürzlich – offensichtlich ermuntert durch Innensenator Lummers Äußerungen gegen das NPD-Verbot – an 153 Westberliner Schulen die Broschüre „Ausländer-Integration ist Völkermord“. Fazit der Broschüre: „Ausländer raus“, und als theoretische Begründung wird eine angeblich wissenschaftliche Kulturvererbungstheorie angeführt.

Man könne „die Volkszugehörigkeit, das angeborene Wesen und Gefühlsleben, das ja rassistisch und volkstümlich bedingt ist, nichts ändern“. Eingliederung der Ausländer in den „deutschen Volkskörper“ bedeute „seelische Entwurzelung und damit eine schwere seelische Schädigung“, und zwar für Deutsche wie für Ausländer. Sie stützen ihre Theorie auf den Nazi-Vererbungsforscher Erwin Bauer und neuere Vertreter dieser Richtung, wie die Amerikaner Wilson und Lumsden (PB 19/81) und den Münchner Professor Helmut Schröcke.

Als Beispiel, welche Schädigung dem „deutschen Volkskörper“ droht, führt die Broschüre an: „So fehlt zum Beispiel in einer orientalischen Sprache ein vergleichbares Wort für Ehre.“ Man hört schon förmlich den Ruf erschallen nach einer Neuauflage des Gesetzes von 1935 „Zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“.

Zu den Asylanten heißt es: „Man greife den Vorschlag des Gründers der SOS-Kinderdörfer, Hermann Gmeiner, auf und pachte oder kaufe Land in Asien und Afrika ... errichte dort moderne Barackenunterkünfte“, wo „... die Flüchtlinge nach kurzer Zeit durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen könnten. Deutsche Entwicklungshelfer könnten hierbei zusätzlich eingesetzt werden.“

In der Erläuterung, wer ein Ausländer ist, werden neue wie alte Kriegsziele aufgetischt: „So ist z.B. ein Deutscher mit italienischer Staatsangehörigkeit (Südtiroler) niemals ein Ausländer.“

Mit Zitaten aus dem Grundgesetz und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973 wird belegt, daß „die Bundesrepublik Deutschland nur ein Teil des Deutschen Reiches (ist)“. In einem Schlußwort ruft der Verfasser, Wolfgang Seeger, dazu auf, die faschistische Propaganda zu verstärken, um erneute faschistische Machtergreifung möglich zu machen.

## Zwei Jahre Politik von Abgeordneten der Grünen im Landtag Baden-Württemberg

Im folgenden drucken wir die gekürzte Fassung eines Gesprächs ab, das wir am 18.3.1982 in Achkarren am Kaiserstuhl mit Winfried Kretschmann, Mitglied der Gruppe der Grünen im baden-württembergischen Landtag, geführt haben.

**Frage:** *Zunächst zur Energiepolitik: Ihr fordert zu Recht die Aufhebung der Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen. Welche Möglichkeiten seht Ihr für eine Politik in dieser Richtung?*

**Kretschmann:** Das ginge letztlich nur durch eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes von 1936. Das ist Grundlage dieser Monopolstellung und legt diese zentralistische und monopolistische Struktur fest. Das bedeutet z.B., die EVU's müssen keinen alternativ erzeugten Strom abnehmen, dazu sind sie nicht verpflichtet. Allerdings läßt sich dieses Gesetz im Landtag nicht ändern, das geht nur über die Bundesgesetzgebung. Deshalb versuchen wir jetzt Strategien auszuloten, die versuchen, diese Monopolstellung einzuschränken, wie z.B. den Modellversuch in Reutlingen zur Kappung von Spitzenlasten.

**Frage:** *Wir haben den Eindruck, daß von Eurer Seite zu wenig unternommen wird, um in der Öffentlichkeit die Auswirkungen dieser monopolistischen Energiepolitik zu verdeutlichen, also z.B. darzulegen, wie die großen Energiekonzerne beim Strompreis durch die Haushalte subventioniert werden.*

**Kretschmann:** Völlig richtig. Wir müssen z.B. die Tarifpolitik genauer untersuchen. Das sind sehr wichtige Dinge, die die Anti-AKW-Bewegung unterschätzt. Das ist aber auch ein sehr schwieriges Gebiet, man muß viel recherchieren und an viele Sachen kommt man nicht ran. In der Landtagsgruppe hat die Einsicht zugenommen, daß man sich mehr darum kümmern muß. Wir haben jetzt als ersten Schritt vom IFEU-Institut Heidelberg in einem Gutachten die ganzen Verflechtungen zwischen EVU's und Regierung zusammenstellen lassen. Was wir jetzt vorhaben, ist, das mal exemplarisch am Badenwerk aufzureißen und auch entsprechende Vorschläge für Alternativen zu machen: etwa für genossenschaftliche Modelle o.ä.

**Frage:** *Die Grünen haben in ihrem alternativen Energiekonzept bestimmte konkrete Forderungen wie: verstärkter Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, Ausbau des Fernwärmenetzes usw. Bestimmte Untersuchungen wie jetzt z.B. in Mannheim zeigen aber, daß der Ausbau des dortigen Fernwärmenetzes zu einer zusätzlichen Belastung der Haushalte führt. Wir sehen hier das Problem, daß bestimmte Forderungen der Grünen, die zunächst ganz plausibel erscheinen, bei ihrer praktischen Umsetzung genau in ihr Gegenteil verkehrt werden.*

**Kretschmann:** Das ist immer die Gefahr, wenn man Politik, Reformpolitik im Kapitalismus macht. Aber das mit Mannheim, das stimmt, da haben uns

die Mannheimer auch schon gewarnt. Aber weiter ist das noch nicht. Das ist so ein Beispiel, da funktioniert der Informationsfluß zu wenig. Wir sehen das Problem schon, daß unter dem Monopolcharakter der EVU's solche Forderungen ins Gegenteil gewendet werden können. Noch ein anderes Beispiel: Das Alu-Werk Rheinfelden benötigt 14% der elektrischen Energie Baden-Württembergs. Das bedeutet (die bezahlen etwa für die Kilowattstunde 5 Pfennig) eine Subvention durch den baden-württembergischen Verbraucher von ungefähr 15 Mio. DM im Jahr. Volkswirtschaftlich bedeutet das, daß der Gebrauchsstoff Aluminium zu billig auf den Markt geworfen wird. Dort bestünde z.B. schon jetzt die Möglichkeit, über eine tarifpolitische Maßnahme bei diesen Großabnehmern das zu ändern und damit Energie letztlich einzusparen.

**Frage:** *Stellt Ihr bei Eurer Kritik der Energiepolitik nicht zu sehr die einzelnen Energieträger in den Vordergrund, statt die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen in Westdeutschland Energiepolitik gemacht wird?*

**Kretschmann:** Das ist richtig und falsch. Richtig ist es insofern, als wir aus einer bestimmten Tradition kommen, der Tradition der Bewegung gegen Atomkraftwerke, also gegen einen bestimmten Energieträger. Das ist natürlich auch ein konstituierender Bestandteil unserer Politik, weil wir diesen Energieträger für lebensbedrohlich halten. Aber ansonsten stimmt das nicht: Wir verfolgen streng eine Politik – und dies nicht nur in der Energiepolitik –, die sich am Gedanken der Dezentralität orientiert. Das bedeutet ja gerade grundsätzlich, die Strukturen zu ändern. Das heißt: Wir sind nicht einfach für Kohlekraftwerke, sondern wir sind für dezentrale kleine Wirbelschichtanlagen. Dagegen sind aber die EVU's. Das erfordert also andere gesetzliche Strukturen. Letztlich wollen wir, daß die Energieversorgung kommunal betrieben wird, wobei man das einschränken muß. Man braucht auch einzelne große Kraftwerke, z.B. Wasserkraftwerke. Ich sehe das nicht so, daß wir nur eine „Energieträgerkritik“ verfolgen, wie es vielleicht in unserem Programm noch zu stark im Vordergrund steht. Aber wir als Gruppe im Landtag nicht, überhaupt nicht. Wir haben z.B. ein Beschäftigungsprogramm gefordert, von einem Volumen



Die Gruppe der Grünen im Stuttgarter Landtag. Von links: Wolf-Dieter Hasenclever, Winfried Kretschmann, Elsbeth Mordo, Helgo Bran, Holger Heimann, Hans-Dietrich Erichsen. Ganz rechts: Marieluise Beck-Oberdorf (Landesvorsitzende).

von 300 Mio., bei dem solche dezentralen Energiekonzepte eine wichtige Rolle spielen.

**Frage:** Zwei Fragen zu allgemeinen Problemen Eurer Landtagsarbeit: Erstens, reicht Euer Sachverstand und Eure Erfahrung, um gegen die Regierung und die konservativen Parteien bestehen zu können; zweitens, wie wollt Ihr Eure Wirkung in der Öffentlichkeit verbessern?

**Kretschmann:** Wir haben Arbeitskreise auf Landesebene, in denen auch erfahrene Leute, Fachleute mitarbeiten. Dort versuchen wir jetzt systematischer, auch mehr konzeptionell zu arbeiten. Aber das Dilemma, wie man das nach außen transportiert, das können wir so schlicht nicht lösen. Wobei ja ein großer Teil unserer Tätigkeit darin besteht, im Land rumzureisen auf Veranstaltungen, wo wir unsere Ideen unters Volk bringen. Die Wirkung in der Öffentlichkeit hängt auch von der Partei ab. Die Partei beschäftigt sich jetzt seit Monaten mit der sogenannten Professionalisierungsdebatte u.ä. Dingen. Das ist eine Frage, wie gut die Orts- und Kreisverbände arbeiten, wie weit sie sowas nach unten transportieren. Das meiste Informationsmaterial versickert.

**Frage:** Ist die Frage der Effektivität der Landtagsgruppe nicht auch eine Frage der Bündnispolitik der Grünen und einer zu beobachtenden Abgrenzungsangst nach links?

**Kretschmann:** Jein! Die Szene, die Alternativszene, ist erstmal gegen solche Parlamentsarbeit mißtrauisch. Die hat komischerweise ein ganz großes Faible für Kommunalpolitik, obwohl die wesentlichen Fragen gar nicht dort entschieden werden. Bei vielen Grünen ist das auch so. Eine bestimmte Linke in dieser alternativen Szene, Ihr vielleicht nicht, die befördert das ständig. Diese Parlamentarismusdebatten, diese Professionalisierungsdebatte, die bringen nichts. Die sagen dauernd, „wenn überhaupt, ist es sinnvoll direkt vor Ort ...“. Als wenn der NATO-Nachrüstungsbeschluß Politik wäre, die nicht vor Ort sich direkt auswirkt! Parlamentarismus überhaupt und Parteien, das ist wie so ein uneheliches Kind der Bewegung, das hat man halt auch. Ich denke also nicht, daß es in erster Linie eine Frage unserer Bündnispolitik ist. Eines ist ganz typisch: Die AL Westberlin hat ein ganz großes Ansehen und wir haben das schlechteste in der Szene. Dabei haben die nie die Reden verglichen, die die halten und die wir halten. Dann würden sie feststellen: weder sind die linker noch besser. Das, was wir im Landtag bieten, gibt doch – so weit wir halt sind und so weit unsere Kräfte reichen – es gibt doch gewisse Ansätze, die man fortentwickeln kann.

**Frage:** Ihr hättet also nichts dagegen, wenn Ihr von dieser Seite noch etwas mehr unter Druck kämt?

**Kretschmann:** Nein, im Gegenteil! Das ist keine Frage von Bündnissen, ich denke nicht, daß wir Berührungsängste haben.

**Frage:** Das Programm der Grünen ist zwei Jahre alt und scheint gegenüber dem, was alleine die Landtagsgruppe macht, bereits lange überholt. Es ist offen nach allen Seiten und gibt keinerlei Leitfaden für Eure Arbeit ab. Ist das richtig?

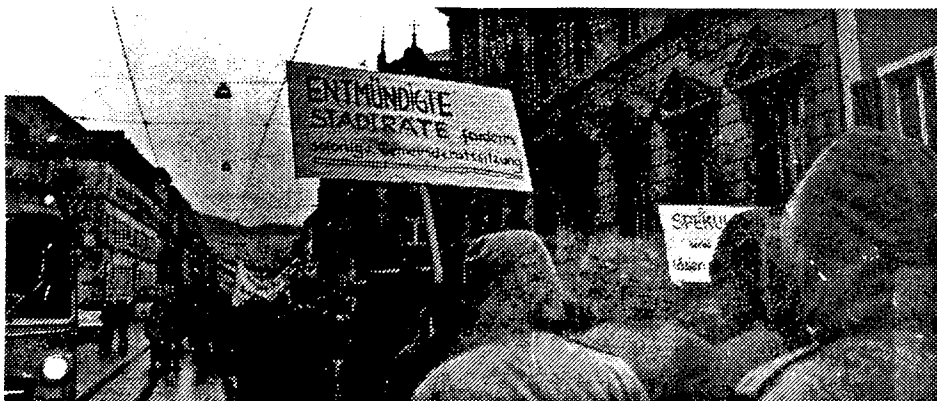
**Kretschmann:** Keinerlei Leitfaden, das stimmt nicht. Z.B. der Gedanke der Dezentralität zieht sich schon wie ein „grüner Faden“ durchs Programm, über weite Passagen ist es allerdings ziemlich allgemein, oft auch nichtssagend. Aber man muß erstmal in der Partei die Einsicht durchsetzen, daß man ein konkreteres Programm braucht. Ich glaube nicht, daß man ohne weiteres Mehrheiten dafür findet, daß man sagt – was ich behaupte –, daß wir in eine Phase treten müssen, wo wir stärker konzeptionell arbeiten. Daß man politisch so in den Tag hineinlebt und sich an den verschiedenen Widerstandspunkten entlanghangelt, das ist weit verbreitet. Ich in meinem Bereich habe da eine Änderung erreicht: Wir haben einen offenen Kongreß zur Landwirtschaft durchgeführt,

**Frage:** Wird sich denn so ein Prozeß überhaupt ausschließlich im Rahmen der Grünen abwickeln lassen?

**Kretschmann:** Nein! Z.B. das Landwirtschaftsprogramm, das wir jetzt entwickelt haben, das ist nicht schlicht unser Programm, das ist letztlich das Programm des Arbeitskreises Junger Landwirte, von Landjugendgruppen u.a., also der Bauernopposition in der BRD. Dahinter stecken zehn Jahre Kampferfahrung. Sich selber einfach nur zusammenhocken und was rumstricken ... davon ist das jetzige Programm geprägt. Da haben sich irgendwelche Leute zusammengesetzt, die viel oder wenig wußten, und das, was sie halt zufällig wußten, hat sich da niedergeschlagen. Das, was sie zufällig nicht wußten, fehlt. Das soll gar keine nachträgliche Kritik sein. Historisch war dies wahrscheinlich nicht anders machbar. Jetzt muß man aber systematisch arbeiten: aus der Literatur und aus praktischen Erfahrungen etwas einbringen. Das haben wir in den Thesen zur Agrarpolitik gemacht.

**Frage:** Würde das dann für andere Teile des Programms, etwa den wirtschaftspolitischen Teil, bedeuten, daß man sich mit den Gewerkschaften und ihren Forderungen befassen müßte, was ja bisher nicht gerade die Politik der Grünen war?

**Kretschmann:** Ja, das denke ich schon. Wobei gerade das ein ganz großer



Freiburger Grüne Gemeinderäte bei einer Demonstration gegen die Räumung des Schwarzwaldhofes, März 1981

dessen Ergebnisse, die wir jetzt auch gedruckt haben\*, wir als Antrag zur Landwirtschaftspolitik stellen werden. Das soll den Landwirtschaftsteil im Programm ergänzen, weil mit dem, der da drin steht, mit dem kann man noch keine Politik machen. Ich denke, daß wir, die Landtagsgruppe, da schon ein bißchen Motor sein müssen. Wir stehen ja auch unter dem Zwang zu sagen, was Sache ist. Eigentlich wäre es ja gerade die Chance der Partei, das zu machen. Uns wäre es auch lieber, damit wir einen sichereren Rahmen hätten, in dem wir uns bewegen könnten. So müssen wir einen Haufen Kritik einstecken, die aber meist gar nicht inhaltlich ist.

Schwachpunkt ist, weil wir kaum Arbeiter in der Partei haben, bis auf ein paar, die auch bekannt sind, wie der Willi Hoss. Also das ist schon richtig, daß man lernt, daß man nicht Windbeuteleien produzieren kann und sich einfach etwas aus dem Kopf zieht, sondern daß man sich auf geschichtliche Erfahrungen bezieht und auf Konzeptionen, an denen andere oft schon Jahrhunderte gearbeitet haben. Das halte ich für eine elementare Sache und auch für eine notwendige Änderung in der Auffassung, wie man ein Programm erstellt.

\* „Materialien von der Landwirtschaftstagung der Grünen Baden-Württemberg“. Zu beziehen über: Geschäftsstelle der Grünen im Landtag, Konrad-Adenauer-Str. 3, 7000 Stuttgart 1

Dargestellt sind einige wichtige Anträge der Grünen im baden-württembergischen Landtag (wobei die Aufstellung nicht vollständig ist) von 1981/82. Die Grünen erhielten bei den Landtagswahlen 1980 in Baden-Württemberg, an denen sie zum ersten Mal teilnahmen, 5,3% der Stimmen und sechs Sitze. Die höchsten Anteile erzielten sie in Südbaden, dort insbesondere am Kaiserstuhl (vorgesehener Bauplatz des KKW Wyhl) – bis zu 13% –, in Freiburg (12,3%), in Tübingen (13,7%) sowie in der Gegend um Boxberg (geplanter Bauplatz für die Teststrecke Daimler Benz; 10%). Bei den Gemeinderatswahlen im Juni 1980 errangen die Grünen insgesamt 60 Mandate in Gemeinde- und Ortschaftsräten.

#### Antrag der Grünen bezüglich der radioaktiv verursachten Mißbildungen von Wechselkröten (18.5.81):

1980 fanden zwei Wissenschaftler im Steinbruch Zimmermann bei Vaihingen etliche sog. Wechselkröten, die zu 35–55% mißgebildet waren. 1000fache Normalwerte ergaben Strahlenmessungen in der Deponie. Nachdem dies dem Umweltministerium gemeldet worden war, offizielle Messungen angeblich normale Werte ergeben hätten und das Wasser aus dem Steinbruchsee abge-



pumpt worden war, stellten die Grünen im Landtag einen Antrag auf Untersuchung der Angelegenheit. Der Erdwall, wo die hohen Werte von den Wissenschaftlern gemessen worden waren, war inzwischen mit einer meterhohen Erdschicht zugedeckt worden. Umweltminister Weiser nannte die Behauptungen der Grünen, künstliche Radioaktivität sei für die Mißbildungen verantwortlich, „unhaltbar und falsch“. Ein französischer Wissenschaftler erklärte auf einem Symposium der Grünen, daß die Mißbildungen „zu 99% durch Radioaktivität verursacht seien“. Die Grünen zwangen daraufhin den Landwirtschaftsausschuß einstimmig dazu, ein Hearing im Landtag zu den Vorgängen durchzuführen.

#### Antrag: Europäische Sicherheitspolitik (16.9.81)

- Rücknahme der Zustimmung zur Stationierung neuer weitreichender amerikanischer Mittelstreckenwaffen in West- und Mitteleuropa,
- gesamteuropäische Verhandlungen mit dem Ziel der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone,
- Dokumentation der Bereitschaft zum Frieden durch eigene erste Abrüstungsschritte der Staaten der EG,
- Ächtung der Stationierung von Neutronenbomben sowie bakterieller und chemischer Waffen auf europäischem Gebiet. (Drucksache 8/1997)

#### Antrag: Überlassung von Räumen der Universitäten für politische Veranstaltungen (23.9.81)

Die Landesregierung wird ersucht, ... diesen Erlaß schleunigst wieder außer Kraft zu setzen.

In dem Erlaß heißt es u.a.: „Räume der Universitäten dürfen nur für solche politische Veranstaltungen überlassen werden, die von Mitgliedern der Universität getragen werden und zu denen ausschließlich Mitglieder der Universität Zutritt haben“.

Stellungnahme: „... Der Runderlaß vom 11. Mai 1981 will verhindern, daß Dritte allgemeine politische Auseinandersetzungen durch die Anmietung von Hochschulräumen in die Universitäten hineinbringen und die Universitäten zu Kampfstätten politischer Auseinandersetzungen werden ...“, Prof. Dr. Engler, Minister für Wissenschaft und Kunst, (Drs. 8/1811)

#### Antrag: Amnestie im Bereich der Heidelberger Justiz (11.11.81)

- Amnestie für sämtliche rechtskräftig abgeschlossenen Strafverfahren gegen Studenten der Uni Heidelberg, einschließlich der Verurteilung von RA Härdle,

- Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung bei noch nicht abgeschlossenen Verfahren. (Drs. 8/2171)

#### Antrag: CS-Gas (19.11.81)

Keine Einführung des CS-Gases in Baden-Württemberg, keine Ausrüstung der Polizei mit CS-Kampfgas und CN-Gas, Verbot des Verkaufs von CN- und CS-Gas in Sprühdosen.

#### Antrag: Wiedereinführung der Dorfschulen (5.12.81)

„Der Landtag möge beschließen, die Landesregierung zu ersuchen: 1. einen umfassenden Bericht über die schulische Situation im ländlichen Raum zu erstellen ... 2. zu prüfen, inwieweit in den Dörfern des Landes, die keine Grund- und Hauptschule mehr besitzen, die Wiedereinführung von Dorfschulen – zumindest als Grundschulen – möglich, sinnvoll und notwendig erscheint ...“ Die bürgerliche Presse sieht in diesem Antrag vor allem ein Bestreben, den „bereits im Kindesalter drohenden Verlust von persönlichen und Heimatbindungen“ aufzuheben (Badische Ztg.). Die „Stuttgarter Zeitung“ versteigt sich gar zu der Auffassung, die Begründung des Antrags enthalte „Töne, mit denen die rechtsextremen Nationaldemokraten ... gegen den Schulentwicklungsplan des CDU-Kultusministers Hahn

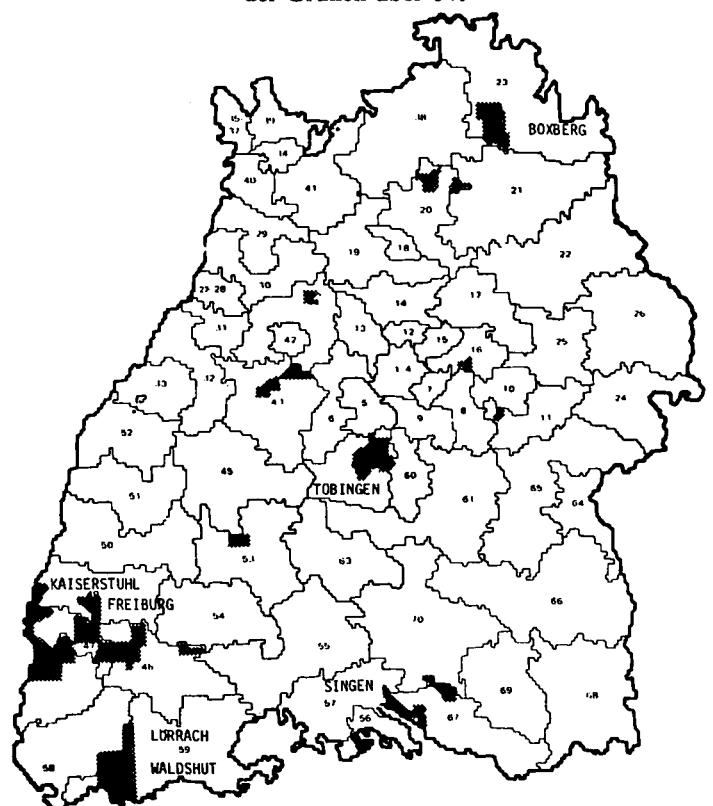
polemisiert“ hätten. In der Begründung des Antrags heißt es dagegen u.a.: „Die wirtschaftliche, politische und kulturelle Auszehrung des ländlichen Raums ... geht ungebrochen weiter ... Außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze im ländlichen Raum fehlen weitgehend, weite Pendlerfahrten und Landflucht sind die Folge ... Dazu kommt die politische Entmachtung der Dörfer durch die Gemeindereform ... Die Wiedereinführung der Dorfschule soll deshalb einen Beitrag dazu leisten, den ländlichen Raum (kulturell) zu stärken ... Das in der Verfassung garantierte ‚Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen‘ ..., ist für die Eltern schulloser Dörfer faktisch erheblich eingeschränkt, da der unmittelbare Kontakt zu Schule und Lehrern fehlt.“

#### Antrag: Erhaltung der Arbeitsplätze bei Videocolor (Jan. 82)

Der Landtag möge die fristlosen Massenkündigungen durch den Vergleichsverwalter beim Videocolor-Werk in Ulm verurteilen. ... Überlegungen zur Überführung dieses mißbräuchlich benutzten Kapitalbesitzes in gemeinschaftliches Eigentum hätten angestellt werden müssen. (Plen.Prot. 8/39)

Quellen: Drucksachen und Plenarprotokolle des Landtags und Flugblätter der Grünen

Landtagswahl 1980: Stimmenanteile der Grünen über 8%



## Nigeria: Öl- erpressung

Nigerias Erdölförderung liegt zu über 90% in den Händen ausländischer Konzerne, obwohl der Staat die Vorkommen und die Kapitalmehrheit der Fördergesellschaften, die im Land bohren, besitzt. Seit zwei Jahren fordern die Erdölkonzerne, vor allem Gulf und Shell, eine Erhöhung des Profitanteils aus der Förderung von der nigerianischen Regierung. Um 4,5 \$ pro Barrel wollen sie ihren Anteil erhöht wissen. Nigeria ist der viertgrößte afrikanische Ölförderer, ein Großteil der Deviseneinnahmen stammt aus dem Öllexport. Nach den OPEC-Vereinbarungen zur Drosselung der Fördermengen treten die Konzerne an und verlangen die Senkung des Verkaufspreises, zu dem Nigeria das Öl anbietet. Sowohl eine Drosselung der geförderten Menge als auch eine Preissenkung würde Nigerias Handelsbilanz in ein noch größeres Defizit stürzen. Die Ölmonopole üben Druck aus, um Nigeria aus der OPEC herauszubringen. Für den vergangenen Monat haben sie die Produktion auf 630000 Barrel pro Tag gesenkt, obwohl die mit der OPEC vereinbarte Quo-

## Wahlfarce in El Salvador

Die US-Imperialisten hatten die Wahlfarce am 27.3. abhalten lassen, um darüber die Unterdrückung der Befreiungsbewegung verstärkt betreiben zu können. Das „offizielle Endergebnis“: Die Christdemokraten des Juntachefs Duarte bekamen 41%, den Rest teilten sich fünf andere, faschistische Parteien, darunter die Nationalistische Republikanische Partei mit 30,5%. Ihr Führer D'Aubuisson (Bild) wird als Drahtzieher des Mordes an Bischof Romero beschuldigt. Der US-Botschafter nach der Wahl: „Die hohe Wahlbeteiligung sei die Absage an die Be-



freiungsbewegung.“ Die Propaganda ist hohl. Nur in sechs der insgesamt 14 Provinzen wurde überhaupt gewählt. In San Salvador z.B. nur in den südlichen Stadtteilen, in den nördlichen führte die Befrei-

ungsbewegung ebenfalls Angriffe durch. In der Stadt kamen auf etwa 300000 Wahlberechtigte 13 Wahllokale. Die Schlangen davor übertrug dann willfährig das westdeutsche Fernsehen. Als „Wahlbeobachter“ hatte die CDU/CSU vier Bundestagsabgeordnete gesandt. CDU-Lenz: „Die Wahl war ein Akt der Selbstbefreiung. Keine Anzeichen für Wahlbetrug.“ Die Befreiungsbewegung FDR/FMLN erklärte: Die Wahlen öffnen die Tür zur Regierungsmacht für den offenen Faschismus. Seit dem 26.3. führt die Befreiungsbewegung die größte Offensive seit Januar 1981 und vertrieb die Juntaarmee aus mehreren Städten.

te bei 1,3 Mio. Barrel pro Tag liegt. Sie versuchen die Erpressung ihrer Profite, selbst wenn sie für jeden Barrel, den sie weniger fördern als mit der Regierung vereinbart, eine Strafe von 2 \$ zahlen müssen.

## Generalstreik in Luxemburg

Die sozialistische und die christliche Gewerkschaft führten am 5.4. einen Generalstreik durch. Er richtete sich gegen die Angriffe der Regie-

rung auf die Löhne und gegen Sparmaßnahmen. Es war der erste Massenstreik seit über 60 Jahren. Die Regierung hatte nach der Abwertung des luxemburgischen Franc im Februar verfügt, daß die Anpassung der Löhne an die Inflation halbiert wird und daß die Löhne nicht mehr als 5% steigen dürften. Die Inflation betrug 1981 8,1%, für dieses Jahr werden 13% erwartet. Am vorigen Wochenende hatten über 30000 demonstriert.

## 300000 Metaller de- monstrieren in Rom

Mit einem eintägigen Streik haben die italienischen Metallarbeiter am 30. März ihren Tarifkampf eröffnet. Die Hauptforderungen sind: Lohnerhöhung um 85000 Lire (160 DM) in der Ecklohngruppe (zusätzlich zu den Inflationszuschlägen) und Arbeitszeitverkürzung auf 37,5 Stunden/Woche, beides gestaffelt über die dreijährige Laufzeit. Der Streikaufruf wurde im allgemeinen gut befolgt, aber im Fiat-Hauptwerk Turin, der größten Fabrik des Landes, gingen mehr als die Hälfte zur Arbeit. An einer zentralen Demonstration in Rom beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben 300000. Viele Demonstranten forderten einen ganztägigen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung statt der für den 2.4. beschlossenen zwei Stunden. Der Generalsekretär der sozialistischen Gewerkschaft UIL mußte seine Rede abbrechen.

## Carstens – auf Lübkes Spuren in Brasilien

18 Jahre nach dem Putsch, pünktlich zum Jahrestag der Machtübernahme durch rechtsgerichtete Militärs, begann Carstens seinen Besuch in Brasilien. Seit Lübke 1964 im Mai Brasilien inspizierte, ist kein Bundespräsident mehr in Brasilien gewesen. Für einige Tage begleitet Außenminister Genscher den Präsidenten, er wird sich um die weitere Entwick-

lung der Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien, das an fünfter Stelle in der Rangfolge des westdeutschen Kapitalexports liegt, bemühen.

Carstens begleitet derweil den Staatspräsidenten Figueiredo bei dessen Wahlkampfrundreise. Für November hat die Militärregierung Wahlen angesetzt, der bis 1985 amtierende Staatspräsident will der

Militärjunta die demokratische Weihe geben. Lübke begrüßte 1964 den Militärputsch als „Revolution“ – Carstens bewundert jetzt die „Demokratisierung“. Über die verhafteten brasilianischen Gewerkschafter verliert er kein Wort, da ist ihm ein Besuch deutscher Siedlerkolonien volksnäher.

Ca. zwei Millionen Deutsche leben in Brasilien, das sind 1,6% der Gesamtbevölkerung, ihre Zahl nimmt zu durch weitere Einwanderung. Wer siedeln will, erhält von der brasilianischen Regierung nach fünf Jahren ununterbrochener Bearbeitung das Land geschenkt. Die Regierung propagiert das Verfahren als „Förderung der Bauern“, rechtzeitig vor den Wahlen präsentiert.

Wer über keinerlei Produktionsmittel verfügt, dem ist es schlechterdings unmöglich, fünf Jahre ununterbrochen Land zu bebauen. Für die Mehrzahl der armen Landbevölkerung bleibt das Gesetz ohne Wirkung, den reichen Siedlern vergrößert es den Besitz. Das ist Demokratisierung nach Carstens Geschmack.



## Streik britischer Flughafenarbeiter

Die britische Transportarbeitergewerkschaft TGWU ruft für diese Woche ihre gesamte Mitgliedschaft auf dem Londoner Zentralf Flughafen Heathrow in den Streik. Seit sieben Wochen streiken 1700 Bodenarbeiter auf Heathrow gegen neue Schichtpläne und damit verbundene Lohnkürzungen. British Airways antwortete mit Streikbruch durch nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter.

## Israel

# Israel vor neuer Annektion? Massenaufstand im Westjordanland

Eine „Entscheidungsschlacht“ wollte die israelische Armee nach 15 Jahren Besatzung im Westjordanland: neun palästinensische Jugendliche getötet, drei Bürgermeister abgesetzt, Belagerung der Städte in den letzten Märzwochen; der Massenaufstand konnte nicht unterdrückt werden.

40% des Bodens im Westjordanland, zum größten Teil landwirtschaftlich genutzte Fläche, sind enteignet; fünf Sechstel der Wasservorräte des

Landes werden nach Israel gepumpt. Die Tiefe der israelischen Brunnen läßt die palästinensischen Brunnen und Quellen austrocknen. So wird die palästinensische Landwirtschaft zerstört, der Rest den Interessen des israelischen Marktes und Exports angepaßt, vor allem mittels Exportrestriktionen und Druck über Kredite für Kunstdünger und Geräte.



Westjordanlandes werden nach Israel gepumpt. Die Tiefe der israelischen Brunnen läßt die palästinensischen Brunnen und Quellen austrocknen. So wird die palästinensische Landwirtschaft zerstört, der Rest den Interessen des israelischen Marktes und Exports angepaßt, vor allem mittels Exportrestriktionen und Druck über Kredite für Kunstdünger und Geräte.

Im Handel und Gewerbe: Verweigerung von Baugenehmigungen, Lizenzen und Betriebserlaubnissen. Von den ca. 900000 Palästinensern im Westjordanland müssen bereits 52000 in Israel arbeiten, vor allem im Bausektor, Müllabfuhr, Krankenhäusern und der Textilindustrie. Weitere 40000 arbeiten illegal, um ihre pure Existenz zu sichern. Ca. 20000 bewohnte Häuser wurden gesprengt, 2000 Menschen deportiert, 17 Gefängnisse neu gebaut.

Über 80 Wehrdörfer sind systematisch um die palästinensischen Städte und an strategischen Punkten angelegt worden, 16 sind in Bau, weitere 20 geplant, bevölkert von ca. 20000 zionistischen Siedlern, die meisten Staatsangestellte, Offiziere, Mitglieder der Regie-

rungsparteien oder der faschistischen Gush Emunim. Neueinwanderer aus den USA und der Sowjetunion erhalten hier sofort Quartier. Die Wohnungen sind für sie um die Hälfte billiger als in Israel. Die Wehrdörfer haben bereits eine einheitliche Verwaltungsstruktur, organisiert in Landkreisen, mit allen Attributen staatlicher Gewalt. Sie arbeiten nach israelischem Gesetz und sind militärisch voll ausgerüstet.

Trotzdem kann Israel die Annektion des Westjordanlandes nicht einfach vollziehen. Mit jedem Versuch verstärkt sich der Widerstand der Bevölkerung. Die Forderungen sind nach wie vor:

Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten, Auflösung der Siedlungen, Rückkehr der vertriebenen Palästinenser, Errichtung eines unabhängigen Palästinastaates unter Führung der PLO.

Organisiert wird der Widerstand vor allem durch die 1976 gewählten Stadträte und Bürgermeister. Sie weigern sich, mit der neuen israelischen „Zivilverwaltung“ auch nur Kontakt aufzunehmen. Alle Versprechungen oder Angebote Israels, wie z.B. Anschluß an das israelische Elektrizitätsnetz und die Wasserversorgung weisen sie zurück.

Die von Israel gegen die gewählten Bürgermeister eingesetzten Dorfräte sind in der Bevölkerung vollständig isoliert. In Absprache mit der PLO hat Jordanien sie mit Todesstrafe wegen Kollaboration bedroht. Die meisten sind daraufhin zurückgetreten. Es gibt

keinen Palästinenser, mit dem das israelische Autonomiekonzept verwirklicht werden könnte.

Der Widerstand hat auch auf den seit 1967 besetzten Gazastreifen übergreifen. Ebenso weigern sich die 15000 Drusen seit der Annektion der Golanhöhen, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Trotz totaler Blockade ihrer Siedlungen durch israelische Militärs streiken sie seit fast zwei Monaten. Am „Tag des Bodens“ kam es in den seit 1948 besetzten Gebieten zu großen Solidaritätskundgebungen. 20000 Israelis demonstrierten zwei Tage zuvor in Tel Aviv unter der Parole „Frieden – nicht Annektion“.

Die PLO rechnet damit, daß Israel noch vor dem Rückzug aus dem Sinai am 25.4. die Lage wieder eskalieren und zu militärischen Überfällen auch auf den Südlibanon übergehen wird. Die USA hat bereits am 18.3. Seemannöber der 6. US-Flotte in der Großen Sirte vor Libyen für den April angekündigt. „Wir wissen, daß die gespannte internationale Lage der israelischen Politik der Expansion und Aggression neuen Spielraum gibt. Wir wissen auch, daß Israel die PLO in eine militärische Konfrontation zwingen will, um ihre Basen zu vernichten, damit dann niemand mehr da ist, der sich dieser Politik entgegenstellt.“ (Abdulla Frangi)

Die PLO-Vertretung in der BRD ruft zu einer Solidaritätsdemonstration am 17. April in Bonn auf. Sie fordert u.a.: Wiedereinsetzung der gewählten Bürgermeister in ihre Ämter! Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung! Nationale Selbstbestimmung für das palästinensische Volk!

Quellenhinweis: Palästina Bulletins 1982, Informationsstelle Palästina Bonn; Die Zeit, 1.4.82

## Dänemark Streik der Medizinstudenten

Vom 25. Februar bis 25. März streikten die Medizinstudenten in den Krankenhäusern mehrerer dänischer Städte. 6000 im ganzen Land, 3000 allein in Kopenhagen, werden von Vermittlungsbüros für Krankenwachen vermittelt. Die Städte, die Krankenhausträger, weigerten sich, einen zusätzlichen Zuschuß an die Büros weiterhin zu zahlen. Die Studenten forderten, daß der Unterschuß für Bereitschaftsdienste von den Kommunen bezahlt wird. Außerdem forderten sie Zulagen für Bereitschaftsdienste. Für 12 Kr. (ca. 4 DM) die Stunde halten sie sich bereit, um bei Tag und Nacht kurzfristig einsatzbereit zu sein.

Der Streik der Medizinstudenten führte zum Notstandsbetrieb. Kran-

kenpfleger wurden zu Extra-Diensten verpflichtet, freie Tage wurden einge- zogen, Abteilungen geschlossen, ein Aufnahmestopp für nicht Akutkranke verhängt, Operationen wurden ver- schoben.

Seit Jahren sind die Krankenhäuser z.B. in Kopenhagen überbelegt. Seit längerem kämpft das Pflegepersonal gegen Überbelegung und Überarbeit. Es werden mehr Pflegeheimplätze ge- fordert. Viele alte Leute liegen in den Krankenhäusern, weil sie auf einen Pflegeheimplatz warten. Als eine Kampfmaßnahme dagegen, daß die Patienten ständig auf den Gängen untergebracht sind, alarmierten z.B. die Vertrauensleute die Brandwache, die dann am 9. Februar zu einem unange- meldeten Besuch kam. Sie stellte an die Krankenhausleitung eine 8-Tage-Frist, innerhalb derer die Patienten von den Gängen verlegt werden sollten.

Zu den Streikversammlungen der Studenten schickten die Krankenpfle- ger Sympathieschreiben. Die Vereini- gung junger Ärzte sagte eine Lohnga- rantie von 3 Mio. Kr. zu. Am 12. März waren 20% bis 30% des Pflegeperso- nals in Kopenhagen krankgemeldet. Die Krankenhausleitung sprach von ei- ner „Aktion“. Ein Vertrauensmann in einem Interview: „Die Leute haben zu viel geschuftet. Vorher konnten wir zur Entlastung die Studenten holen, das können wir jetzt nicht mehr.“

Schon seit längerem machten die Krankenpfleger durch Aktionen dar- auf aufmerksam, daß die Kopenhage- ner Krankenhäuser überbelegt sind, und forderten mehr Pflegeheimplätze. Die Studenten führten den Streik bis zum 25. März, nachdem die Kranken- hausleitung am 16. März erste Angebo- te gemacht hatte. Sie erklärte sich be- reit, den Unterschuß des Kopenhage- ner Büros zu zahlen, die Forderung nach Sonderzulagen für Abend- und Nachtbereitschaft konnten die Studen- ten nicht durchsetzen.

Quellenhinweis: „Politiken“, Ausgaben Februar und März; „Berlinske Tiedende“ 17.3. bis 31.3.1982

## Griechenland Papandreou stellt Forde- rungen an die EG

Auf dem letzten EG-Gipfel Ende März hat der griechische Ministerpräsident Papandreou – von der hiesigen Presse totgeschwiegen – die Regierungschefs der EG-Länder konfrontiert mit einem Memorandum und einem wirtschafts- politischen Forderungskatalog. Ziel- setzung des Memorandums, das im Mai zur ersten Beratung anstehen wird, ist es, die Verfahrensregeln der EG zu verändern. Papandreou erklär- te, daß die Regeln auch südeuropäi-



Bewässerungsprojekt in Griechenland, finanziert aus Darlehn der Europäischen Investitionsbank

schen Ländern nützlich sein müssen und daß Griechenland seine Probleme nicht innerhalb der Rahmenbedingun- gen einer Gruppe reicher europäischer Länder lösen kann.

Der wirtschaftspolitische Forde- rungskatalog der griechischen Regie- rung ist verabschiedet worden in Vor- bereitung eines Fünf-Jahr-Plans zur Entwicklung der Wirtschaft, der im Herbst erstellt und am 1.1.1983 in- krafttreten soll. Offensichtlich sind die Forderungen dazu gedacht, Griechen- land trotz der Mitgliedschaft in der EG eine eigenständige wirtschaftliche Ent- wicklung zu ermöglichen. Der Katalog umfaßt im wesentlichen drei Punkte:

1. Über einen bestimmten Zeitraum sollen neu aufgebaute Industrien einem besonderen Schutz unterliegen, Ex- porthilfen erhalten und nicht unter die EG-Produktionsbeschränkungen fal- len. Damit soll verhindert werden, daß jeder Versuch des Aufbaus einer heimi- schen Industrie durch mächtige EG- Firmen niederkonkurriert wird. Im er- sten Jahr der EG-Mitgliedschaft haben sich die Importe aus der EG erhöht, nicht aber die Exporte.

2. Es soll ein Gemeinschaftsfonds für die Mittelmeerregion eingerichtet werden.

3. Die EG soll Finanzhilfen für die griechischen Bauern bereitstellen, da die geplante 9%ige Preisanhebung für Agrarprodukte bei einer Inflationsrate von 20% in Griechenland völlig unzu- reichend ist.

Mit den Geldern dieses Mittelmeer- fonds sollen landwirtschaftliche Pro- jekte wie Entwässerungsanlagen finan- ziert werden und der Aufbau von land- wirtschaftlichen Kooperativen, um durch größere Anbauflächen die Pro- duktivität zu steigern (durchschnittliche Hofgröße 3,6 ha, in der EG 18 ha). Ob damit die Ruinierung tausender griechischer Bauern – mehr als ein Drittel der 9,7 Mio. Bewohner ist in der Landwirtschaft tätig – verhindert werden kann, ist fraglich.

Mit diesen Forderungen versucht die griechische Regierung, sich der Auslie- ferung der Wirtschaft an die EG entge- genzustellen. Auf einer Pressekonfe- renz am 30.3. in Brüssel hat Papandre- ou erklärt, daß sich Griechenland nicht verpflichtet hat, in der EG zu bleiben. Seine Haltung hinge von der Antwort auf das Memorandum ebenso ab wie davon, ob die EG Position dem Fünf- Jahres-Entwicklungsplan entspricht.

Quellenhinweise: Financial Times v. 26. und 31.3.82; Athens news agency, 31.3. und 1.4.82

## Irland Neues Nordirland- Parlament im Herbst

Die britische Regierung wird noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zur Errichtung einer nordirischen Parla- mentarischen Versammlung einbrin- gen. In der letzten Woche beschloß das Kabinett, daß diese Versammlung 78 Sitze haben wird, die auf die protestan- tischen Wohnbezirke und die Ghettos der katholischen Iren entsprechend der Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Die protestantischen „Unionisten“ (die für die Union mit Großbritannien sind) werden also mit Sicherheit in der Mehrheit sein.

Der Clou an Nordirlandminister Priors Plan ist, daß diese Versamm- lung nur dann irgendwelche Vollmäch- ten erhält, nur dann eine nordirische Provinzregierung bilden kann, wenn eine solche Regierung von mindestens 70% der Abgeordneten gestützt wird.

Diese Konstruktion ist nötig wegen der Pläne Großbritanniens, ein föderati- ves Irland zu dulden, um ganz Irland wieder unter Kontrolle zu bekommen. Thatcher erklärte sich gegenüber dem damaligen irischen Premier FitzGerald mit einer föderativen irischen Verfas- sung einverstanden, wenn dadurch er- stens gesichert würde, daß die prote- stantische britische Mehrheit im Nor-

den die Macht über Nordirland behält und daß ganz Irland in die NATO eintritt (s. Politische Berichte 26/81).

Schon jetzt kontrolliert Großbritannien über das wirtschaftlich stärkere Nordirland einen großen Teil der irischen Wirtschaft (in der Republik Irland gibt es keine Schiffswerft, kaum Metallverarbeitung, keine Automobilfabrik). Eine Föderation, in der die Protestanten in Nordirland ihre Vorrechte behielten, würde Englands Einfluß sichern und ganz Irland öffnen.

Damit eine solche Farce überhaupt eine Chance hat, brauchen Thatcher und Prior die Mitarbeit der „gemäßigten“ irisch-katholischen Politiker im Norden, vor allem der SDLP (Sozialdemokratische und Labour-Partei). Diese Mitarbeit versucht Prior jetzt mittels seines Übergangsmodells für eine nordirische Regierung zu erreichen. Denn obwohl die SDLP in Verhandlungen mit Prior das Modell ablehnte, wird sie zu den Wahlen im Herbst kandidieren. Ist sie in diesem Parlament vertreten, wird sie praktisch zu einer Koalition mit den Unionisten gezwungen, so kalkuliert Prior.

Die republikanischen Gruppen, also Sinn Fein und IRA sowie die IRSP, lehnen das föderative Konzept ab. Die Sinn Fein hatte bis zum Parteitag im Oktober 1981 ein föderatives Konzept, das den Bezirken in einem künftigen Irland weitgehende Selbstregierung lassen sollte. Dieses Konzept, Anfang der 70er Jahre entwickelt, enthielt ein Angebot an die protestantische Siedlerbevölkerung im Norden. Die Mehrheit des Parteitags beschloß, das föderative Konzept aus dem Aktionsprogramm zu streichen und für den nächsten Parteitag eine Programmänderung anzustreben. Die letzte nordirische Provinzregierung – strikt in unionistischer Hand – wurde 1974 abgesetzt, weil sie auch nicht mehr die Unterstützung der Protestanten hatte. Seitdem regiert die Londoner Regierung die Kolonie direkt mittels eines Nordirlandministeriums in Belfast.

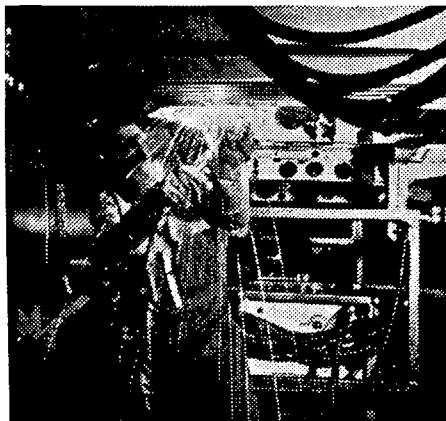
## Mexiko

### Über 30% Inflation zwingen zum Lohnkampf

Mexiko ist in wenigen Jahren zum viertgrößten Erdölproduzenten der Welt geworden. Von 0,4 Mrd. US Dollar 1976 auf erwartete 13 Mrd. \$ 1981 stieg der Rohölexport. Doch die wirtschaftliche Lage ist gekennzeichnet durch dauernde Arbeitslosigkeit, steigende Inflation und sich türmende Auslandsverschuldung, weil statt einer gleichmäßigen Entwicklung in den letzten Jahren der Weg forcierter Industrialisierung beschritten wurde.

Fast die Hälfte der Bevölkerung ist unterbeschäftigt. Allein in den Slums von Mexico-City leben sechs Millionen unter den unwürdigsten Bedingungen. 18,4% beträgt der Lebensmittelanteil am Export, aber 40% der 72 Millionen Einwohner sind unterernährt. Während die Erdölmilliarden die Taschen der Reichen füllen, verschlechtert sich die Lage der Arbeiter noch zusätzlich durch Inflationsraten von 25 bis 30% in den letzten Jahren. Erst zum 1.1.82 mußte die Regierung den Mindestlohn, von dem allerdings vermutet wird, daß die Hälfte der Beschäftigten nicht mal den erhält, um 34% erhöhen.

Um durch steigende Exporte das Außenhandelsdefizit zu verringern, hat die Regierung am 18.2. den Peso faktisch um 40% abgewertet. Preissteigerungen auf Konsumgüter von teilweise 50 bis 100% waren die Folge. Die Gewerkschaften verhandelten mit den Kapitalisten um höhere Löhne und organisierten einzelne Streiks. Da diese Verhandlungen ohne Ergebnisse blieben, mußte die Regierung unter dem Druck der Gewerkschaften am 19.3. Lohnerhöhungen beschließen: 30%



VW-Werk in Mexiko. Die Direktinvestitionen der BRD in Mexiko lagen 1980 bei rund 675 Mio. US-\$. Der Warenexport nach Mexiko belief sich auf 2,2 Mrd. DM, der Import aus Mexiko auf 584 Mio. DM.

für Monatslöhne unter 20000 Pesos, (ca. 1060 DM), 20% bis 30000 Pesos und 10% für höhere Löhne. Diese Lohnerhöhungen gelten rückwirkend und unabhängig von vorher oder nachher abgeschlossenen Tarifverträgen. Erstmals haben die Kapitalisten erklärt, daß sie sich nicht an diesen Regierungsbeschlüssen halten, sondern ihn als Empfehlung betrachten. Die Gewerkschaften haben daraufhin mit einem landesweiten Streik nach dem 29.3. gedroht. Außer in 400 Betrieben, die eine Streikdrohung erhielten, wurde daraufhin die Lohnerhöhung ausgezahlt. Weitere Auseinandersetzungen stehen im April bei der Aufhebung der dreimonatigen Preiskontrolle an.

Quellenhinweis: FAZ v. 27. und 31.3.82; Handelsblatt 22.3.82

## Südafrika

### Frontstaaten unterstützen bewaffneten Kampf

„Die materielle Unterstützung für die Befreiungsbewegungen SWAPO von Namibia und ANC von Südafrika zu verstärken, so daß diese den bewaffneten Kampf intensivieren können für das Ziel der nationalen Unabhängigkeit ihrer Völker“, haben die Frontstaaten Angola, Botswana, Mozambique, Tanzania, Zambia und Zimbabwe auf ihrem letzten Treffen vom 6. bis 7. März in Maputo beschlossen. Der Frontstaatengipfel „erwähnte besonders die beständig wachsende Aggressivität des Imperialismus, ausgeübt durch das rassistische Regime von Südafrika, seinem Instrument in der Region ... Mit Befriedigung stellte der Frontstaatengipfel fest, daß als direkte Antwort auf die beständig zunehmenden Unterdrückungsakte und Verbrechen des Pretoria-Regimes das Volk von Namibia, unter der Führung der SWAPO, seinem Befreiungskampf in dem Land verstärkt und daß in Südafrika, unter der Führung des ANC, das Volk mit Streiks und bewaffneten Aktionen energisch gegen das Apartheid-Regime kämpft.“ (Kommunique vom 7.3.82)

Die Frontstaaten haben damit zum ersten Mal ausdrücklich dem bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Azania ihre Unterstützung zugesichert. In den letzten Monaten hat der ANC mehrere erfolgreiche Bombenanschläge gegen Einrichtungen des Siedlerregimes durchgeführt. Die Streiks der selbstständigen afrikanischen Gewerkschaften reißen nicht ab.

Das Regime will jetzt ein Gesetz verabschieden, das den Kriegsdienst ausdehnt. Jeder Weiße zwischen 17 und 65 soll nach dem zweijährigen Wehrdienst zwölf Jahre lang in jedem Jahr für zwei Monate eingezogen werden. Danach fünf Jahre zu einer Reserveeinheit gehören und bis 65 zu einer regionalen Verteidigungstruppe. Das Siedlerregime mobilisiert gegen die afrikanischen Staaten und, um die wachsende Befreiungskraft des azanischen Volkes zu unterdrücken. Ein Ausdruck dieser Kraft war der landesweite Streik im Februar. 100000 Arbeiter folgten dem Aufruf der afrikanischen Gewerkschaften, legten die Arbeit 30 Minuten nieder und protestierten gegen die Ermordung des Gewerkschaftsführers Aggett durch das Regime und gegen die Terrorgesetze. In diesem politischen Streik streikten an einem Tag mehr als in dem seit Jahrzehnten größten Streikjahr 1973 insgesamt.

Quellenhinweis: ANC-Weekly News Briefing, Jahrg. 6, Nr. 11, 15.3.82., London.

VR Angola

## Trotz ständiger Überfälle Südafrikas wichtige Erfolge im Wirtschaftsaufbau

Seit dem 11. November 1975 ist die Volksrepublik Angola unabhängig. Dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ war das im vergangenen November Grund genug, einen schmutzigen zweiteiligen Bericht über die Lage des Landes zu veröffentlichen. Seine wesentlichen „Enthüllungen“:

„Angola zeigt heute, sechs Jahre nach der Unabhängigkeit von Portugal, alle Anzeichen einer sozialistischen Mangelwirtschaft ... Firmen klagen über hohe Abwesenheitsraten von 25 – 30% ihrer Belegschaft ... In den ‚Volksläden‘, wo man nur einmal pro Woche gegen Vorlage der Arbeits- oder Lebensmittelkarten einkaufen kann, gibt es häufig selbst Grundnahrungsmittel nicht oder nur beschränkt. Auf den illegalen, aber geduldeten freien Märkten liegen die Preise zehnfach über den amtlich festgelegten Preisen

... Was noch funktioniert, sind die Sektoren, in denen westliches Kapital und Management eingesetzt sind: Erdöl und Diamanten.“ Dabei war doch früher alles so schön: „Es gab an die 200 Restaurants (in der Hauptstadt Luanda, d.Red.), Bars und Nachtclubs, und schwarze Schönheiten und rassige Mulattinnen suchten Abenteuer mit unternehmungslustigen Weißen.“ Usw. usf.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die „Mangelwirtschaft“, die der Reporter des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“ ausgemacht hat, gibt es tatsächlich. In vielen Gebieten des Landes droht eine schwere Hungersnot. Vor allem in den südlichen Teilen, in denen mehrere hunderttausend Flüchtlinge vor den ständigen Angriffen der Südafrikaner auf ihre Dörfer geflohen sind, kann die Regierung die Flüchtlin-

ge nicht mehr ernähren. Der Grund dafür ist aber nicht die „sozialistische Mangelwirtschaft“. Der Grund ist der unerklärte Krieg, mit dem die westlichen Imperialisten das Land seit seiner Unabhängigkeit praktisch ununterbrochen überzogen haben.

Seit 1976 ist fast kein Monat vergangen, in dem nicht südafrikanische Truppen in das Land einfielen, Brücken, Straßen und Eisenbahnverbindungen bombardierten, irgendwo im Lande Sabotageaktionen durchführten. Nach Angaben der angolanischen Regierung betragen allein die Sachschäden durch diese fortgesetzten Überfälle inzwischen mehr als 7 Mrd. Dollar. Nach dem letzten Überfall Südafrikas im August 81 ist ein Gebiet von 130000 qkm im Süden des Landes – das ist ein Zehntel des Landes oder zum Vergleich mehr als die halbe Fläche der BRD – verwüstetes Niemandsland. Große Teile des Transportwesens sind auch in den anderen Teilen des Landes zerstört. Vor allem deshalb ist die Versorgung Luandas und der anderen Hafenstädte mit Lebensmitteln nicht mehr möglich, 80% ihres Bedarfs muß aus dem Ausland

### Nach wie vor sind die westlichen Konzerne die größten Ausplünderer

Erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten befürchtet die Regierung der Volksrepublik Angola für das kommende Jahr. In den vergangenen Jahren sind Erdöl und Diamanten zu den überwiegenden Ausfuhrprodukten geworden, zusammen mit Kaffee liegt ihr Anteil bei 97% des Gesamtexports. Ein Sinken der Weltmarktpreise für diese Produkte hat drastische Auswirkungen auf die Exporterlöse.

Es ist der angolanischen Regierung zwar gelungen, das Exportvolumen wieder dem Stand vor der Befreiung des Landes anzunähern, diese Steigerung gelang ihr aber nur durch eine rasante Steigerung der Erdölausfuhr und der Diamantenproduktion.

1973 betrug der Export, der fast vollständig in der Hand imperialistischer Konzerne lag, 744 Mio. Dollar. Er schnellte 1974 auf 1202 Mio. Dollar und sank im letzten Jahr des Bürgerkrieges wieder auf 1055 Mio. Dollar. Etwa 40% des Exports entfielen 1973 auf Erdöl, Diamanten und Eisenerz, über 30% betrugen die Anteile von Kaffee, Baumwolle und Fischereiprodukten.

Die Produktion von Eisenerz ist vollständig eingestellt, seit die Krupp AG ihre Minen in Cassinga geschlossen hat. Die Baumwollernten gingen zurück, ebenso die Kaffeernten. Da Angola über keine eigene Fischerei-



Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in einer Schule

flotte verfügte, Fisch aber zu den Hauptnahrungsmitteln gehört, versuchte es die eigene Versorgung zu sichern, indem es die Fangrechte in der Mocamedesbucht an die UdSSR vergab, gegen Ablieferung von zwölf Prozent des Fangs.

Vor der Befreiung exportierten die Imperialisten Nahrungsmittel in erheblichem Umfang, heute ist Angola gezwungen, über die Hälfte der Nahrungsmittel zu importieren.

Um die Abhängigkeit von wenigen Exportprodukten auszugleichen, bemüht sich die Regierung, die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern der Dritten Welt und den RGW-Staaten

auszubauen. Der gesamte Außenhandel unterliegt der Kontrolle einer staatlichen Behörde. Angola hat Beobachterstatus im RGW und gehört der „Konferenz für Entwicklungszusammenarbeit im Südlichen Afrika“ (SADCC) an. Während bis 1975 über 80% der Exporte in die USA, nach Japan und in westeuropäische Länder flossen, teilten sich die Ausfuhranteile 1978 zu 64% auf die USA, 19% des Exports ging nach Westeuropa, 11% in Länder des RGW, 5% in Länder der Dritten Welt. 1981 erhöhte sich der Anteil der Ausfuhr in die Dritte Welt auf 8%, in die RGW-Staaten auf über 20%.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über ausländische Investitionen 1979 bemühen sich verstärkt westeuropäische Konzerne, Schürfrechte in Angola zu erhalten. Die Regierung sah sich gezwungen, die Ausfuhr von im Land erwirtschafteten Gewinnen zuzulassen, Steuer- und Zollerleichterungen zuzugestehen und eine Entschädigungszusage für den Fall der Enteignung zu machen. Die Regierung strebt an, bei großen Unternehmen 51% des Kapitalanteils in eigener Hand zu halten, läßt aber auch vollständigen Privatbesitz zu. Auf dieser Grundlage fand die Steigerung von Erdölproduktion statt, zahlreiche Konzessionen wurden neu vergeben.

Quellenhinweis: Facts and Reports, 16.10.81; C. Legman (Hrsg.), African Contemporary Record – Annual Survey and Documents, 1979–80, London und Boston, 1980

importiert werden. Die Regierung muß 50% ihres Haushalts für Verteidigungszwecke ausgeben.

Zur gleichen Zeit kontrollieren die westlichen Ölmonopole Gulf, Esso, Texaco und zwei französische Gesellschaften immer noch faktisch die gesamte Ölproduktion des Landes. An dem Diamantenmonopol Diamang – Staatsanteil 70% – ist sogar der südafrikanische De Beers-Konzern mit 20% beteiligt. Er kontrolliert den Vertrieb der Diamanten ins Ausland. Erdöl und Diamanten stellten 1981 knapp 90% der Exporterlöse des Landes und den größten Teil der Steuereinnahmen der Regierung.

Die Imperialisten nutzen diesen Einfluß und die Notlage des Landes zynisch zu weiteren Erpressungen. Seit 1976 verhindert die BRD jegliche EG-„Hilfe“ an Angola. Das Land sollte gefälligst dem AKP-Abkommen beitreten. Die Regierung Angolas lehnt dies ab, da ein AKP-Beitritt die Anerkennung des westdeutschen Anspruchs auf Westberlin bedeuten würde. Vor allem aber verlangen die westlichen Imperialisten immer wieder den Abzug der Kubaner. Vorher sei an größere „Hilfsprogramme“ überhaupt nicht zu denken. Sowieso seien die Kubaner keine Hilfe für Angola, sondern Besatzungstruppen, von denen Angola „befreit“ werden müsse. Tatsächlich meldet die angolansische Regierung des öfteren Schwierigkeiten: Sei es, daß die Kubaner sich in Angelegenheiten der Regierung einmischen und unteren Verwaltungen eigenmächtige Anordnungen geben, seien es Fälle von Korruption und Schiebereien. Die entscheidende Verantwortung für die Schwierigkeiten des Landes trifft jedoch seine angeblichen westlichen „Befreier“. Genauer: die von diesen mit ständigem Waffen- und Kapitalnachschub ermöglichten Überfälle Südafrikas. Die Klagen der westlichen Imperialisten über das Elend Angolas sind Krokodilstränen des Täters über sein eigenes Opfer.

Dabei sind die Erfolge Angolas im Wiederaufbau des Landes beeindruckend. So waren noch 1976 90% der Bevölkerung Analphabeten. Inzwischen ist diese Zahl auf 66% gesunken. Die Zahl der Schüler an Grundschulen – vor der Unabhängigkeit gerade 500000, der größte Teil davon Kinder der weißen Siedler – stieg bereits 1977 auf eine Million und ist seitdem weiter gewachsen. Das Gesundheitswesen ist verstaatlicht, die gesundheitliche Versorgung kostenlos. Die Lebenserwartung der Bevölkerung stieg allein 1977 bis 1979 von 38,6 auf 42 Jahre.

Die Löhne der Arbeiter sind seit der Unabhängigkeit auf mehr als das Dreifache gestiegen. Ein Arbeiter auf den Kaffeeplantagen etwa verdiente 1981 täglich 140 Kwanzas, nach offiziellem

Wechselkurs über 10 DM, mehr, als der größte Teil der schwarzen Arbeiter in Südafrika. Die Regierung hat große Anstrengungen unternommen, um die Bewässerungssysteme auf dem Land auszubauen. Noch in diesem Jahrzehnt will sie am Kwanza-Fluß einen Staudamm fertigstellen, durch den 400000 ha Land neu bewässert werden sollen.

Die großen Plantagen der Kolonialisten – mehr als 400000 der 600000 weißen Siedler haben das Land verlassen – hat die Regierung auf „Vereinigungen von Produktionseinheiten“ verteilt, die unter Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums die Produktion



Verteidigungsanlagen der angolansischen Streitkräfte im Gebiet von Cuamato im Süden Angolas gegen südafrikanische Streitkräfte. Bei einer Bevölkerung von knapp über 6 Mio. muß Angola ständig 40000 Soldaten unter Waffen halten.

wieder aufzunehmen versuchen. Die Kaffeeplantagen im Norden sind in 26 Unternehmen untergliedert, die, ebenfalls unter Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums, auf 185000 ha Land, das ist ein Drittel der Anbaufläche der Kolonialzeit, die Produktion wiederaufzunehmen versuchen. Im Augenblick sind nicht nur große Teile der Plantagen verwildert. Vor allem aber fehlen Pflücker, die die Kolonialherren früher jedes Jahr aus dem Zentrum des Landes zur Ernte zwangsverpflichteten. 1981 erreichte die Kaffeernte so nur 21500 t, ein Zehntel der Ernte zu Kolonialzeiten.

In den anderen Bereichen der Landwirtschaft – 85% der Bevölkerung sind noch in der Landwirtschaft tätig – fördert die Regierung die genossenschaftliche Organisierung der Bauern.

Ein 1979 verabschiedetes Gesetz schreibt für fast alle neuen ausländischen Kapitalanlagen eine staatliche Beteiligung von mindestens 51% vor.

Seit 1978 hat die Regierung gegenüber der FNLA und der Unita einen Kurs der „nationalen Versöhnung“ eingeschlagen. Mitgliedern beider Or-

ganisationen wurde ehrenvolle Behandlung zugesichert, wenn sie ihren Kampf gegen die Regierung einstellen und sich dem Aufbau des Landes widmen. Die FNLA ist seitdem praktisch nicht mehr existent. Die Unita dagegen, die früher einen gewissen Einfluß im Zentrum des Landes hatte, ist heute zu einer von den USA und Südafrika abhängigen Terrororganisation heruntergekommen.

Der 1981 inkraftgetretene erste 5-Jahres-Plan legt das Schwergewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft. Das Lebensniveau der Bauern und Landarbeiter soll gesteigert, ihre

Arbeitsbedingungen sollen verbessert werden. Die Staatsgesellschaften und die Genossenschaften sollen konsolidiert werden. Bis 1985 hofft die Regierung, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und die der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen weitgehend gesichert zu haben. In der Industrie soll vor allem die Textilindustrie gefördert werden.

Ob diese – vorläufig noch vage bestimmten – Ziele erreicht werden können, hängt vor allem davon ab, ob die westlichen Imperialisten gezwungen werden können, Namibia die Unabhängigkeit zuzugestehen und die südafrikanischen Überfälle auf Angola zu stoppen. In diesem Fall, so hat die angolansische Regierung mehrfach erklärt, werden auch die 20000 kubanischen Soldaten umgehend das Land verlassen.

Quellenhinweis: P. Kouvou, Angola, Köln 1980; Colin Legum (Hrsg.), African Contemporary Record – Annual Survey and Documents, 1977–1978, Abschnitt „Angola“, London und Boston 1978; ders., 1978–79, London und Boston 1979; ders., 1979–80, London und Boston 1980; Graham Hancock (Hrsg.), Africa Guide 1980, Essex 1980; Holland Committee on Southern Africa (Hrsg.), Facts and Reports, Press Cuttings on Southern Africa, Amsterdam, div. Ausgaben von Sept. 1981 bis März 1982.



„Am Anfang war das Feuer“

## Urgeschichte der Menschheit: etwas wild, etwas komisch, von Konkurrenz und Liebe bewegt

1911 erschien das Kinderbuch des Belgiers J.H. Rosny „La Guerre du Feu“, ein spannender Abenteuerroman, der mit einer Auflage von 20 Millionen Exemplaren in den Kinderzimmern Europas landete. Rosny schildert das Nomadenleben in der Steinzeit, die Abhängigkeit von der Natur, vom Wetter, der Kälte, den Kampf gegen Tiere, die Ernährung durch Wurzeln und Früchte, die Jagd, und vermischt dies mit den phantastischen Abenteuern von drei Steinzeithelden auf der Suche nach dem Feuer. Sie verbünden sich mit den pflanzenfressenden Mammuts gegen die Kannibalen, retten ein Wesen, das halb Mensch halb Tier ist, woraufhin ein verborgener Stamm aus Schuppenmenschen wieder auftaucht und mit ihnen gemeinsam den übermächtigen Stamm der roten Zwerge besiegt ...

Gegenwärtig läuft in den Kinos die mit ungeheurem Aufwand erstellte Verfilmung durch den Franzosen J.J. Annaud. Zumindest in den USA und Frankreich hat sich dieser Film bereits als Kassenschlager herausgestellt. Der Film tritt auf mit dem Anspruch, einen Einblick in das Leben der Steinzeitmenschen zu gewähren. Tatsächlich aber erfährt man wenig. Während in dem Buch noch das tägliche Leben der Sammler und Jäger beschrieben wird, beschränkt sich der Film darauf, sie als recht „barbarisch“, in Höhlen lebend darzustellen. Deutlich

wird nur ein Teil der Veränderungen durch das Feuer: man kann die Kälte besiegen und Tiere besser bekämpfen.

Im Mittelpunkt der Handlung stehen auch hier drei Ulam-Krieger, die ausgeschickt sind, neues Feuer zu holen, weil das seit Generationen in einem Feuerkorb bewachte Feuer in einem Kampf von Neandertalern geraubt wurde. Das Märchenhafte des Buches ist durch scheinbar realistischere Begegnungen mit Stämmen auf anderen Entwicklungsstufen ersetzt (Kannibalen und einem Stamm, der bereits über Hütten verfügt und töpfern kann), deren Leben und Arbeit auch nicht gezeigt werden, wo doch die Arbeit den Menschen hat zum Menschen werden lassen. Abenteuerschilderungen des Romans, wie zum Beispiel die Verbrüderung mit den Mammuts zu Freunden und Helfern in der Not, werden zum Gag durch das Wedeln mit einer „Friedens“pflanze. Das ganze wird noch vermischt mit einer dazuerfundenen, völlig ungeschichtlichen, kitschigen Liebesgeschichte des Ulam-Helden Naohs zu Ika aus dem Stamm der Ivaka, die ihm das Feuermachen beibringt, Pfeil und Bogen, das Lachen und eine freudvollere Liebe.

Dargestellt sind diese Steinzeitmenschen als Mischung zwischen Mensch und Affe. Der englische Autor Burgess hat eigens eine Sprache erfunden, die aus etwa 100 „Urlauten“ besteht. Die Gestik, von

dem Zoologen Morris entwickelt, ist den Schimpansen abgeguckt. Beides zusammen wirkt komisch, zum Teil auch witzig. Wie überhaupt der Film am ehesten da witzig ist, wo er am wenigsten den Anspruch auf realistische Abbildung stellt, wie z.B. bei dem „Ablenkungsmanöver“, um die Kannibalen von ihrem Feuer wegzulocken. Daneben soll der Film reizen durch die Brutalität, mit der sich die Stämme gegenseitig die Schädel spalten, mit Felsbrocken zermatschen (ein Pistolenschuß oder auch ein MG ist da sehr zivilisiert), alles mit viel Blut.

Nach dem Willen des Regisseurs soll sich das Publikum durch Blick in die Urzeit selbst erkennen. Und was gibt es da an „Selbsterkenntnis“? Sicher hat es in der Steinzeit Kämpfe zwischen den Stämmen gegeben, aber diese Kämpfe wurden um Jagdgebiete und fruchtbare Gebiete zwecks Überleben des eigenen Stammes geführt. Völlig sinnlos erscheint es in dem Film, wenn sich die einzelnen Stämme um das Feuer bekriegen – anstatt es miteinander zu teilen – und nicht nur gegenseitig das Feuer stehlen, sondern kaum daß sie es haben, dem anderen Stamm das Feuer austreten. Böse war der Mensch von Anfang an! Einzig Ika, die Gute, die in ihrer Liebe zu Naoh mit ihm aus seiner Gefangenschaft in ihrem Stamm flieht, sie ist bereit, ihm das Feuer machen und anderes beizubringen – aus Liebe.

## Neuaufgabe des Schöpfungsaktes

Stapledon's Roman „Der Sternenschöpfer“ paßt in das Weltbild des Konservatismus und kann sich deshalb nach 45 Jahren seines Erscheinens einer Neuaufgabe in Deutsch beim Heyne-Verlag erfreuen. Mit Wissenschaft und materialistischer Erklärung des Universums in der unterhaltenden Form eines Science-Fiction-Romans hat dieses Buch absolut nichts zu tun. Vielmehr hat der Engländer Stapledon es darauf angelegt, auf ermüdenden 333 Seiten dem Leser seine stark im Dogma des christlichen Schöpfungsaktes eingespernte Phantasie nahezubringen.

Auf dieser Welt des „Sternenschöpfers“ bekämpfen sich die verschiedenen „Rassen“ bis zu ihrem Untergang, der „Weltgeist“ hat im transzendenten Hintergrund die Zügel des Weltgeschehens fest in seinen Händen und richtet über „Gutes“ und „Schlechtes“.

Einige abschreckende Kostproben verdeutlichen diese Richtung von „wissenschaftlicher Fiction“: „Die Materie von zehn Millionen Galaxien ruhte in einem einzigen Punkt. Dann sagte der Sternenschöpfer: ‚Es werde Licht!‘ Und es ward Licht.“ „Ich schien den Sternenschöpfer nun unter zwei Aspekten zu sehen: als die besondere schöpferische Erscheinungsform des Geistes ... und gleichzeitig ... als etwas unvergleichlich Größeres ... Dürr und trivial sind diese Worte. Doch nicht das Erlebnis.“

Olaf Stapledon, Der Sternenschöpfer, Heyne Bibliothek der Science-Fiction-Literatur Bd. 5, München 1982, 6,80 DM

## Türkischer Bauernroman

Über die lange Geschichte der Kämpfe der türkischen Arbeiter und Bauern gegen ihre Bedrücker und Ausbeuter findet man in der BRD nur wenige nützliche politische Quellen, geschweige denn literarische. Der Roman „Memet mein Falke“ des türkischen Autors Yasal Kemal ist einer der hierzulande erhältlichen Werke über diese Kämpfe und ein leenswertes dazu.

Seine Geschichte spielt Anfang der 20er Jahre in dem südostanatolischen Gebiet Dikenlidüzü, einer kargen Hochebene irgendwo zwischen den beiden Städten Adana und Gazianten. Die Revolution gegen das osmanische Feudalregime

hat die Bauern verraten, und die Bauern in den fünf Dörfern des Gebiets, fast alle Nachfahren türkischer Nomaden, die erst vor wenigen Jahrzehnten zwangsweise „seßhaft“ gemacht wurden, werden weiterhin von einem Großgrundbesitzer, dem Abdi Aga, brutal unterdrückt und ausgebeutet. Ihr Vieh, ihr gesamtes Land, die Hälfte bis drei Viertel ihrer kargen Ernte gehören dem Aga. Eine Flucht aus diesen elenden Verhältnissen ist fast unmöglich, da Gendarmen, Richter, Kreisbeamte usw. alle für den Aga arbeiten.

Der Junge Ince Memed versucht es trotzdem. Aber schon im nächsten Dorf wird er nach kurzer Zeit vom Aga wieder eingefangen und fortan noch gemeiner gequält. Als der Aga Memeds Verlobte mit Gewalt mit seinem Neffen verheiratet will, erschießt Memed den Neffen, verwundet den Aga und flüchtet zu den Räubern in die umliegenden Berge. Von dort führt er den Kampf gegen den Aga weiter, bis es ihm am Ende gelingt, diesen zu erschießen und den Bauern in den fünf Dörfern damit auch wieder zu ihrem Land zu verhelfen, das ihnen der Aga geraubt hat.

Das ganze ist spannend erzählt und verbunden mit eindrucksvollen Schilderungen des Elends und der Arbeit der Bauern wie des Lebens der Räuber in den umliegenden Bergen, die fast alle irgendwann vor einem Aga geflüchtet sind, von denen viele aber doch wieder zu Handlangern der Agas werden und in deren Auftrag die Bauern bedrücken.

Yasar Kemal, Memed mein Falke, Unionsverlag, Zürich, 28.- DM

## Deutscher Osten, liberal serviert

Die Perspektive, aus der die Geschichte Deutschlands seit Ende des 1. Weltkrieges bis heute betrachtet wird, ist die der Adligen Maximiliane von Quindt, geboren auf und geflüchtet von dem Gut Poenichen, heute Peniczyn in Polen. Das Buch ist ein Strudel in der Flut von Erinnerungsliteratur zwecks Bekräftigung der Unverlierbarkeit der Heimat im Osten. Die Geschichtsphilosophie, die vorgetragen wird, hat organische Züge, indem der Spruch des Großvaters „das verwächst sich wieder“ auch auf die Geschichte angewandt wird. Herauskommt, daß in der Rückschau alles geduldet werden kann, die nationalso-

zialistischen Verbrechen wie der Revanchismus der Vertriebenenverbände. Die Flüchtlinge haben als Dünger auf dem Feld der westdeutschen Wirtschaft gewirkt und sich so ein neues Zuhause erworben.

Die Heimat tragen sie dennoch im Herzen. Die Heldin des Romans macht eine Fischbratküche auf und wird zum Schluß Empfangsdame auf dem zum Hotel umgewandelten Familienstammsitz im Fränkischen.

Bei aller liberalen Vergeistigung, die sich auch in der Entwicklung der Kinder ausdrückt – einer wird Dichter, eine Betriebspsychologin, eine Fotomodell, einer stirbt – bleibt der Anspruch auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße aufrechterhalten. Der Anspruch, daß es dem Boden egal sei, wer ihn bebaue, ist offen für die Deutung, daß ihm auch eine Rückkehr der Deutschen nicht zuwider sein kann. Und hat nicht die Hauptfigur ihre Kulleraugen von einem polnischen Offizier, und haben nicht viele wie sie ein Viertel polnisches Blut?

Die Autorin stellt ihre Heldin sympathisch dar. Sie brüskiert ihre Verwandten durch verschiedene Liebesbeziehungen, sorgt mit allen Mitteln für ihre Kinder. Die Auffassung, die dem Leser dabei untergejubelt wird, ist, daß die politischen Verhältnisse egal sind, da es nur auf persönliche Tüchtigkeit ankommt. Entsprechend hängt die Frau mal die Gattin des adligen Nazi, der im Führerbunker endete, heraus, mal die Tochter der in zweiter Ehe mit einem Juden verheirateten und in die USA emigrierten Mutter. Sie fährt nach Polen und besichtigt die Stätten ihrer Kindheit. Das Herrenhaus ist nicht mehr da. Aber sonst ist vieles, wie es sein soll. Pommern ist wieder ein katholisches Land. Die Verwalter der Kolchosen sind nicht so viel anders als die früheren Herren. Also herrschen hoffnungsvolle Zustände für Leute, die die Folgen der Niederlage des deutschen Faschismus offengehalten wissen wollen. Daher freundet sich Maximiliane, in ihrem ehemaligen Park sitzend, mit den Ostverträgern der Bundesregierung an, nachdem sie in den Häusern der polnischen Landarbeiter Schokolade und Kaugummi ausgeteilt hat. Schließlich weiß sie, wie man sich „den Leuten“ gegenüber verhält.

Christine Brückner, Nirgendwo ist Poenichen. Ullstein-TB 20181, Frankfurt/M. – Berlin – Wien 1982 6,80 DM

## CDU und alternatives Leben

# Vorfahrt für die jeweils kleinere Gemeinschaft

„Das Vertrauen der Menschen in die großen Organisationen ist im Schwinden ... Wer meint, die Bedürfnisse der Bürger großenteils nur gesamtgesellschaftlich befriedigen zu können, dessen Politik führt notwendig zu immer mehr öffentlichen Zuständigkeiten in praktisch allen Lebensbereichen ... Der neue Senat wird grundsätzlich anders ansetzen. Für uns geht es um eigenverantwortliches Selbertun des Bürgers. Es verlangt die Vorfahrt für die jeweils kleinere Gemeinschaft.“

So lautet eine der „Richtlinien der Regierungspolitik“ der CDU nach ihrem Wahlsieg in Westberlin im Sommer 1981. Der „grundsätzlich andere Ansatz“ der Reaktion gegenüber dem politischen Reformismus der SPD – die sich im Ergebnis so grundsätzlich nicht unterscheiden – gewinnt faßbare Konturen: Immer weniger „öffentliche Zuständigkeiten in praktisch allen Lebensbereichen“, wie die Schließung von Schulen, Verringerung des Erzieher- und Lehrpersonal, Erhöhung der Kitagebühren, Abbau der Schulpflicht; Schließung von Krankenhäusern, Bettenabbau, Personaleinsparung im Gesundheitsbereich, Beseitigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; Kürzung der Renten oder des sog. Taschengelds in den Altersheimen; Streichung der verbilligten Tarife für Behinderte in Bus und U-Bahn, um nur einige Wirkungen des neuen „Strukturprinzips“ zu nennen.

Päpstlicher Segen und gesetzliche Grundlagen für diese gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Maßnahmen der CDU sind vorhanden. Das Subsidiaritätsprinzip, das besagt, daß das, was der einzelne aus eigener Initiative leisten kann, nicht der Gesellschaft als Aufgabe übertragen werden darf, wurde bereits in der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ propagiert – acht Jahre vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges, als in allen imperialistischen Staaten die Versicherungskassen der Lohnabhängigen geplündert und die Kollektivrechte der Arbeiterklasse für den Handelskrieg der Finanzbourgeoisien und die Vorbereitung des imperialistischen Krieges beseitigt wurden. Die §§ 1601ff., 1589 des BGB, betreffend die Unterhaltspflicht zwischen Verwandten, verbieten dem Staat, einem in Not Geratenen Sozialhilfe zu zahlen, wenn seine Verwandten für ihn aufkommen können.

Nachdem als Verbindung von Angriff auf Lohn und Kollektivrechte der besitzlosen Klassen die propagandistische Begleitmusik dazu – „weniger Staat, mehr Familie“ – komponiert war, richtete die CDU im Oktober 1981 eine Große Anfrage an den Senat über „Alternatives Leben.“ In einer „Situation, da der Sozialismus in seiner Theorie entzaubert und mit seiner Politik gescheitert ist, ganz zu schweigen vom ‚realen‘ Sozialismus der östlichen Systeme, dessen jüngste ‚Errungenschaft‘ die kommunistische Militärdiktatur in Polen ist“, spricht der antwortende Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Ulf Fink, im Januar 1982 die Hoffnung auf Benutzung der alternativen Bewegung für die Ziele der Reaktion aus. Denn, so Fink, „die alternative Bewegung verfolgt – anders als die studentische Protestbewegung der 60er Jahre – nicht mehr das Ziel, die Gesellschaft im Großen und Ganzen zu verändern – sie bemüht sich stattdessen die Lebensverhältnisse im Kleinen und Besonderen zu verbessern, menschlicher zu machen.“

Auf acht Seiten versucht sich der Senator im folgenden dann in einer Beurteilung der Alternativen. Laut den Verfassern des „Stadtbuch 2 – ein alternativer Wegweiser durch Berlin“ gab es 1980 in der BRD und Westberlin etwa 11 – 12000 alternative Projekte und Selbsthilfegruppen mit etwa 80000 Aktivisten, von Westberlin werden in dem Stadtbuch ca. 1800 Adressen von solchen Gruppen und Kollektiven angegeben. Ein großer Teil dieser Gruppen ist im Kampf um Rechte gegen staatliche Unterdrückung entstanden: Jugendfreizeitkollektive, Altenbünde wie die „Grauen Panther“, Mietervereine, Behindertenorganisationen, Kinderläden, Homosexuellengruppen, Frauenorganisationen, Druckkollektive für verbilligten Druck von Flugblättern, Stadtteilzeitungen etc., Arbeitsloseninitiativen usw.

Nach dem Prinzip der „Vorfahrt für die jeweils kleinere Gemeinschaft“ hieße das z.B. für einen Arbeitslosen: zunächst einmal hält er sich an die Familie. Das stärkt dann das sog. eigenver-

antwortliche Selbvertun des Bürgers in den Familien, die das nicht verkraften können, indem der Druck auf Annahme einer Arbeit zu jedem Lohn und jeden Bedingungen aufs wundersamste vermehrt wird. Er kann auch eine Selbsthilfegruppe gründen. Diese kann sogar staatliche Zuschüsse erhalten – bei Wohlverhalten, weil „Selbsthilfe und Mitverantwortung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Gewaltanwendung und Rechtsbruch ausschließen“ (Fink). Sein Recht auf Arbeitslosenunterstützung über „öffentliche Zuständigkeiten“ hätte der Arbeitslose jedenfalls verloren.

Die Aussichten dieser Unternehmung beurteilt der Senator so: „In dem Maße, in dem es uns gelingt, die positiven Ideen der Alternativbewegung konstruktiv für unsere Politik sichtbar zu machen, wird es auch gelingen, den kriminellen Teil, der diese Bewegung pervertiert, zu isolieren und so das Gewaltproblem in unserer Stadt zu lösen.“ Im Klartext: In dem Maße, in dem es gelingt, alternatives Leben als Ideologie gegen Klassenkampf und revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft aufzubauen, kann die CDU ihre Basis für Unterstützung oder Duldung ihrer Politik der Unterdrückung der Kollektivrechte der Arbeiterklasse verbreitern.

### Nationaler Aufbruch

## Sehnsucht nach „nationaler Identität“? Wohin will der KBW?

In der Ausgabe 8 vom 26.2.82 veröffentlichte die „Kommunistische Volkszeitung“ („KVZ“) des KBW eine Anzeige der national-sozialistischen Zeitschrift „Wir selbst – Zeitschrift für Nationale Identität“. Daß der KBW sich über den Charakter dieser Zeitschrift, die von ehemaligen Mitgliedern der Jungen Nationaldemokraten herausgegeben wird (1), täuschte – ärgerlich genug, aber immerhin korrigierbar –, muß inzwischen bestritten werden. Denn nur eine Woche nach Veröffentlichung der Anzeige enthüllte der „Stern“ in einem gut recherchierten Artikel die Aktivitäten der „roten Nazis“, u.a. auch der Zeitschrift „Wir selbst“; eine Stellungnahme des KBW jedoch blieb aus.

Nicht nur dieser Vorgang muß alarmieren. Ein führender Ideologe der „Neuen Rechten“, Henning Eichberg, kann sich in Publikationen der Linken verbreiten, ehemalige Revolutionäre oder Alternative agieren ganz offen für den nationalen „Sozialismus“, die Zeitung „links“ mag bei „Lernprozessen“ der Rechten wie der Linken die „Möglichkeit partieller Bündnisse in der Friedens- und Ökologiebewegung“ nicht mehr ausschließen, und tatsächlich tummeln sich hier nationale „Sozialisten“, ohne auf großen Widerstand zu stoßen. Es scheint, als seien wesentliche Schranken, die ein Aufkommen der finstersten Reaktion in der Vergangenheit eindämmten, eingerissen, als suppe sich aus einer merkwürdigen Verbindung fortschrittlicher und äußerst reaktionärer Kräfte eine trübe national-sozialistische Suppe zusammen.

Ist diese Befürchtung nicht übertrieben? Sie erscheint nicht übertrieben bei einem Rückblick auf die jüngere Geschichte. Der Nationalsozialismus gelangte nicht zur Macht, weil er die blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung verhiß. Schon der Name, unter dem die Faschisten auftraten, gibt Aufschluß über ihre Ideologie und Phraseologie. Sie nannten sich nicht nur National, sondern auch Sozialistisch, nicht nur Deutsch, sondern auch Arbeiter-Partei, eben in dieser Reihenfolge: NSDAP. Die nationale Erziehung der breiten Masse könne nur über den Umweg einer sozialen Hebung stattfinden, hatte Hitler in „Mein Kampf“ geschrieben. „Wir fordern den wahren Sozialismus! Daß jeder, der arbeitet, sein Auskommen, nicht bloß sein Einkommen habe!“, hieß es etwa in einem Flugblatt der faschistischen „Deutschen Bürgervereinigung“. In der sozialen Lage und den sozialen Interessen der arbeitenden Klassen suchten die Faschisten die Anhaltspunkte für den nationalen Aufbruch, die „nationale Befreiung“ zu finden. Wer mit dem Faschismus Konzentrationslager und Krieg verbindet, übersieht womöglich, daß die Nationalsozialisten sich „antikapitalistisch“ gaben, von „Revolution“, „Befreiung der Arbeiter“, „Sozialismus“ sprachen. Die Phrase von der „Befreiung der Arbeiter“ freilich diente der Propaganda der „nationalen“ bzw. „völkischen Befreiung“ – das oben zitierte Flugblatt fährt fort: „Gieriger denn je erhebt sich das Weltkapital über unserem zermarteten Volk. Nur wenn wir Deutsche uns ei-

nigen, können wir seiner Macht entrinnen“; und die Phrase vom „Sozialismus“, der seines sozialen Inhalts – der Beseitigung der Ausbeutung – vollständig beraubt war, diente der Propagierung eines diktatorischen, terroristischen Ordnungsprinzips.

Auf diese Weise vermochten die Faschisten insbesondere in der SA sozial deklassierte und politisch haltlose Elemente zu sammeln, die der Finanzbourgeoisie ihren Ruin verdankten und doch zu ihren Fußtruppen wurden. Nachdem die Finanzbourgeoisie ihre offen terroristische Diktatur errichtet hatte, entledigte sie sich dieser ihrer Fußtruppen, liquidierte die Strömungen um Röhm oder die Strasser-Brüder, soweit sie sich nicht in die NSDAP aufsaugen ließen. Für den Terror bedurfte sie ihrer nicht mehr. Diese Tatsache ändert nichts an der Rolle der Röhm, Strassers, Paetels usw. für die faschistische Machtergreifung. Auch haben diese z.T. ermordeten, z.T. emigrierten Faschisten mit den Opfern des Faschismus nichts gemein; sie wurden vielmehr zu Opfern ihres eigenen Irrtums: daß nämlich die sozialen Interessen der Ausbeuteten in den nationalen Interessen der Ausbeuter aufgehoben seien.

Der Nährboden, auf dem die nationalsozialistische Propaganda hatte gedeihen können, war die innere und äußere Lage des Deutschen Reiches. Infolge des verlorenen ersten Weltkrieges waren ihm umfangreiche Reparationslasten aufgebürdet, die die herrschende Klasse weitgehend auf die arbeitenden Klassen ab lud, waren die Finanzbourgeois internationale Schuldner, die die Zinsen, die sie zu zahlen hatten, aus den arbeitenden Klassen herauspreßten. Die heutige Situation ist davon wesentlich verschieden. Anders als das Deutsche Reich ist die BRD ein internationaler Gläubiger, der Kapitalexport übertrifft den Kapitalimport bei weitem. Das erschwert den Neo-Nazis das Handwerk.

Dennoch kann sich als unheilvoll erweisen, die Einfallstore für eine Propaganda des „nationalen Sozialismus“ zu übersehen. Der „Stern“ sieht die Gefahr des Aufkommens der Nationalsozialisten in ihrer Infiltration in fortschrittliche Bewegungen. Dies ist nur teilweise richtig. Ein Teil der Linken entwickelt ganz selbstständig Positionen, die man nur als Positionen des nationalen „Sozialismus“ kennzeichnen kann. Solche Positionen, die den bedingungslosen Kampf gegen die *eigene* Bourgeoisie zugunsten des Kampfes gegen „fremde Mächte“ – gemeint die Supermächte –, den Internationalismus der Arbeiterbewegung zugunsten des Nationalismus aufgeben, finden sich auch im KBW. Im November 1981, gut ein Jahr nach Spaltung des KBW, hat der KBW sein Programm über Bord geworfen, ersatzlos. Die Aufgabe kommunistischer Grundsätze gibt der Entwicklung aller möglichen Auffassungen Raum und läßt zugleich einen weiten Spielraum für deren Interpretation. Dies erschwert die Auseinandersetzung mit dem KBW, dessen publizierte Positionen einem Pfuhl ohne Grund gleichen. Ein sichtbares, verhängnisvolles Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß Schranken, die gegen neonazistische Organisationen und Publikationen errichtet waren, beim KBW schon gefallen sind, wie die Werbung für „Wir selbst“ zeigt.

In „Kommunismus und Klassenkampf“ 6/81 des KBW stellt sich Hans-Gerhart Schmieder die Frage, „ob es sich bei den europäischen Ländern überhaupt noch im strengen Sinn um imperialistische Länder handelt“. Und beantwortet sie selbst: „In Deutschland gibt es zwar Finanzkapital und dessen Herrschaft, es gibt auch Kapitalexport, aber einen deutschen Imperialismus gibt es nicht, es sei denn, man wollte Brasilien als Teil eines deutschen Imperiums bezeichnen, weil dorthin Daimler, VW und andere Kapital exportiert haben.“ Stattdessen hat er herausgefunden: „Gegenwärtig ist Europa gespalten, ein Teil der Vorherrschaft der USA, ein anderer Teil der Vorherrschaft der SU unterworfen.“ Neu ist diese „Analyse“ nicht. 1976 hatte die „Sache des Volkes / Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation“ geschrieben, daß man „angesichts der Supermächte“ anderen Ländern „keinen wirklichen Imperialismus mehr zuschreiben“ könne, und ausgeführt: „Wenn multinationale Konzerne, deren Hauptverwaltung noch in der BRD sitzt, wie VW, Siemens, Hoechst, Daimler-Benz, BASF, Thyssen und Bosch rücksichtslos ihre Interessen durchsetzen, so tun sie das als Multis gegen andere Multis im Sinne eines wirtschaftlichen Expansionismus, und nicht etwa als deutsche Industrie im Sinne eines deutschen Imperialismus.“ (2)

1981 wurde „Hitlers politisches Testament“ herausgegeben, demzufolge er am 2. April 1945 von folgenden Ängsten geplant war: „Jeder Gedanke an eine Niederlage ist unerträglich. Mit Grauen denke ich an ein von den Siegern in Stücke gerissenes Reich, an die Leiden einer den Ausschreitungen vertierter Bolschewiken und amerikanischer Gangster ausgelieferten Bevölkerung!“ (S. 121) Die Zeitschrift „Wir selbst“ weiß Hitlers Ängste zu bestätigen: „Der Sieg des vereinten US- und SU-Imperialismus über den keinen Deut besseren Hitler-Faschismus im Zweiten Weltkrieg hat ihnen in Deutschland das Tor geöffnet wie in kaum einem anderen Land, und seitdem ist das geteilte Deutschland hüben und drüben Kräften ausgeliefert, die von seiner Niederlage profitieren: West-

deutschland ist Kolonie des US-Kapitals, Mitteldeutschland Kolonie des sowjetischen Staatskonzerns, und auch Österreichs Wirtschaft ist im Griff der Multis.“ Und Bernhard Peters kommt in der „Kommunistischen Volkszeitung“ 38/81 zu der Feststellung: „Das Interesse der Bevölkerung der BRD und der DDR an Befreiung von Bedrohung und Vergewaltigung durch äußere Mächte, an Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind fundamental ...“

Bernhard Peters vertritt, im Unterschied zu „Wir selbst“ und anderen, nicht die „Wiedervereinigung Deutschlands“ vorrangig und unter allen Umständen. „Vieles spricht ... dafür, daß die Souveränität der Völker Europas, und damit auch die der Deutschen in Ost und West nur durch ihren Zusammenschluß in einem blockfreien Europa ... erkämpft werden kann.“ Aber auch die Faschisten gaben und geben sich „europäisch“: Die schon zitierte „Sache des Volkes / Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation“ fought für einen „Bund europäischer Völker“, der selbstredend das ganze Europa umfassen sollte (2), getreu Hitlers „Testament“: „Wir sollten Europa eine auf Europa anwendbare Monroe-Doktrin verkünden: „Europa den Europäern!““ (S. 57)

Wie schon erwähnt, gaben sich die Faschisten vor der Machtergreifung durchaus „antikapitalistisch“. Goebbels beispielsweise schrieb 1925: „Wenn das Bürgertum sich unserem Kampf versagt, was bleibt uns denn anderes übrig, als im sogenannten Proletariat die Kampfgruppe zu suchen, die zur Befreiung Deutschlands von kapitalistischen Fesseln notwendig ist.“ (3) Die Zeitschrift „Wir selbst“ spuckt ähnliche Töne: „Die deutschen Wirtschaftsbesitzer wie auch ihre politischen Sachwalter in Bonn ... verstanden sich von Anfang an als international, als „westintegriert“ – zuerst als Erfüllungsgehilfen, dann als Mitarbeiter ... Hier gibt es keine falsch verstandene „nationale Solidarität“! Jeder Volkskampf ist zugleich Klassenkampf, jede Revolution richtet sich zugleich gegen die eigenen Kollaborateure der Fremdherrschaft ...“ Hans-Gerhart Schmierer ist zu der Auffassung gekommen: „Die Vorherrschaft der beiden Supermächte über Europa und die Unfähigkeit der in Europa herrschenden Klassen, das Schicksal Europas souverän zu gestalten, sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Kampf für die Souveränität der europäischen Länder kann deshalb nur von der Arbeiterbewegung und den europäischen Völkern selbst ausgehen, die sich in diesem Kampf gegen die beiden Supermächte zusammenschließen und die imperialistische Allianzpolitik der herrschenden Klassen zerschlagen ...“ („Kommunismus und Klassenkampf“ 6/81)

Welche „Aufgaben“ sich ganz konsequent in diesem „Kampf für die Souveränität“ stellen, führt wiederum Bernhard Peters aus: „Die Stärkung der EG-Länder und Japans wirkt objektiv auf die Schwächung der US-Hegemonie über den westlichen Block.“ („KVZ“ 36/81) Die Aussichten? „Zum ersten Mal steht unsere Abhängigkeit von den USA auch innerhalb der Regierungsparteien öffentlich zur Diskussion.“ Und: „Man sollte diese Äußerungen nicht gering schätzen. Die Bedingungen, ein Stück Souveränität gegenüber den USA zu erkämpfen, etwa (was noch wichtiger wäre als die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu verhindern) ein Vetorecht gegen den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von deutschem Boden aus (oder auf deutschem Boden), verbessern sich.“

Auch um Ratschläge für den „Kampf gegen den Sozialimperialismus“ ist man nicht verlegen. Günther Kruse in der „KVZ“ 1-2/81 gegen ein allgemeines Verbot von Waffenexporten: „Man muß nicht begeistert sein über die inneren Verhältnisse in Pakistan, um dennoch Waffenlieferungen dorthin zu befürworten, weil das Land an der Front gegen den Sozialimperialismus steht.“

Welche Aufgaben sich hingegen nicht stellen, erläutert Lutz Plümer in „KVZ“ 20/81: „In Westdeutschland besteht das Problem gegenwärtig nicht darin, daß man die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie über fremde Nationen zerschlagen müßte ...“ Ein knappes Jahr zuvor hatten gerade die BRD-Imperialisten der Militärjunta in der Türkei durch die Zusage von „Hilfe“ zur Macht verholfen. Bernhard Peters indes wirbt für weitere „Türkeihilfe“: „Letzte Woche ist der stellvertretende türkische Ministerpräsident in Bonn um die Fortsetzung der Wirtschaftshilfe eingekommen. Zwei Tage vorher hatte er in London mit den Vertretern von 15 Großbanken zu verhandeln. Es ging um die Verlängerung der Laufzeit und eine (geringfügige) Zinssenkung für einen Kredit von 3 Mrd. Dollar, für den die Türkei gegenwärtig fast 19% Zinsen zahlt. Die Banken verschoben ihre Entscheidung. Wem wird die Einstellung der Wirtschaftshilfe da nutzen?“ („KVZ“ 4/81) Den Banken jedenfalls, die um die Zahlungsfähigkeit der Türkei fürchten, nicht.

Mag sein, daß man uns in der Zusammenstellung der Zitate Eklektizismus vorwirft. Diesen Vorwurf haben jedoch nicht wir, sondern hat der KBW zu verantworten. Mit der Verwerfung seines Programms ohne Ersatz, d.h. mit der Aufgabe aller Grundsätze, hat der KBW selbst Unklarheit darüber geschaffen, wohin er will. Niemand würde sich mehr freuen als wir, wenn die Befürchtungen, daß er auf den Pfaden eines nationalen „Sozialismus“ schreitet, entkräftet werden.

1) nach Angaben von Peter Dudek, Die nationalen Identitätsarbeiter, in „links“ Nr. 144 vom März 1982; 2) zitiert nach: H.C. Schulz, Dietrich Schulze-Marmeling, Was will die „Neue Rechte“, in Nationaler „Sozialismus“ von rechts, hrsg. von Jan Peters, Berlin (West) 1980; 3) zitiert nach: Michael Hepp, Der Nationalsozialismus, Ideologie und Ursprung, in Nationaler „Sozialismus“ von rechts. Weitere Quellenhinweise: Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolshewismus in Deutschland 1918 – 1933, Frankfurt 1972; „Stern“ Nr. 10, 4. März 1982; Hitlers politisches Testament, Albrecht Knaus Verlag, Hamburg 1981; „Wir selbst – Zeitschrift für Nationale Identität“, Nr. 6, 81/82

Wojtyla

## Auf nach China, nach China!

Der Jesuitenorden ist zu absolutem Gehorsam gegenüber dem heiligen Stuhl verschworen, verwirklicht diesen Gehorsam aber durch eine strikte Bindung an die Anweisung der Ordenoberen. Der General des Jesuitenordens, die konkrete Instanz, der die Jesuiten parieren müssen, wird von den Jesuiten selbst gewählt. In dieser Konstruktion ist für Spaß gesorgt. Schon manchmal war unklar, ob nun gerade die Jesuiten dem heiligen Vater gehorchten oder umgekehrt. Wojtyla befindet sich mitten in einer Kraftprobe mit dem Orden, die er mit bemerkenswert hemdsärmeligen Methoden zu bestehen sucht. Der gegenwärtige Jesuitengeneral Arrupe ist so schwer krank, daß er sein Amt nicht versehen kann und zurücktreten will, um dem Orden den Weg zu Neuwahlen freizumachen. Wojtyla nimmt Arrupes Rücktritt nicht an. Er, der heilige Vater, hat nämlich das Recht, dem Orden einen Mann seiner Wahl vorzusetzen, einen sogenannten Delegaten, dem ein Koadjutor zur Seite steht. Solange Arrupe lebt, hat Wojtyla die Jesuiten mithin an der Leine. Das ist wichtig, denn der Konflikt hat nicht nur häßliche Formen, sondern auch einen brisanten Inhalt.

Die Mutter Kirche bastelt nämlich an einer Theologie, die ihr Überleben sicherstellt, wenn die Kapitalisten nicht mehr die herrschende Klasse, sondern eine verschwommene Saga geworden sein werden. Konkret ist festzustellen, ob dazu die Theologie gewisse Kompromisse mit der Gesellschaftstheorie des Marxismus eingehen muß. So sieht man's wenigstens bei den Jesuiten. 1980 veröffentlichte Arrupe ein Sendschreiben an den Orden, das um die Frage „Können Christen die marxistische Gesellschaftsanalyse übernehmen“ kreist. Arrupe weist in diesem Schreiben darauf hin, daß die marxistische Gesellschaftstheorie wegen der Betrachtung der ganzen sozialen Realität einschließlich der politischen, kulturellen, religiösen Wirklichkeit und des Gewissensbereiches als von ökonomischen Faktoren determiniert, eine Vorentscheidung gegen den christlichen Glauben, zumindest gegen das christliche Menschenbild und eine christliche Ethik darstelle. Andererseits merkt Arrupe aber auch an, daß undifferenzierter Antimarxismus ganz verfehlt sei:

„Sind wir nicht oft Formen des Antikommunismus begegnet, die wenig mehr sind als Versuche, Ungerechtigkeit zu verschleiern? Auch unter dieser Rücksicht sollten wir uns selber treu bleiben und es niemanden erlauben, unsere kritische Bewertung des Marxismus und der marxistischen Gesellschaftsanalyse zu mißbrauchen.“ Und wenn Arrupe zum Schluß seines Schreibens sagt: „Ich vermute, daß die Darstellung der marxistischen Gesellschaftsanalyse möglicherweise in dem einen oder anderen Punkt einmal geändert werden kann“, und dabei auf Enzykliken verweist, so handelt's sich um eine kirchensprachlich recht deutliche Ankündigung, die Jesuiten wollten dies erreichen.

Auf derselben Versammlung, auf der Wojtyla die leitenden Jesuiten nötigte, seinem Delegaten und dem Koadjutor zu huldigen und auf der er nötig fand zu erinnern, daß die „Feinde Christi“ auch schon mal eine Auflösung des Ordens erwirkt hätten, kündigte er der Gesellschaft Jesu dennoch eine große Zukunft an:

„Von den vielen Jesuitenmissionaren möchte ich nur einen erwähnen, weil sein Gedenken besonders aktuell ist: Pater Matteo Ricci, dessen Eintreffen in China vor 400 Jahren wir demnächst feiern werden, in jenem riesigen Land ... das ein bevorzugtes Einsatzfeld des Apostolates der Gesellschaft Jesu gewesen ist und es wieder werden soll.“

Und so würde sich der Konflikt erklären: Nicht daß den heiligen Vater die kritische Auseinandersetzung oder auch die teilweise Übernahme von Elementen marxistischer Gesellschaftstheorie stören würde. Ihm kommt's darauf an, wo und unter welchen Bedingungen dies geschehen soll. Er hält nichts davon, wenn dies in Ländern geschieht, in denen die politische Folge sein würde, daß die Kirche sich mit vielen ihren Gliedern nicht nur auf der Seite der Revolution wiederfindet, sondern auch noch zusehen muß, wie ihr die politische Aufklärung Schäflein aus dem Pferch treibt und zu selbständigen Menschen macht. Anders die Situation, wenn es gilt, unter Verwendung von Bestandteilen der marxistischen Gesellschaftstheorie an der Bildung einer neuen herrschenden Klasse mitzuwirken und sich Einfluß auf diese zu sichern und gegenüber den arbeitenden Klassen deren Herrschaft als göttlich sakrosankt zu predigen.

Quellenhinweis: L'Osservatore Romano, Ausgabe in deutscher Sprache, 12.3.1982. Herder-Korrespondenz 1981, S. 242 – 246.

# Familieneinkommen

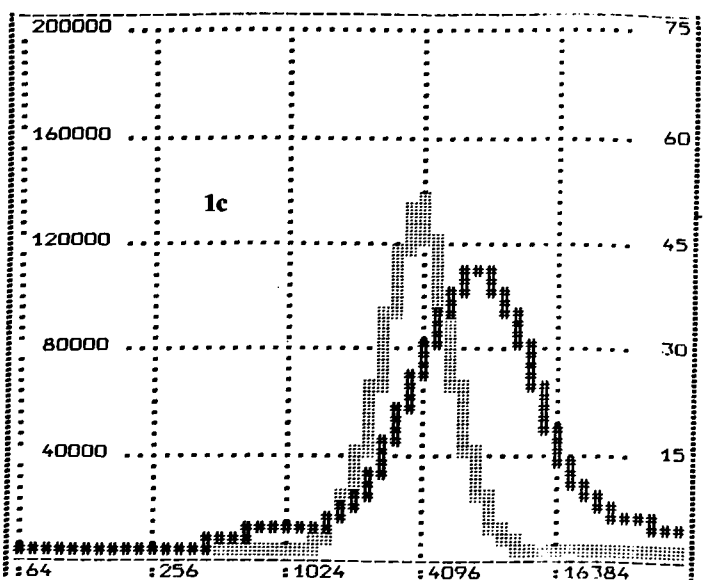
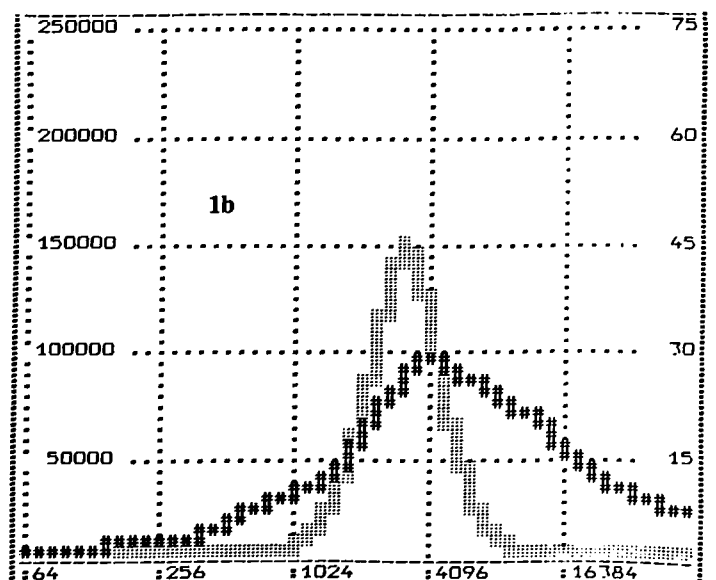
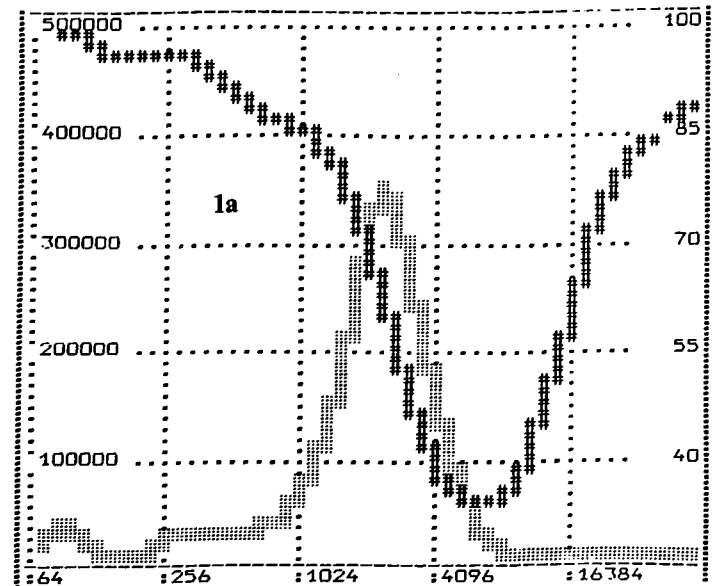
Schaubild 1a zeigt die Verteilung der Fälle nach Steuerklasse III auf der Monatslohnskala (1977) und den Anteil dieser Fälle an der Gesamtzahl von STK III, II/V, IV/IV über der jeweiligen Lohnklasse, Schaubild 1b dasselbe für die Fälle nach Steuerklasse III/V und Schaubild 1c dasselbe für die Fälle nach Steuerklasse IV/IV. Die Schaubilder 2a, 2b, 2c zeigen die Verteilung des Steueraufkommens aus den jeweiligen Steuerklassen und den Anteil an der Gesamtsteuer aus diesen drei Steuerklassen über der jeweiligen Lohnklasse. Die Tabelle stellt die tatsächlich gezahlten Steuern in Prozenten des jeweiligen Bruttomonatslohnes für diese drei Steuerklassen dar.

Aus diesem Material läßt sich eine unerwartete Eigenart der Reproduktion der Ware Arbeitskraft erschließen: Man würde erwarten, daß der Anteil der Steuerklasse IV – beide arbeiten – in den untersten Einkommensbereichen am höchsten ist, dann abgelöst wird von der Steuerklasse III/V und dann verdrängt durch die Steuerklasse III. Diese Rangfolge tritt aber erst in den höchsten Lohneinkommenszonen (über 4000 DM Familieneinkommen monatlich 1977) auf.

In den niedrigsten Einkommenszonen findet man hingegen die umgekehrte Reihenfolge. Die Steuerklasse III, Alleinverdiener, überwiegt, gefolgt von III/V, Hauptverdiener und Zuverdiener, und dann erst IV/IV, ungefähr gleichhohe Verdienner. Das heißt, gerade dort, wo das Familieneinkommen besonders niedrig ist, ist die Mitarbeit der Frau, worum sich ja konkret handelt, am schwächsten ausgeprägt. Als Erklärung bietet sich folgender Gedankengang an: Die Reproduktion der Lohnabhängigen ist im Kapitalismus Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Die Kosten dieser Reproduktion hängen nicht zum geringen Teil von der Intensität der Arbeitsleistung ab. Umgekehrt: Wenn das Einkommen zweier erwachsener Leute unter eine bestimmte Grenze fällt, so vermag sich aus diesem niedrigen Einkommen nicht die Reproduktion zweier Arbeitskräfte speisen. Noch einfacher. Man kann sich dann z.B. kein Auto leisten, und gerade das niedrige Familieneinkommen zwingt zu Lebensumständen, die so hausarbeitsintensiv sind, daß an volle Arbeitsleistung beider Ehegatten nicht zu denken ist, oft nicht einmal dann, wenn keine Kinder zu unterhalten sind.

Zur politischen Tücke des geltenden Steuerrechts trägt stark bei, daß in ihm ein Moment von Familienlastenausgleich enthalten ist. Da der Geldbedarf der Lohnabhängigen in den verschiedenen Lebensstadien ziemlich unterschiedlich ist und da dieser unterschiedliche Geldbedarf in der kapitalistisch organisierten Lohnwirtschaft nur schwerlich durch individuelle Zahlung entsprechend dem Familienstand ausgleichbar ist, entsteht mit der Lohnabhängigkeit das Bedürfnis von Familienausgleichskassen. Man könnte sich solche vorstellen etwa durch Verpflichtung aller Kapitalisten, pro Beschäftigten einen Betrag zu zahlen, der als Kindergeld an die Lohnabhängigen ausgeschüttet würde. Aber dies wäre für die Kapitalisten unpraktisch und folglich nur durch politischen Kampf durchzusetzen.

Gegenwärtig findet der „Familienlastenausgleich“ statt, indem man dem Ledigen mehr abzieht an Steuern als dem Verheirateten und den verheirateten Kinderlosen mehr als jenen, die Kinder haben, in letzteren Fälle erhalten die Lohnabhängigen Kindergeld aus der Steuerkasse. Das materielle Bedürfnis eines Familienausgleichs ist im geltenden Steuerrecht mit dem materiellen Bedürfnis des kapitalistischen Staates nach Steuerausplünderung untrennbar verflochten. Versteht sich, daß in diesem Gewirr Stoff für politische Spaltung steckt. Bevor wir uns im nächsten Heft den in diesem Problemzusammenhang erhobenen Forderungen zuwenden, eine Betrachtung der Familien unter dem Aspekt, wie sich die Kombination von Alleinverdiener, Haupt- und Nebenverdiener und gemeinsamer Lohnabhängigkeit beider Ehegatten darstellt. Die Steuerstatistik faßt diese unterschiedlichen Fälle ganz brauchbar nach den Steuerklassen III, III/V, IV/IV.

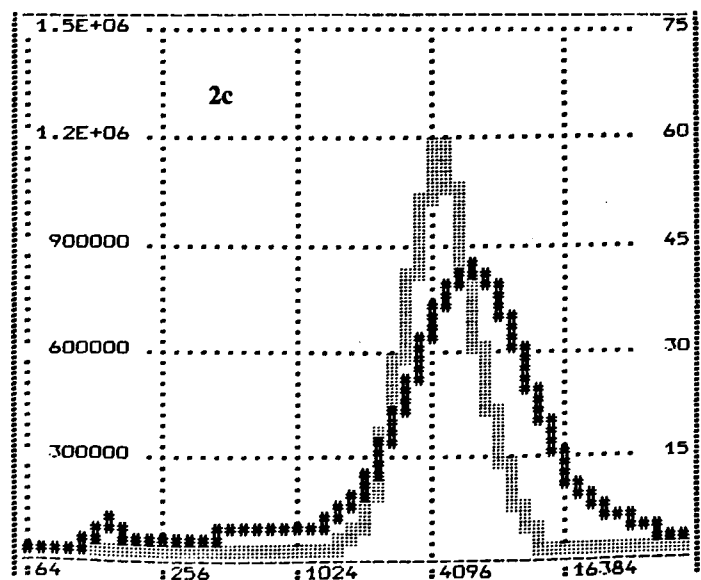
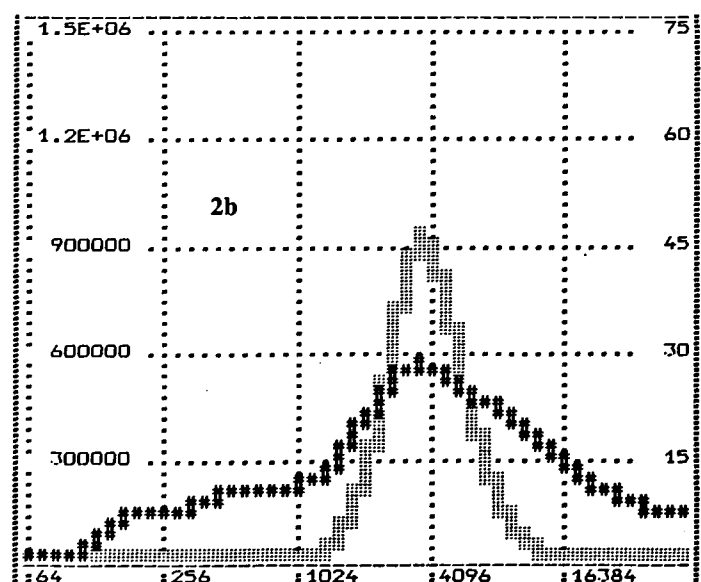
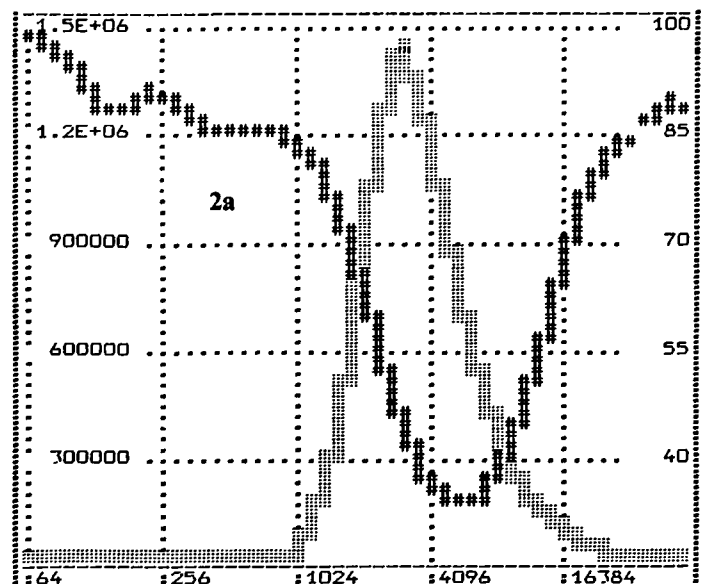


Y-Achse links: Anzahl der Fälle pro Einkommensklasse  
Y-Achse rechts: Anteil dieser Fälle an der Gesamtzahl der nach Steuerklasse III, III/V und IV/IV Veranlagten  
X-Achse: Monatseinkommen in DM und Preisen von 1977

# Tatsächliche Steuerlast auf den Familieneinkommen

Lohnzone Steuerlast in Prozenten  
III III/V IV/IV

|          |      |      |      |
|----------|------|------|------|
| 64.0     | 0.8  | 1.4  | 3.7  |
| 73.5     | 0.8  | 1.4  | 3.7  |
| 84.4     | 0.8  | 1.4  | 3.7  |
| 97.0     | 0.8  | 1.4  | 3.7  |
| 111.4    | 0.8  | 1.5  | 3.7  |
| 128.0    | 0.8  | 1.5  | 3.5  |
| 147.0    | 0.9  | 1.8  | 3.1  |
| 168.9    | 1.0  | 2.3  | 2.5  |
| 194.0    | 1.0  | 2.6  | 2.0  |
| 222.9    | 1.0  | 2.8  | 1.8  |
| 256.0    | 1.1  | 2.9  | 1.9  |
| 294.1    | 1.2  | 3.1  | 2.0  |
| 337.8    | 1.3  | 3.2  | 2.2  |
| 388.0    | 1.5  | 3.4  | 2.4  |
| 445.7    | 1.8  | 3.6  | 2.5  |
| 512.0    | 2.2  | 3.7  | 2.7  |
| 588.1    | 2.7  | 4.0  | 3.1  |
| 675.6    | 3.5  | 4.4  | 3.7  |
| 776.0    | 4.5  | 5.1  | 4.6  |
| 891.4    | 5.6  | 6.0  | 5.8  |
| 1024.0   | 6.8  | 7.2  | 7.1  |
| 1176.3   | 8.0  | 8.4  | 8.5  |
| 1351.2   | 9.0  | 9.6  | 9.9  |
| 1552.1   | 9.9  | 10.5 | 11.1 |
| 1782.9   | 10.6 | 11.3 | 12.2 |
| 2048.0   | 11.3 | 12.0 | 13.1 |
| 2352.5   | 11.9 | 12.7 | 13.9 |
| 2702.4   | 12.7 | 13.4 | 14.7 |
| 3104.2   | 13.5 | 14.1 | 15.5 |
| 3565.8   | 14.5 | 14.9 | 16.3 |
| 4096.0   | 15.8 | 15.8 | 17.2 |
| 4705.1   | 17.2 | 16.7 | 18.2 |
| 5404.7   | 18.9 | 17.9 | 19.4 |
| 6208.4   | 20.8 | 19.2 | 20.7 |
| 7131.6   | 23.0 | 20.8 | 22.2 |
| 8192.0   | 25.3 | 22.6 | 23.8 |
| 9410.1   | 27.6 | 24.5 | 25.4 |
| 10809.4  | 29.8 | 26.4 | 27.0 |
| 12416.7  | 31.9 | 28.4 | 28.7 |
| 14263.1  | 34.0 | 30.5 | 30.5 |
| 16384.0  | 36.2 | 32.8 | 32.6 |
| 18820.3  | 38.3 | 35.1 | 34.9 |
| 21618.8  | 40.1 | 37.2 | 37.0 |
| 24833.5  | 41.6 | 39.0 | 38.4 |
| 28526.2  | 42.8 | 40.6 | 39.3 |
| 32768.0  | 43.7 | 41.8 | 39.9 |
| 37640.5  | 44.0 | 42.5 | 40.0 |
| 43237.6  | 43.5 | 42.4 | 39.2 |
| 49667.0  | 42.2 | 41.4 | 35.9 |
| 57052.4  | 41.0 | 40.1 | 31.6 |
| 65536.0  | 40.3 | 39.4 | 29.6 |
| 75281.1  | 40.1 | 39.2 | 29.1 |
| 86475.2  | 40.0 | 39.2 | 29.0 |
| 99334.0  | 40.0 | 39.2 | 28.9 |
| 114105.0 | 39.9 | 39.1 | 28.9 |
| 131072.0 | 39.9 | 39.1 | 28.9 |



Y-Achse links: Steuersumme pro Lohnklasse  
Y-Achse rechts: Anteil am Steueraufkommen aus den Steuerklassen III, III/V und IV/IV  
X-Achse: Monateinkommen in DM und Preisen von 1977

## Azania

### Unterstützung des Befreiungskampfs wird dringend



Südafrika ist das letzte weiße Siedlerregime in Afrika. Es unterdrückt das Volk von Azania, bedroht andere afrikanische Staaten und betreibt eine Politik der imperialistischen Einmischung. Der BRD-Kapitalexport nach Südafrika steigt auch im „UN-Aktionsjahr gegen Apartheid“. Öffentliche Studien belegen: Die westdeutschen Konzerne zahlen keine Mindestlöhne, wie im EG-Verhaltenskodex festgelegt. Der Aufbau von Gewerkschaften wird unterdrückt.

### Europäischer Gewerkschaftsbund Schwierige Aufgaben gegen Kapitalisten und Regierungen

Vom 19. bis 23. April führt der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in Den Haag seinen vierten satzungsgemäßen Kongreß durch. 1973 gegründet, gehören dem EGB heute Gewerkschaftsbünde aus allen Mitgliedsländern der EG sowie aus Österreich, Finnland, Island, Malta, Norwegen, Spanien, Schweden und der Schweiz an. Über Aufnahmeanträge der französischen

CGT, spanischer, portugiesischer Gewerkschaften und des türkischen Gewerkschaftsbundes DISK wird der Kongreß beraten. Der EGB steht vor schwierigen Aufgaben. Gelingt es den Imperialisten, die Lohnabhängigen der einzelnen Länder für die Konkurrenzschlachten ihrer Ausbeuter zu mobilisieren, oder festigen die Gewerkschaften ihre Einheit und Zusammenarbeit?



## Einzelhandel

### Schwierige Lage im Lohnkampf nach Metallabschluß



Der Lohntarifvertrag für den Einzelhandel in Bayern läuft zum 30. April 1982 aus. Die gewerkschaftliche Organisation im Einzelhandel ist schlechter als in der Metallindustrie. Angesichts großer Zersplitterung der Beschäftigten in viele kleine Belegschaften, hoher Belegung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und eines hohen Anteils von

Teilzeitkräften scheint es für die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen schwierig, besser als 4,2% abzuschließen. Andererseits verlangt die Situation der Beschäftigten nach einem besseren Abschluß. Und die HBV hat in den letzten Jahren – zumindest für die unteren Lohngruppen – ein besseres Ergebnis erzielen können.

## USA

### Reagan-Regierung bereitet Justizreform vor

Angetreten ist die Reagan-Regierung mit dem Ruf nach Recht und Ordnung. Nach der Stärkung des CIA verstärkt sie den Ausbau des FBI und der Polizei- und Justizkräfte der Einzelstaaten. 170 Millionen Dollar stellte sie im vergangenen Jahr zusätzlich zur Verfügung für örtliche Programme zur Durchsetzung von Gesetzestreue. Die Kriminalität stieg um 9%. Das Justizministerium überprüft, welche Gesetze die Weißen diskriminieren.



### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

### Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457